

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 M. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeilungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 berechnet für die festgelegte Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Erklärungen und Benennungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 24. Oktober 1905.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Auslegung der Vergesetz-Novelle durch die Grubenbesitzer.

Man schreibt uns aus dem Ruhrrevier:

„Es kommt alles auf die Handhabung der Gesetzesbestimmungen an“, schrieb die „Kölnische Volkszeitung“ in der Verteidigung des unerhörten Zentrumsdummsfalls bei der Vergesetz-Reform. Das Zentrum wollte dadurch den Bergbehörden und Unternehmern die Verantwortung zuschieben für die von jedem Vernünftigen vorauszu sehenden Folgen der Vergesetzverfälschung. Kurz vorher hatte die „N. W.“ den Zechenbesitzern noch ihre sozialpolitische Einsichtlosigkeit attestiert, und nun tut die ultramontane Presse, als ob sich ihre Partei von der „Handhabung“ der Novelle Gutes verspreche. Zur Verhütung und Täuschung der erbitterten Arbeiter ist ihnen außerdem noch von der Zentrums-Prese von „Vorteilen“ des neuen Gesetzes vorgetrieben worden, die das Gesetz gar nicht bringt. Tausende Bergleute im Essener Wahlkreis haben darum für das Zentrum gestimmt in dem guten Glauben an ein Vergesetz, welches nur in der Phantasie der unredlichen Zentrumsagitatoren existiert. Die Ernüchterung ist schon da.

Der „Vergesetz“, dessen Tätigkeit sich wahrhaftig nicht gegen das Zentrum richtet, ist schon gestungen, von einer großen Erbitterung der Bergleute über das neue Straffsystem zu berichten. Die Zechenbesitzer legen den § 80d der Novelle so aus wie er füglich nach seinem Wortlaut ausgelegt werden muß. Er gestattet die Bestrafung jedes einzelnen Arbeiters mit Geldstrafe bis zu 5 Mark in einem Monat lediglich wegen unvorschriftsmäßiger Förderung. Das ist als Äquivalent den Unternehmern gewährt statt des Rußens. Die Regierungsvorlage wollte diese Geldstrafe nicht, der Landtag hat sie eingeführt. Trotzdem ist den Bergleuten von der Zentrums-Prese vorgeschwindelt worden, die Regierungsvorlage sei „verbessert“, indem sie den doppelten Durchschnitts-Schichtverdienst als Höchststrafe angelegt habe, während die Novelle nur bis 5 Mark ging. Tribolter Weise wurde den Arbeitern verschwiegen, daß die Regierungsvorlage im § 80d die Gesamtschichtverdienst begrenzte, die Novelle jedoch extra eine Maximalgeldstrafe von 5 Mark (statt des Rußens) zufügt aber die Höhe der anderen Strafen gar nicht begrenzt! In einem solchen herausgenommenen Kommentar zur Vergesetz-Novelle, dessen Verfasser Herr Dr. jur. Vodenstein, juristischer Beirat des Ruhrzechenvereins ist, wird der § 80d dahin interpretiert: Da man im Betrieb den „Schuldigen“ selten ermitteln könne, würde die wegen unreiner oder ungenügender Förderung verhängte Geldstrafe die ganze Kameradschaft treffen müssen. Der christliche „Vergesetz“ berichtet denn auch in Nr. 40 von nur fünf Zechen, wo insgesamt innerhalb eines Halbmonats rund 1700 Bergleute bestraft worden sind mit Lohnabzügen — meistens 5 Pf. bis 1 M. in jedem Fall — wegen unreiner oder ungenügender Förderung! Wegen anderer Sünden sind noch Strafstrafen bis zu 2,50 Mark in jedem Fall verhängt worden! Das zentrumsfreundliche Blatt muß zugeben, „das neue Straffsystem“ habe die Kameraden schon „besonders erbittert“. Kein Wunder, da man den Leuten vorgeschwindelt hat, die Novelle bringe dank dem Zentrum eine „Verbesserung“ des Strafwesens.

Die soeben bekannt gewordenen Grundzüge der „Normal-Arbeitsordnung“ für die Ruhrzechen“ sprechen im § 24 aus, auch die „unvorschriftsmäßig“ beladenen Wagen sollen als „vollbeladen“ angerechnet werden. Dagegen wird Geldstrafe bis in Höhe von 5 Mark angedroht für unvorschriftsmäßige Förderung und als ganz neue Zugabe wird sofortige Entlassung in Aussicht gestellt, wenn sich unvorschriftsmäßige Förderung wiederholt und „unter erschwerenden Umständen“. Damit ist den Arbeitern eine furchterliche Kaut gebunden, da es nunmehr sündersücht ist, einen unheimlichen Arbeiter in eine Arbeit zu stellen, wo er absolut keine reine Förderung schaffen kann, worauf er sofort entlassen wird! Die Handhabung des Straffsystems ist ja den Vorgesetzten überlassen, Kautelen für den Arbeiterschutz sind in der Novelle nicht enthalten.

Ganz eigenartig sind die Bestimmungen der neuen Arbeitsordnung über die „Schichtdauer“. Dr. Vodenstein erläutert den § 33b der Novelle entsprechend den authentischen Erklärungen der Regierungsvorlage. Danach darf in den Steinkohlengruben die „Seilschaft“ für den einzelnen Arbeiter nur 30 Minuten dauern. Eine Maximalgrenze für die Schichtdauer der Gesamtbelegschaft setzt die Novelle nicht fest, sie unterlag nur die Verlängerung der bisherigen „Arbeitszeit“. Als Arbeitszeit gilt die Zeit von der Verabreichung der Seilschaft bis zu ihrem Wiederbeginn. Demnach würde nur die 1/2 stündige „Seilschaft“ nicht als „Arbeitszeit“ zu gelten haben, der ganze übrige unterirdische Aufenthalt des Arbeiters wäre seine „Arbeitszeit“. Ganz richtig interpretiert der Zechenjurist Vodenstein: In Bestrafen (Ruhrgebiet) darf der einzelne Arbeiter nicht länger als 5 1/2 Stunden pro Schicht unter Tage gehalten werden. Die neue Arbeitsordnung sagt aber wie die alte: Es gilt unterirdisch die Achtstundendarbeitszeit, von Verabreichung der Seilschaft bis Wiederbeginn derselben“. Noch wie vor soll die Seilschaft 30 Minuten „vor Anfang der Seilschaft“ beginnen, aber die Dauer der Ausfahrt besagen die vom Zechenverein ausgearbeiteten Vorschläge nichts. In den Vorschriften hat sich also nichts wesentlich geändert und deshalb liegt die Gefahr vor, daß die Zechenverwaltungen es unter dem neuen Gesetz ebenso wie unter dem alten fertig bringen, den regelmäßigen unterirdischen Aufenthalt des einzelnen Arbeiters über 5 1/2 Stunden zu verlängern. Es fehlt an einer scharfen Bestimmung der Begriffe „Schichtdauer“, „Arbeitszeit“ und „Seilschaft“; es mangelt an einer Begrenzung des unterirdischen Aufenthalts überhaupt, abgesehen von

den Betriebspunkten, wo eine Temperatur von mehr als 28 Grad Celsius herrscht; dort soll nur 6 Stunden gearbeitet werden dürfen. Der Zechenjurist macht aber geltend, „in der Praxis“ herrschten Zweifel darüber, ob die Sechstundenschicht nach Ablauf ihrer Zeit vor dem heißen Ort noch anderweitig beschäftigt werden dürfen. Aus Äußerungen von Betriebsführern ist zu entnehmen, daß versucht werden wird, die schwammige Form des Gesetzes eventuell auch zur Verlängerung des unterirdischen Aufenthalts der Belegschaften auszuweihen. Wenn man weiß, daß trotz der „Festlegung“ der „Achtstundenschicht“ in der alten Arbeitsordnung einzelne Arbeiter 8 bis 10 Stunden unter Tage bleiben mußten, so ist auch jetzt von der Auslegungslust der Zechenverwaltung das Schlimmste zu befürchten. Erklärt doch der Zechenjurist Vodenstein ausdrücklich, wohl seien an Betriebspunkten mit über 28 Grad Celsius Ueber- und Nebenarbeiten verboten (sonst nicht), aber „andererseits“ könnten diese Arbeiter „an anderen Betriebspunkten Ueber- und Nebenarbeiten verrichten“. Also die einzige Arbeiterkategorie, der das Gesetz eine Maximalarbeitszeit verleiht, kann dieser Wohlthat „in der Praxis“ verlustig gehen. Je näher man sich die Novelle ansieht, desto empörender tritt die Verhüllung des Vergesetzgesetzes zutage.

Wenn die Bergleute ihre neue „Arbeitsordnung“ in die Hand bekommen, werden sie sehen, in wie unverantwortlicher Weise sie von den Zentrumsagitatoren beschwindelt sind. Neben der neu eingeführten Sonderstrafe von bis zu 5 Mark im Monat nur wegen „unvorschriftsmäßiger“ Förderung, zählt die Arbeitsordnung in zwölf Absätzen (§ 17) eine ganze Repertoireliste von „Fällen“ auf, die zur Bestrafung der Belegschaftsmitglieder führen. Den Bergleuten ist gesagt worden (der „Vorwärts“ hat seinerzeit schon diesen Schwindel zurückgewiesen), in die besagten 5 M. Maximalstrafe sei alles einbezogen, was überhaupt an Geldstrafen zulässig. Nunmehr können die Beschwindelten lesen, daß sie noch wegen 21 sonstigen „Straffällen“ mit einem Lohnverlust bis zur Hälfte bzw. bis zur vollen Höhe des Tagesverdienstes geschädigt werden können ohne Begrenzung der Gesamtstrafsumme. Die dringende notwendige Reform der Lohn- und Bedingefestsetzung ist ganz unterblieben. Gerade gegen die unendlichen, zur Erbitterung führenden Streitigkeiten über Abschluß und Berechnung des Bedinges hat der Vergesetz nichts unternommen, das wird sich bitter rächen. Die neue Arbeitsordnung für die Ruhrzechen kommt in dieser Hinsicht den Arbeitern nicht im geringsten entgegen. Das mußte die Zentrumsfraktion im Landtage voraussehen, nach dem Auftreten der Unternehmer beim Streik und im Parlament. Sie durfte deshalb den Arbeitern nicht wieder die einseitige Okkupation des „freien Arbeitsübertrages“ gestatten, sondern mußte ein Gesetz schaffen, welches den Belegschaften ein faktisches Recht zur Mitbestimmung der Arbeitsordnung gibt. Jetzt können die Arbeiter sich nur „äußern“ — und die Zechenverwaltung wirft die Arbeitereingaben in den Papierkorb. Ein richtiges Herrenbergrecht.

Bekanntlich herrschte ein lebhafter Meinungsstreit über die Zusammensetzung der Arbeiterausschüsse. Die Regierungsvorlage knüpfte das Wahlrecht zu den Arbeiterausschüssen nicht an die Bedingung einer bestimmten Arbeitsfrist; nur die Gewählten sollten mindestens 25 Jahre alt sein und mindestens ein Jahr auf dem Bergwerk gearbeitet haben. In diesem Punkte (§ 80f) hat der Landtag eine außerordentliche Verschlechterung der Regierungsvorlage vorgenommen. Die Novelle gibt nur volljährigen und reichsangehörigen Arbeitern das Wahlrecht, wenn sie mindestens ein Jahr „ununterbrochen“ auf dem Bergwerk arbeiten; gewählt können nur werden mindestens dreißigjährige, reichsangehörige Belegschaftsmitglieder, die mindestens drei Jahre „ununterbrochen“ auf dem Bergwerk arbeiten. Nun haben sich aber über 200 000 Ruhrbergleute in diesem Frühjahr an dem Streik beteiligt. Die Regierungsvertreter erklärten in der Herrenhauskommission, wer wegen „Kontraktbruch“ während des Streiks aus der Belegschaftsliste gestrichen sei, habe kein Wahlrecht. Demzufolge hätten die am Streik beteiligt Gewesenen im Ruhrgebiet weder das passive noch das aktive Wahlrecht zu den Arbeiterausschüssen, denn wenn im November-Dezember die Wahl stattfindet, hat kein Streikteilnehmer eine „ununterbrochen“ einjährige Arbeitszeit hinter sich. Wenigstens trifft dies zu für die Zechen, die beim Streik erlitten, sie hätten die Ausländigen aus der Belegschaftsliste gestrichen. Unseres Wissens haben dies alle Zechen bekannt gemacht. Das tatsächlich die Streichungen geschehen sind, wird bewiesen durch Ablehnscheine kürzlich erst entlassener Bergleute, denen nur eine Arbeitsdauer ab Verabreichung des Streiks bescheinigt ist, obgleich sie schon lange vor dem Streik auf der betreffenden Zeche anfahren. Gleich nach Annahme des Gesetzes hat der „Vorwärts“ festgestellt, die Novelle gebe unter den erwähnten Voraussetzungen nur den Streikbrechern das Wahlrecht. Während ist die Zentrums-Prese über den betreffenden „Vorwärts“-Artikel hergefallen, hat ihn verlogen, „hegerisch“ usw. genannt. Aber in ihrer Nr. 746 (im September) gestand die „Kölnische Volkszeitung“ zu, daß das Gesetz gar nicht anders ausgelegt werden könnte, wie es der „Vorwärts“ tat. Auch die Regierung vermöchte das Gesetz nicht mehr im arbeitervreundlichen Sinne zu interpretieren, der klare Wortlaut stehe dem entgegen. Das Kölner Zentrumsorgan kam zu dem für seine Partei klamauerlich Schluß, das kaum besatzlose Gesetz müsse — abgeändert werden, wenn die Unternehmer auf seine strikte Anwendung nicht verzichten! Ein klägliches Schauspiel. Zuerst betritt das Zentrumsblatt die Grubenbesitzer mit Redewortern wie „Zechenpatasche“, „einsichtlose Scharfmacher“, hernach erwartet es von diesen „Zechenpataschen“ eine arbeitervreundliche Handhabung der Vergesetz-Novelle.

Der juristische Beirat des Zechenvereins, Herr Dr. Vodenstein, stellt sich in seinem Kommentar des § 80f Abs. 4 selbstredend auch auf den vom „Vorwärts“, zuerst später nachgedrungen auch von dem Kölner Zentrumsblatt eingenommenen Standpunkt: Streik unter

Kontraktbruch mit erfolgter Lösung aus der Belegschaftsliste nimmt den betreffenden Arbeitern das passive und aktive Wahlrecht zu den Arbeiterausschüssen! Es seien die Zechenbesitzer nicht einmal berechtigt, damals aus der Belegschaftsliste gestrichenen Streikenden das Wahlrecht zu gewähren, der klare Wortlaut des Gesetzes gestatte dies nicht; ganz so wie der „Vorwärts“ vom 5. August 1905 schrieb! Und in dem von Herrn Vodenstein ebenfalls gegebenen Regulativ über die „Wahl und Tätigkeit der Arbeiterausschüsse“ halten sich die Zechenbesitzer natürlich streng an den § 80f der Novelle. Das ist die Zentrumsbesetzung. Nach jenem Regulativ soll auf jeder selbstständigen Schachtanlage ein dreigliedriger Arbeiterausschuss gewählt werden. Der Zechenjurist weist darauf hin, daß nach dem Wortlaut und der authentischen Interpretation des Gesetzes durch den Regierungsvorsteher die Zechenbesitzer auch Beamte zu Arbeiterausschussmitgliedern ernennen können, da nur die „Reizzahl“ der Mitglieder Arbeiter zu sein brauchen. Ueberall Kautschul. Die Einzelheiten des Wahlaktes zu bestimmen ist den Zechenverwaltungen überlassen. Sie stellen eine Wählerliste auf; nun ist abzuwarten, ob die Streikteilnehmer in die Liste eingetragen werden. Die Aufklärung muß in den nächsten Tagen erfolgen. Nach dem Regulativ ist es ausgeschlossen, auch das Gesetz läßt es nicht zu, wofür der juristische Beirat der Zechenherren sein gewichtiges Zeugnis ablegt.

Was aber auch kommen mag, wenn die Unternehmer ihre frühere Bekanntmachung (Streichung der Streikenden aus der Belegschaftsliste) nicht veranlassen, für alles ist das Zentrum mit seiner Unfallschuldigkeit verantwortlich! Es ist der Partei früh genug gesagt worden, welcher Ungeheuerlichkeit die Bestimmungen über die Zusammensetzung und auch die über die Suspendierung der Arbeiterausschüsse gesetzliche Kraft verleißen. Herr Abgeordneter Trimborn hat in dieser Hinsicht selbst von einer „Abnormität“, von einer „Ungeheuerlichkeit“ gesprochen. Hinterher hat das Zentrum doch zugestimmt, obgleich es vorher mit apostolischer Sicherheit die Regierungsvorlage als das „mindeste“ hinstellte, wofür das Zentrum stimme, anderenfalls sei der „Reichstag sicher“. („Germania“ vom 13. Mai.) Wenn die beschwindelten Arbeiter die Gesetzes-„vorteile“ anerkennen und die Enttäuschten geraten in Mut, dann trägt das Zentrum die volle Schuld an den zu befürchtenden wirtschaftlichen Katastrophen.

Wir wünschen, daß sich die Konstituierung der Arbeiterausschüsse ohne Störung der öffentlichen Ruhe vollzieht. Wie die Unternehmer ihre früheren Bekanntmachungen mit dem zwingenden Text des Gesetzes in Einklang bringen werden, wissen wir nicht. Wir wünschen, daß die Arbeiterausschüsse glatt in Funktion treten. Sehr bescheiden sind ihre „Befugnisse“. Das Regulativ für die Ruhrzechen gibt den Arbeiterausschüssen kein Jota mehr „Befugnisse“, als wie die betr. Konstitutionsbestimmungen in der Novelle unumgänglich vorschreiben. Auch das war zu erwarten; trotzdem haben die Zentrumsagitatoren den Bergleuten allerhand von „Teilnahme an der Grubentransportkontrolle“, „Mitwirkung beim Bedingewesen“ u. s. f. erzählt, was alles zu den „Befugnissen“ der Arbeiterausschüsse gehören sollte. Nun liegt das Regulativ vor. Abgesehen von dem Recht der Ausschüsse, event. Wagenkontrollen zu wählen (die jederzeit gemahregelt werden können), sich an der Verwaltung der Arbeitergrößen in den Unterstufungsklassen „zu beteiligen“ (!), gemäß § 80d, Absatz 3, als eine Art Ordnungspolizei zu wirken, können die Ausschüsse „Anträge, Wünsche und Beschwerden der Belegschaft“ der Betriebsleitung „zur Kenntnis bringen“. Das ist alles. Wie wir die Unternehmer kennen, werden die Arbeiterausschüsse für die Arbeiter nur nützlich sein, wenn die Belegschaft stromorganisiert ist. Immerhin muß der Versuch gemacht werden. Wenigstens kann dann später nicht wieder gesagt werden, den Verwaltungen sei von Belegschaftswünschen nichts bekannt geworden. Nach Ansicht des Zechenjuristen entsprechen die Bekanntlich nur dekorativ wirkenden „Arbeiterausschüsse“, die schon seit Jahren im Saar- und Rheinland und Niederschlesien ein beschauliches Dasein fristen, den Bestimmungen der Vergesetz-Novelle. Eine höhere Kritik kann man kaum über an dieser „Vergesetzreform“.

Spätestens am 15. November sollen die neuen Arbeitsordnungen in Wirksamkeit treten, spätestens am 15. Dezember müssen die Arbeiterausschüsse eingerichtet sein. Dem Antrag des Bergarbeiterverbandes, das Proportional-Wahlrecht anzuwenden, hat der Zechenbesitzerverein nicht entsprochen; er diktiert, wer die meisten Stimmen hat (relative Majorität). Warum sollen die Zechenherren das nicht diktieren? Die Vergesetz-Novelle setzt ja erneut den Kapitalisten als Diktator ein. Der jetzige Zustand schreit förmlich nach einer gründlichen reichsgesetzlichen Reform des Bergarbeiterrechts.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Oktober.

Englandheute.

Man sollte meinen, daß in einem Augenblick, wo die Spannung zwischen England und Deutschland leider noch immer andauert, alles vermieden werden müßte, was die englische Gereiztheit vermehren könnte. Unsere Kolonial- und Flottenstreiter flüchten durch ihr abenteuereiches Gerede gerade Unfrieden genug, als daß sich Blätter, die politisch ernsthaft genommen sein wollen, noch zu einer Heze gegen England hergeben sollten. Es ist deshalb geradezu unangebracht, daß sich das „Berliner Tageblatt“ gerade in einer so angespannten Situation, wie es die gegenwärtige ist, zum Rundstück einer Englandheze der allerbedenklichsten Art hergibt. Das „Post“-Blatt veröffentlicht nämlich den Artikel eines englandfeindlichen Führers der ägyptischen Unabhängigkeitspartei, Mustafa Kamel Pascha, in dem die deutsche Regierung unter den heftigsten Aus-

Fällen gegen England geradezu aufgefodert wird, England zur Räumung Ägyptens zu zwingen. Das „Berliner Tageblatt“ drückt den Artikel des ägyptischen Unabhängigkeitsmannes nicht etwa nur als einen Beitrag zu den politischen Zuständen in Ägypten ab, sondern es feiert die Auslassungen als die Ansichten eines „Realpolitikers“ und christlichen Freundes Deutschlands, der deshalb dem „englischen Satrapen in Kairo“ um so verhaßter sei. Das liberale Blatt erklärt sich also indirekt mit dem Artikel völlig einverstanden!

Der Inhalt des Artikels ist kurz der: Der deutsche Kaiser habe sich wiederholt als warmer Freund des Islam gezeigt, so durch seine Haltung während der armenischen Krisis, durch seine Palästina-Reise, zuletzt noch durch sein Eintreten für die Integrität Marokkos. Leider habe es der Kaiser verabsäumt, sich auch zur rechten Zeit für die Unabhängigkeit Ägyptens ins Zeug zu legen. Der Raschoda-Konflikt sei der geeignete Zeitpunkt gewesen, sich die Unterstützung Frankreichs zu sichern und, etwa durch eine Reise nach Alexandria, ähnlich wie durch seine Reise nach Tanger, Englands Protektorat über Ägypten zu verhindern. Aber noch sei es nicht zu spät. Schlimmer als die „gelbe Gefahr“ sei die englische Gefahr. Wie, wenn England sich anschäie, auch Arabien und Palästina zu annektieren? Könne es Deutschland ruhig mit ansehen, daß England die Macht des Sultans, des Freundes Wilhelms II., und des Islam untergrabe?

„Deutschland, das eine Seemacht wird und den Orient „friedlich durchdringt“, kann nicht uneigennützig zur Seite stehen. Kein Deutscher kann in Zukunft an die Suprematie auf dem Meere, an ökonomische Erwerbungen im Orient und an die Freundschaft des Islam denken, ohne zugleich sich Ägyptens zu erinnern.“

In jedem Falle ist es nicht schwer zu verstehen, daß der Islam seine ganze und ungeteilte Freundschaft nur einer Macht zugesehen kann, die darauf bedacht ist, Ägypten zu retten, das die Seele der islamitischen Welt bedeutet, deren Kopf Konstantinopel ist.“

Es fehlte wirklich gerade noch, daß in England die Beforgnis nachgerufen wurde, Deutschland beabsichtige, England um das Resultat des englisch-französischen Abkommens vom 8. April 1904 zu pressen! Das weitaus wichtigste Ergebnis dieses bedeutamen Abkommens war ja gerade die Anerkennung des englischen Protektorates über Ägypten, um das England seit Jahrzehnten mit allen diplomatischen und kriegerischen Mitteln gekämpft hatte. Frankreich war sich der Bedeutung des englischen Anspruches auf Ägypten vollständig bewußt, es erkannte, daß die Grundlage einer englisch-französischen Entente gerade der Verzicht auf den bisherigen Anspruch bedeutete, Englands Protektorat über Ägypten nur als ein zeitweiliges, nicht definitives zu betrachten. Wollte Deutschland nunmehr Englands Protektorat anfechten, so bedeutete das nichts anderes, als Englands imperialistische Machtstellung durch Gefährdung seiner Mittelmeerherrschaft und der Beherrschung des direkten Seeweges nach Indien überhaupt anfechten wollen! Es ist ja natürlich ausgeschlossen, daß die deutsche Regierung einer so tollen, England bis aufs Blut provozierenden Politik zuzustimmen könnte. Aber es ist gerade deshalb der Gipfel politischer Privatität, dem Verdachte Englands, Deutschland könne wirklich so abenteuerliche Pläne hegen, auch nur die geringste Nahrung zu bieten. Eine solche Privatität begeht aber in seinem weltpolitischen Koller das „Berliner Tageblatt“ durch die Veröffentlichung und indirekte Billigung des Artikels Mousafa Kamel Paschas! —

Die äußere Politik der liberalen Partei Englands.

London, 21. Oktober. (Eig. Ber.) In der inneren Stadt von London fand gestern Abend eine liberale Versammlung statt, in der Sir Edward Grey sprach. Der Redner, der im nächsten liberalen Kabinett wahrscheinlich den Posten des Staatssekretärs des Äußeren bekleiden wird, ließ sich über die wichtigsten Fragen der äußeren Politik folgendermaßen aus: „Es werden gegenwärtig Gerüchte verbreitet, daß ein Wechsel der Regierung auch einen Wechsel in unserer äußeren Politik bedeuten werde. Diese Gerüchte kommen aus zwei Quellen: eine ist ein Teil der konservativen Partei; die andere ist ein gewisses Land, das aus eigenen Gründen hofft, daß eine liberale Regierung eine andere Gruppierung der Mächte anstreben werde. Allen diesen Gerüchten fehlt indes jede Grundlage. Es gibt jetzt drei wichtige Punkte in der äußeren Politik Englands, und keinen einzigen davon wird die liberale Partei ändern. Die wachsende Freundschaft zwischen uns und den Vereinigten Staaten ist allen Parteien dieses Landes sehr willkommen. Ein anderer Punkt ist das englisch-japanische Bündnis; abstrakt betrachtet, ließe sich manches gegen ein System der Bündnisse sagen, aber hier handelt es sich nicht mehr um die Einleitung eines solchen Systems, sondern um dessen Fortsetzung. Gätte England es abgelehnt, das Bündnis mit Japan zu erneuern, so wären wir in den Ruf der Unzuverlässigkeit und des Bankrotts gekommen, was uns in der ganzen Welt sehr geschadet hätte. Dann muß man sich vor Augen halten, daß dieses Bündnis einen durchaus defensiven Charakter hat. Der dritte Punkt ist unsere Freundschaft mit Frankreich. Seit dem englisch-französischen Abkommen ist es zwar über einen Punkt zu einem diplomatischen Mißverständnis zwischen Deutschland und Frankreich gekommen. Aber es fragt sich, ob das Mißverständnis nicht noch tiefer, ohne das englisch-französische Abkommen gewesen wäre. Es ist also nur zu begründen, daß wir nunmehr in herzlichster Freundschaft mit unseren Nachbarn jenseits des Kanals leben. Ueber diese drei Punkte gibt es keinen Unterschied zwischen der liberalen und konservativen Partei.“

Aber ist es denn nicht nötig, unsere Beziehungen auch nach anderen Richtungen hin zu verbessern? Ich bin selbstredend für den Abschluß neuer Freundschaften, aber ein solcher Abschluß darf nicht auf Kosten alter Freundschaften zustande kommen. Es gibt in England keine Partei, die sich einem Ausgleich mit Rußland widersetzen würde. Was unsere Beziehungen zu Deutschland betrifft, plädiere ich für ein Einverständnis, aber es muß nicht unsere Beziehungen zu Frankreich schädigen. Unsere Politik muß systematisch und folgerichtig sein.“ —

Deutsches Reich.

Ein agrarischer Vorschlag zur Verminderung der Fleischnot. Die Zentralstelle der preussischen Landwirtschaftskammern hat sich einen genialen Einfall geleistet. Die Agitation für die Öffnung der Grenzen ist ihr höchst un bequem; da sie andererseits aber aus bestimmten Wahrscheinlichkeiten gern den kleinen Leuten beweisen möchte, wie besorgt die ländlichen Großgrundbesitzer um des Volkes Lebensnahrung sind, so greifen sie auf den sozialistischen Vorschlag zurück, daß die Kommunen die Fleischversorgung selbst in die Hand nehmen — aber in einer Weise, die eine direkte Verhinderung dieses Vorschlages bedeutet. Die Zentralstelle hat sich nämlich an 490 Schlaghaushausgemeinden in Preußen mit der Mitteilung gewandt, daß sie bereit ist, Maßnahmen gegen die hohen Fleischpreise zu treffen. Einleitend wird in dem Schreiben darauf hingewiesen, daß die deutsche Landwirtschaft Jahrzehnte unter den verschiedensten Tierseuchen, die vom Auslande eingeschleppt wurden, gelitten habe. Eine Öffnung der Grenze dürfe im erhöhten Maße nicht stattfinden, wolle man die

deutsche Landwirtschaft nicht der größten Gefahr aussetzen. Dann wird angeführt, daß die Preisbildung für Fleisch in den Städten von vielen anderen Bedingungen weit abhängiger ist, als von der Gestaltung der Viehpreise, die dem Landwirt gezahlt werden. Zum Schluß heißt es: Wir sind bereit, Organisationen zu schaffen, welche in der Lage sind, das lebende Mastvieh oder das ausgeschlachtete Fleisch in Tierhäften an die städtischen Verwaltungen abzugeben und auf diese Weise zur Herbeiführung eines besseren und billigeren Verkehrs mit den Fleischkonsumenten das unferne beigetragen. Wenn die städtischen Verwaltungen den Vertrieb von Fleisch oder Vieh selbst, wie es bereits an verschiedenen Orten geschehen ist, in die Hand nehmen wollen, um die Fleischpreise zu verbilligen, und in den Städten ebenfalls Organisationen zum Vertrieb des Fleisches einzurichten, so könnte aus gemeinschaftlichem Zusammenarbeiten sicherlich dem Landwirt wenigstens der Produktionspreis für das Fleisch gesichert werden, während die städtischen Konsumenten ihr Fleisch bestimmt sehr viel billiger erhalten würden. Zum Schluß erklärt das Kuratorium der Zentralstelle der preussischen Landwirtschaftskammern, daß es ermächtigt ist, zur Schaffung solcher Organisationen die Hand zu bieten.

Der Vorschlag bedeutet für die jegige Fleischnot schon deswegen kein Abhilfsmittel, weil seine Durchführung einen langen Zeitraum in Anspruch nehmen würde. Die heutige Fleischnot kann nur durch eine Aufhebung der Grenzsperrungen für Vieh und Fleisch gemildert werden. Für die dauernde Herabsetzung der Fleischpreise hat allerdings auch der Vorschlag, die beträchtlichen Profite der Viehhändler, Viehkommissionäre und Großhändler auszuscheiden und die Viehzucht zu verstärken, keine Bedeutung. Wenn Blätter, wie das „Berl. Tagebl.“ und die „Arbeiterfreundliche“, „Verl. Volks-Zig.“ über diesen Vorschlag wüheln, geschieht es lediglich aus Beforgnis um die gefährdeten schönen Händlerprofite. Allerdings wäre Vorbedingung für die Uebernahme der Fleischversorgung durch die kommunalen Verwaltungen, daß zu gleicher Zeit die Viehzucht aus dem Auslande durch Aufhebung der Sperrenmaßnahmen und Zölle wesentlich erleichtert und ferner die deutsche Viehproduktion durch Wegfall der hohen Futtermittelzölle verbilligt würde, sonst könnte leicht das Ergebnis der Durchführung des Vorschlages sein, daß den großen Viehzüchtern auch noch die Profite der Händler und Großschlächter zufielen. —

Provisorische Mautarbeit.

Vor dem Schwurgericht in Köln standen vier Fürsorgezöglinge aus der benachbarten Anstalt Freimersdorf unter der Anklage der Weiterei. Sie haben den Aufseher Schäffer überfallen und schwer mißhandelt. Zwei wurden wegen Körperverletzung zu je einem Jahre, einer zu acht Monaten und einer zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt. Etwas anderes haben die vier Angeklagten nicht gewollt. Sie wollten aus der „Fürsorgezucht“ in das Gefängnis, da sie dieses, mit der Anstalt verglichen, als Paradies betrachteten, wie sie vor Gericht erklärten.

Dreimal schon sind kurz hintereinander solche „Mautereien“ in der nämlichen Anstalt vorgekommen: erst von zwei, dann von vier, zuletzt von acht Zöglingen. Kein Wunder, wenn man hört, was die Weisungsaufnahme ergab! Der Lehrer Klein, der über den zehn Hüftaufseher steht, beklundete über die Disziplinarrufen: Der Nacharrest besteht in Schlafen auf dem Boden in besonderer Zelle, wobei als Kopfleger ein Brett dient. Diese Strafe kann ohne Unterbrechung längere Zeit verhängt werden. Bei der Mautarbeit wird der Delinquent auf einen Rod gefesselt und die Schläge erfolgen auf das Gesicht. Sie werden vollzogen von dem Gassiocher der Anstalt. Ich überwachte die Vollziehung, damit es nicht zu sehr und nicht zu wenig hart hergeht. Die höchste Strafe sind zwanzig Stockschläge, für die ich hundert Sekunden nehme. Fünf Schläge sind das wenigste. Die Haut verhärtet sich auf der Stelle und wird leibhaftig. Ich will nicht bestreiten, daß auch schon ein Tropfen Blut floß, aber da war wohl ein Pustelchen in der Haut. Es ist nicht die Absicht, blutig zu schlagen. Selbst bei zwanzig Schlägen kam keine (also doch!!) Blut zum Vorschein. Von „Mautereien“ kann keine Rede sein.

Junge Zögling Trost, 18 Jahre alt; unter dem vor mehreren Wochen geforderten Direktor Schellmann war das Essen so schlecht, daß niemand Appetit dazu hatte. Es war kaum zu genießen. Es dauerte acht Tage, bis die Spuren der Stockschläge bei mir geheilt waren. Auf Beiträgen sagt der Zeuge weiter: Das Essen war schmacklos; es waren Salme, Stückchen Holz und schwarze Kartoffeln darin.

Junge Zögling Blud, 20 Jahre alt, bekam viermal Arrest sowie fünfzehn und zwanzig Stockschläge, die letzteren wegen Raubverlufs, an dem sechs Zöglinge beteiligt waren. Er klagt nicht über das Essen, aber er möchte lieber ins Gefängnis; dort sei er nicht bestraft und geschlagen worden. Es ergibt sich, daß der Lehrer Klein den Zeugen gefesselt hat vorführen lassen; ein Haftbefehl soll aber noch nicht erlassen sein. Der Zeuge beklundete auf Befragen: Bei den Stockschlägen hat man einen Rord über dem Kopf; zwischen dem ersten Schlag und den anderen wurden längere Pausen gemacht.

Der Zeuge Hüger, 20 Jahre alt, beklundete, er habe sieben Tage Arrest und vier Monate Isolierung bekommen, nur weil er einen anderen Zögling zu einer belanglosen Ungehorsamkeit verleitet haben soll. (Entschuldigende im Publikum!) Dieser Zeuge hat kleine Teile von Sägen und Nägel im Essen gefunden. Als er nach den Schlägen in seine Zelle kam, sei das Blut ihm an den Beinen heruntergelaufen.

Der Angeklagte Effer hat verhämmerte Weine; die Unterschensel leiden an Abzehrung; sie seien nur drei Finger dick, wie der Verteidiger sagt. Trotzdem erhielt der franke Mensch nach dem Angriff auf den Aufseher zwanzig Stockschläge. Der Angeklagte Vedain hat sich nach den Stockschlägen in der Zelle das Hemd mit Wasser vom Gesicht losweihen müssen.

Die Eltern des Angeklagten Vedain waren Zuchtinsassen. Der Vater starb als Zinker, die Mutter hatte 58 Monate im Zuchthaus gesessen. Der Junge verfiel nachher dem Schmaroggen und trieb sich auf den Landstrafen umher. Der zweite Angeklagte, Effer, hatte ebenfalls einen Zinker zum Vater und die Mutter war tot. Er schlief in Eisenbahnwaggons, Heuschuppen usw. und kam schließlich mit Dirnen und Gesindel zusammen. Die vier Zöglinge sehen jetzt im Alter von 17 bis 19 Jahren.

Die in der Verhandlung vernommenen Beamten bemühten sich, die Vorkommnisse in günstigerem Lichte erscheinen zu lassen und sprachen von humanen Fürsorgeabsichten. Die Angeklagten seien eben unverbesserliche Durcken; wer sich gut führe, werde auch gut behandelt.

Wir geben noch nach dem „Stadtanzeiger“ zur „Kölnischen Zeitung“ die Ausführungen der Verteidiger der Angeklagten. Der Verteidiger Jüttigart vertritt die Ansicht, Mauterei liege nicht vor, weil keine Gefangenschaft bestehe. Es handle sich um keine Zusammenrottung und es fehle der Wille der Gewaltanwendung. Bei den traurigen Zuständen in der sogenannten Erziehungsanstalt habe man mit der Anklage wenig Glück gehabt. Bei der Behörde möge der beste Wille herrschen. Alles Tadelnswerte sei nicht geschildert, gebessert habe sich manches. Früher sei täglich in der Anstalt geprügelt worden; auf das Gemüth der Zöglinge werde durch Prügel nicht eingewirkt. — Rechtsanwalt Weber führte für Goyer und Effer aus, deren Wille sei gewesen, aus der Fürsorgeanstalt hinauszu kommen. Das Fürsorgegesetz sei ein gutes, wenn es nach seinem Geiste gehandhabt werde. Das Abgeordnetenhaus habe das Wort „Fürsorge“ in das Gesetz eingefügt und der Zentrumsabgeordnete Landesrichterdirektor Schmitz in Düsseldorf habe das größte Verdienst an dem Titel Fürsorgegesetz, daß anstelle der Eltern treten solle. Der Staat vertrete nach diesem Gesetz die Stelle der Eltern an den Kindern, müsse ihnen also auch ein Heim bieten. Wo Elternrechte sind, seien auch Pflichten. Die Frage sei, ob die Regierung ihre Pflicht erfüllt habe, und da sage er: Nein! Wer in Braun-

weiler gewesen, wo Dirnen und Zuhälter sind, sei gekennzeichnet und geachtet und nicht mehr zu bessern. Die reiche Rheinprovinz habe für ihre Zöglinge kein anderes Mittel gehabt, als sie in Braunweiler unterzubringen. Der Landesrat habe hier die richtige Verteidigungsrede der Verwaltung des Rheinlandes gehalten. Man nehme ein altes Bazarett, statt für 100 000 R. ein Gut zu kaufen und umzubauen. Daß man selbst erst nicht nach Braunweiler wolle, ergebe sich aus der Venberung des Namens; doch alles in derselben Ringmauer mit der Arbeitsanstalt. Ob die Gefangenen glauben, daß man morgens Direktor einer Arbeitsanstalt und nachmittags Leiter einer Fürsorgeanstalt sein könne? Ob das der Mann sei für eine Stelle, wo junge, verträppte Bäume herangebildet werden sollen? Man habe nicht nur seine Zeit gehabt, ein Haus zu schaffen, nein, nicht einmal ein Reglement sei erlassen worden. Wie gebe das an, daß in einer Fürsorgezuchtungsanstalt einfach drauf losgeschlagen werde, wie es hier geschehen. — Rechtsanwalt Dr. Keller vertrat die Ansicht, wenn Zöglinge Gefangene seien, so seien dies auch Soldaten und Pensionäre. Die Behörde möge ja ideale Bestrebungen haben, aber nach unten würden die nicht besorgt. Der Leiter der Anstalt und der Arzt vergäßen, daß die Gefangenen acht Tage zur Heilung nötig hätten. Der Leiter ordne Haftbefehle an, was nur einem Richter zustehe, und er ordne Prügel an, wozu er nicht befugt sei. Solche entehrende Strafe passe für schwere Verbrecher, nicht für junge Leute. Diese hätten Edeu vor dem ersten Schläge, und sähen die Hiebe, seien sie voller Mut. Die Leute würden gebunden und geknebelt, als wenn sie zum Scharfot geschleppt würden, und dann kämen sie mit ihren wunden Knochen noch in Arrest.

Vielen Ausführungen und diesem Tatbestande gegenüber hielt es der Vertreter der Staatsanwaltschaft für angebracht, zur Entschuldigung der Verwaltung darauf hinzuweisen, daß das ganze ja nur ein Provisorium sei! Das ist eine ganz treffliche Entschuldigung. Am Ende ist die ganze kapitalistische Wirtschaft nur ein Provisorium in der Weltgeschichte; der Weg zu seiner Beseitigung freilich ist mit Blut und Tränen geküht, er führt über Millionen vernichteter Existenzen, vernichteten Glückes, über Jammer und Elend. Die in der Anstalt Freimersdorf Braunweiler mit blutigen Prügeln, Isolierarrest, Nagelstuppe und Sadrei zu misshandeln Menschen „erzogenen“ Verwahrlosten können sich damit trösten, daß das nur provisorisch war.

Defizit und Wahlrecht in Sachsen.

Aus Sachsen wird uns geschrieben: Der Wiedereintritt eines sozialdemokratischen Abgeordneten, unseres Genossen Goldstein, in den sächsischen Landtag hat der bürgerlichen Presse Veranlassung zu allerhand unsinnigen Vermutungen über die Haltung Goldsteins gegeben, die von dem Kerger gehen, daß die Sozialdemokratie in Sachsen so stark geworden ist, um die Schwänke des Dreiklassen-Wahlrechts zu durchbrechen. Unsere Gegner haben eben nichts gelernt und nichts verstanden — sonst müßten sie aus dem Jähren, immer kaltsblütigen, gleichwohl wiesam geführten Kampfe gegen das Dreiklassen-Wahlrecht Rückschlüsse auf die sozialdemokratische Zeit ziehen. Wie das Schwandgeschick, das die Sozialdemokratie verschmettern sollte, von dieser selbst geträumt wurde, so wird auch das gegen die Sozialdemokratie gerichtete Dreiklassen-Wahlrecht von ihr vernichtet werden. Nicht, daß wir meinen, unter diesem „elendesten aller Wahlrechte“ könnte eine bedeutende Anzahl Sozialdemokraten in den Landtag gewählt werden, aber die Gewählten werden die Waffe, die man uns mit der Wahlentziehung in die Hand gedrückt hat, an der Stätte der Wahlentziehung nun dauernd den Entrechteten ums Haupt schlagen.

Das Ministerium Meißel hatte sich seine Stellung im Dreiklassen-Landtag phlegmatisch ruhig gedacht und bereits vor den Wahlen verhandelt, die Regierung werde dem Landtag keine Vorlage zur Wahlreform unterbreiten. Nachdem es den Wunsch des verstorbenen Königs Georg nach einer Wahlreform durch ihre Haltung bereitet und von der jetzigen Königin keine Anregung zu einer Änderung zu erwarten hat, glaubte es vom „sozialistischen“ Landtag keinen Anstoß erwarten zu dürfen. Nun aber ist gar ein Sozialdemokrat gewählt, der als lebendiger Protest gegen die Wahlentziehung selbstverständlich die Frage einer Wahlreform ansprechen wird, wo sich ihm die Gelegenheit bietet und damit nicht nur die erträumte Ruhe des Dreiklassen-Ministers hören, sondern der Wahlrechtsbewegung im Lande neue Impulse geben wird.

Wir haben die nationalliberalen Wahlrechtswirrer angeklagt, sie wollten die Regierung über ihre jetzige Stellung zur Wahlreform interpellieren, aber sie haben zugleich ihre Forderungen nach einer besseren Vertretung der Industrie in der Ersten Kammer und einer Neueinteilung der Wahlkreise zu den Wahlen für die Zweite Kammer gestellt. Forderungen, die eine Änderung des Dreiklassen-Wahlrechts ausschließen. Gleichviel, ob von irgend einer bürgerlichen Seite die Wahlrechtsfrage angeknüpft wird oder nicht, sie wird doch zur Sprache kommen, dafür wird unser Vertreter sorgen.

Im übrigen wird dieser würdige, am 24. Oktober zusammen tretende Landtag wieder Defizitqualen mit der Regierung empfinden, denn die „Sparpolitik“ des jetzigen Finanzministers Dr. Müller — der aus den Eisenbahnen durch hohe Tarife und Herabdrückung der Arbeiterlöhne das mögliche herauszufinden sucht — ist nicht imstande, das Defizit zu beseitigen, das nicht etwa bloß aus der Steigerung der Matricularbeiträge, sondern aus der Regalierungs-wirtschaft für die bestehenden Klassen herrührt, die man vor einer stärkeren Heranziehung zu den Staatslasten, wie sie durch die frühere sozialdemokratische Fraktion im Landtage gefordert wurde, bewahrt hat. Demnach, wenn der Etat dem Landtage vorliegt, werden wir die Höhe des diesjährigen Defizits feststellen. Das nun schon durch drei Sessionen laufende und wiederkehrende ungeheure finanzielle Defizit, sowie die Wahlrechtsfrage sind die Hauptfragen, die den Landtag beschäftigen werden. In beiden wird das Ministerium Meißel zerschellen. —

Zum Verfassungskampf in Ossen.

Aus Darmstadt wird uns geschrieben: Die Zweite Kammer hat sich am Sonnabend mit dem Verhalten der Privilegiertenkammer in Sachen der Wahlreform befaßt. Die „hohen Herren“ haben ihre Zustimmung zum direkten Wahlrecht von der Bedingung abhängig gemacht, daß ihr Budget- und Steuerbewilligungsrecht erweitert werde. Sie verlangen die Abänderung des Artikels 67 der Verfassung, in dem der Ersten Kammer nur das Recht gegeben ist, den Etat, wie er aus den Beratungen der Zweiten Kammer hervorgeht, im ganzen anzunehmen oder abzulehnen. Im Falle der Ablehnung durch die Erste Kammer haben beide Kammern zu gemeinsamer Beratung zusammenzutreten und es findet Durchstimmung statt. Die privilegierten Gesetzgeber verlangen das Zustimmung- und Verwerfungsrecht für die Einzelposten des Etats und Wegfall der Durchstimmung, also absolutes Vetorecht gegen das Ganzes. Des weiteren verlangen sie die Abänderung des Artikels 70 der Verfassung, wonach die Regierung das Recht hat, eine Gesetzesvorlage, die von einer Kammer abgelehnt wird, im nächsten Landtage wieder vorzulegen und dann, wenn sie wieder von einer der Kammern abgelehnt wird, die Stimmen dafür in beiden Kammern zusammenzuzählen. Ist dann die Mehrheit dafür, so ist das Gesetz angenommen. Vor der Annahme des Artikels 70 gegen die Mehrheit der Zweiten Kammer ist diese durch ihr absolutes Budgetrecht geschützt. Dagegen kann die Regierung mit dieser Verfassungsbestimmung jederzeit den Widerstand der Ersten Kammer ohne weiteres aus dem Wege räumen. Die Vertreter des Hochadels und der Hochfinanz verlangen darum deren Beseitigung, wobei es ihnen, wie Freiherr v. Seyl offen zugegeben hat, in erster Linie darum zu tun ist, ein absolutes Vetorecht gegen Steuererhöhungen zu erhalten, die ihnen unangenehm sind.

Die Verhandlungen in der Zweiten Kammer wurden eröffnet durch die Verlesung einer Erklärung der nationalliberalen Fraktion, wonach diese dem Ausschaustrage, der das Verlangen der Ersten Kammer als unannehmbar bezeichnet, einstimmig zustimmt. Sodann rechnete der Abg. Reinhardt (ein Wortser Leder-

Industrieller wie Hehl) mit seinem „Parteilreund in der Ersten Kammer“ ab, dem er eine von unwahren Angaben über angebliche sozialpolitische Verdienste der Ersten Kammer nachwies. Namens der Bauernbündler erklärte Abg. Dirschel ebenfalls, daß sie dem Ausschusshauptmann zustimmen würden. Das gleiche geschah für das Zentrum durch den Abg. v. Brentano, der außerdem die Stimmungsmache gegen die Reform, die in Rheinpreußen durch den „unwahren Wind“ aus der Wormser Ecke betrieben worden sei, scharf kennzeichnete.

Für unsere Partei ergriff der Abg. David das Wort. Er begann mit einer gründlichen Abrechnung mit Hehl. Durch die Art, wie Hehl durch seine Presse und seine Helfershelfer die Agitation gegen das Zustandekommen der Reform betrieben habe, habe er bewiesen, daß er nicht nur einer der größten Industriellen, sondern auch einer der größten Demagogen sei. Die Heulische Behauptung, daß nicht die Erste, sondern die Zweite Kammer die Schuld am Scheitern der Vorlage trage, bestätigte von neuem, daß Hehl's Verhältnis zur Wahrheit ein pathologisches genannt werden müsse. Sodann ging Genosse David näher auf den seitherigen Gebrauch bei der Budgetberatung ein und wies nach, daß jede Einmischung der Ersten Kammer in die Details des Budgets verfassungswidrig sei; daß darum in Zukunft keine Kommunikation von jener entgegengenommen und berücksichtigt werden dürfe. In dieser Hinsicht müsse er auch gegen den vom Abg. v. Brentano (S.) verfaßten Ausschusshauptbericht scharf protestieren. Dort sei gesagt: „Würde die Erste Kammer eine gesetzliche Festlegung dieser seitherigen Übung in der Anwendung des Artikels 67 gewünscht haben, so hätte darüber nach Ansicht der Majorität des Ausschusses eine Verständigung der beiden Kammern stattfinden können, vielleicht im Rahmen der Geschäftsordnung.“ — Die Sozialdemokratie werde auf diesem Wege seinen Finger breit mitgehen. Sie bestrebe auf strengste Innehaltung der Verfassung. Damit und mit der Inbetriebsetzung des Artikels 75 sei die Erste Kammer schon halb abgeschafft. Die hohen Herren würden dann merken, daß sie sich mit ihrer Obstruktion gegen den Fortschritt gründlich in die Brenneisen gefehlt hätten. Die Regierung müsse um ihrer eigenen Ehre willen die Wahlvorlage sofort im nächsten Landtage wieder einbringen; dann aber solle sie von den arbeitserfreundlichen Kautelen Abstand nehmen und das proportionale Wahlverfahren für das ganze Land vorsehen. Im übrigen sei die beste und einfachste Lösung des Konflikts mit den Privilegierten die Abschaffung der Ersten Kammer. Hehl gebühre Dank dafür, daß er mit seinem Vorgehen für diese Forderung die wirksamste Propaganda gemacht habe. Sie werde nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. Sie sei jetzt sogar von einem Zentrumsorgan erhoben worden, wie ein Nitat aus dem „Nürnberger Journal“ erweise. Die Nationalliberalen aber würden, wenn sie gegen unseren Antrag stimmten, gegen ihren eigenen Antrag stimmen, da sie ja einmals selbst die Befestigung der Ersten Kammer verlangt hätten. Ein Sturm der Entrüstung gegen die Erste Kammer gehe durchs Land. Werde diese zunächst in die ihr durch die alte Verfassung gezogenen Schranken zurückgewiesen, so könne man sagen, daß die zweite Wahlreform-Kampagne ein sehr wertvolles Ergebnis gehabt habe.

Der heftigste Verfall, den die Rede des Abg. David im Hause fand, bewies, daß wir mit dem „parlamentarischen Erfolg“ des Herrn v. Hehl recht zufrieden sein dürfen. Die sozialdemokratische Fraktion hat beantragt, dem Ausschusshauptmann einen Passus anzufügen, in dem die Regierung aufgefordert wird, die Vorlage sofort wieder einzubringen, dabei aber unter keinen Umständen den Wünschen der Ersten Kammer in bezug auf die Artikel 67 und 76 der Verfassung Rechnung zu tragen. Es ist zu erwarten, daß dieser Antrag angenommen wird. Vor der radikalen Lösung des Konflikts durch die Abschaffung der Ersten Kammer werden aber die bürgerlichen Parteien zurückzuführen. So weit geht ihr demokratischer Heldennut nicht. Der Zentrumsabgeordnete v. Brentano hat bereits erklärt, daß er da nicht mitmache. Der Fortgang der Debatte wird noch mehr halbe und ganze Freunde der Privilegiertenkammer zum Wort kommen lassen. Die Regierung hat noch nicht gesprochen. Es wird sich zeigen, ob sie die Ausrage hat, den Hehl'schen, den ihr der Wormser Mitregent in beleidigendster Form hingeworfen hat, offen aufzunehmen.

Darmstadt, 23. Oktober. Die Zweite Kammer lehnte heute bei der Beratung des Gesetzentwurfes betreffend die Reform des Landtags-Wahlrechtes den Initiativantrag der Ersten Kammer, welcher die Annahme des Gesetzentwurfes von der Erweiterung der Befugnisse der Ersten Kammer abhängig machen will, mit allen gegen drei Stimmen ab. Staatsminister Dr. Nolke hatte sich gleichfalls gegen die Annahme des Antrages erklärt, weil er eine Änderung der Verfassungsumstände in sich schließe. Damit ist die Wahlreform vorerst gescheitert.

Mysteriöse Teilhaberkonten bei der Kolonialfirma.

Im „Berl. Tagebl.“ lesen wir: Aus unserem Leserkreise geht uns von verschiedenen Seiten eine Mitteilung zu, die wir für unglücklich halten, die wir aber trotzdem der Öffentlichkeit übergeben, weil es uns nötig scheint, daß die amtlichen Stellen unzweideutig den Gerüchten entgegenzutreten, auf denen diese Mitteilungen beruhen. Es wird uns nämlich von mehreren Seiten berichtet, daß sich in den Büchern der Firma v. Tappelstrich u. Co. zwei mysteriöse Teilhaberkonten finden, ein „Konto P.“, dessen Inhaber Herr v. Podbielski, und ein „Konto St.“, dessen Inhaber der Kolonialdirektor Dr. Stäbel sei. Wir betonen nochmals: Wir halten es für absolut unglücklich, daß diese Mitteilungen sich behaupten. Schon deshalb nicht, weil wir die beiden in Frage kommenden Herren eines solchen Vergehens gegen ihre Amtsehre nicht für fähig halten. Und nicht minder auch aus anderen Gründen. Immerhin beweist die Tatsache, daß uns die Mitteilung über das „Konto P.“ und „Konto St.“ von mehreren Seiten zugeht, daß man in immerhin nicht engen Kreisen die Mitteilung für richtig hält. Da ist es im Staatsinteresse unbedingt notwendig, daß der Regierung Gelegenheit gegeben wird, gegen diese Gerüchte öffentlich aufzutreten. So ist der Zweck dieser Zeilen, ihr diese Gelegenheit zu geben.

Die Firma Tappelstrich ist jene Firma, die an unseren profitablen Koloniallieferungen besonders stark beteiligt ist. Mit dieser Firma sind überaus langfristige Verträge von der Regierung abgeschlossen worden. Es braucht also nicht erst auseinanderzusetzen zu werden, welcher Verdacht auf Podbielski und Stäbel fallen würde, wenn die dem „B. Z.“ gewordenen Mitteilungen der Wahrheit entsprächen!

Podbielski war übrigens bis zum Antritt seines Ministerpostens Teilhaber der Firma Tappelstrich. Zur Zeit der letzten Erneuerung der Lieferungsverträge im Jahre 1903, die auf zehn Jahre abgeschlossen worden sein sollen, war er bereits Minister. Ferner fiel es auf, daß der Kolonialdirektor Dr. Stäbel in einem amtlichen Schreiben an die zur Schutztruppe übertretenden Offiziere die Firma Tappelstrich zur Equipierung besonders warm empfahl. Ein entsetzendes amtliches Dementi scheint auch uns in der Tat dringend geboten zu sein! —

Afrikanische Verluste. Nach einem Telegramm aus Windhof fand gestern am 6. Oktober d. J. im Gefecht bei Jerusalem Leutnant Johannes E. v. R. geboren am 11. 8. 78 zu Schleswig; am 23. September d. J. beim Ueberfall v. Station Cas Ritter Maximilian G. C. E. geboren am 12. 10. 88 zu Rastatt; Gefreiter Karl Koch, geboren am 7. 12. 81 zu Krautheim, ist am 20. Oktober d. J. im Lazarett Windhof an Herzschwäche nach Lungentzündung gestorben. —

Husland.

England.

Campbell Bannermans politisches Auftreten. Edinburgh, 22. Oktober. In einer gestern hier veranstalteten großen liberalen

Versammlung hielt Lord Rosebery eine Rede, die viel bemerkt wird, weil er darin Campbell Bannermans Führung der liberalen Partei anerkannte und darauf Bezug nahm, daß dieser demnächst wieder den Oberbefehl über die liberalen Streitkräfte übernehmen werde. —

Spanien.

Hungerrevolten. Nach Meldungen aus Sevilla und Malaga treten in den dortigen Gegenden wiederum bewaffnete Haufen auf, die die Dörfer plündern und ein Schreckensregiment über die Bevölkerung ausüben. —

Schweden.

Der Marinismus fordert für die nächsten Jahre wiederum verschiedene Millionen Kronen. Die Marineverwaltung wünscht, daß der nächste Reichstag einen neuen Panzerkreuzer für 741000 Kr. bewillige, wovon 2478000 Kr. im Budget für das bevorstehende Finanzjahr aufgeführt werden, ferner 4 Torpedojäger für 5048000 Kr., wovon das bevorstehende Finanzjahr 2524000 Kr. tragen soll, außerdem 8 Torpedoboote erster Klasse, deren Kosten noch nicht berechnet sind, 7 zweiter Klasse für 1610000 Kr., ein Umrüstschiff und ein Uebungsfahrzeug. Dazu kommen Veränderungen älterer Kriegsschiffe, die auch noch eine kleine Million erfordern werden. Dann sollen noch 4103000 Kr. für Fertigungsarbeiten im Göteborger Fahrwasser verlangt werden, davon die Hälfte im bevorstehenden Finanzjahre. —

Asien.

Admiral Togo's Einzug in Tokio gestaltete sich zu einer begeisterten Kundgebung des Volkes, bei welcher die Massen die bei den Japanern sonst gewohnte Zurückhaltung völlig fallen ließen. Der Admiral wurde in der Hauptstadt mit lauterlichen Ehren empfangen. Der Sonderzug, der ihn nach Tokio brachte, fuhr auf dem ganzen Wege von Yokohama ab durch ein Spalier jubelnder Massen, die bis an das Gleise herandrängten. Vom Shimbashi-Bahnhof, der Haltestation des Zuges in Tokio, bis zum lauterlichen Palast füllte eine unzählbare Menschenmenge die Straßen. Seit der großen Kundgebung für die Einführung einer konstitutionellen Regierung im Jahre 1889 hat man hier etwas derartiges nicht gesehen. Admiral Togo's Fahrt zum Schloß, unter dem Geleit von Garde-Rangreitern, erinnerte an den Einzug eines Königs. Beim Anblick des Mannes, der durch seine Seesiege Japan gerettet hat, geriet das Volk außer sich vor Begeisterung. Im Palast wurde Admiral Togo vom Kaiser empfangen. Der feierliche Austritt erhielt eine eigenartige eindrucksvolle Stimmung durch den neuen Kanonendonner, der von den schützenden Geschützen der vor Yokohama liegenden Flotte dumpf herüberhallte. Der Kaiser zeichnete den Admiral durch die Ueberreichung eines besonderen Erlasses aus, der nicht veröffentlicht wird, weil darin wichtige Marineangelegenheiten erwähnt werden. —

Tokio, 23. Oktober. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Heute fand eine Parade über die kombinierte japanische Flotte und die erbeuteten und wieder stotgemachten russischen Kriegsschiffe auf der Bay von Tokio statt. Der Kaiser und Admiral Togo waren anwesend. Der Kaiser empfing nach der Parade englische und amerikanische Offiziere an Bord des Panzerkreuzers „Asama“. —

Amerika.

Präsident Roosevelt hielt am Sonnabend in Jacksonville (Florida) eine Rede, in der er ausübte, die Arbeiten am Panamakanal seien so weit fortgeschritten, daß er mit Bestimmtheit erklären könne, der Kanal werde vollendet werden und zwar wahrscheinlich mit geringeren Kosten, als man angenommen habe. Pflicht der Vereinigten Staaten sei, für die Sicherheit des Kanals zu sorgen. Hierfür seien eine starke Flotte und strategische Zugänge unumgänglich notwendig. Die weitere nähere sich ihrer Vollendung und letztere besäßen die Vereinigten Staaten bereits. Die Vereinigten Staaten hätten nicht die Absicht, irgend eine der südamerikanischen Republiken anzugreifen und wünschten keiner Fuß Landes zu erwerben. Wenn die Vereinigten Staaten sich jemals in die Angelegenheiten irgend einer Nachbars einzumischen hätten, so würde das nur in der aufrichtigen Absicht geschehen, den betreffenden Völkern einen guten Dienst zu erweisen. Die Vereinigten Staaten würden zu einem solchen Einschreiten nur als letztem Mittel greifen, um zu verhindern, daß irgend eine europäische Macht zum Einschreiten gezwungen werde. —

Soziales.

Kaufmannsgericht.

Sitzung vom 23. Oktober.

In „streitartiger Weise“ eine Stellung aufgegeben hatte ein Kommiss der Firma Weig. So behauptete wenigstens der beklagte Kaufmann Weig im gestrigen Termin. Der Kommiss hingegen führte an, daß er sich zur sofortigen Aufgabe seiner Stellung für berechtigt gehalten habe. Er sei eines Tages eine halbe Stunde zu spät ins Geschäft gekommen, worwegen er den Chef sofort höflich um Entschädigung gebeten habe. Es ist aber dabei noch zu einer weiteren Aussprache zwischen beiden gekommen, in deren Verlauf der Kommiss von dem Chef mit Ausdrücken wie „dummer Bengel“ und „frecher Kerl“ regaliert wurde. Diese offensbare Ehrverletzung habe ihn zum sofortigen Verlassen der Stellung veranlaßt und verlange er deswegen noch Entschädigung für die Dauer der gesetzlichen Kündigungsfrist. Der Vorsitzende riet dem Beklagten dringend zum Vergleich, dem zweifellos berechtigten derartig beherrschende Ausdrücke den im gereiften Alter stehenden Kläger zum sofortigen Verlassen seiner Stellung mit Anspruch auf Entschädigung für die gesetzliche Kündigungszeit. Die Beklagte erklärte sich dem auch bereit, im Vergleichswege an den Kläger 200 M. zu zahlen.

Die Frage der Zuständigkeit beschäftigte das Gericht gestern eine geraume Zeit. Ein in Berlin wohnhafter Reisender klagte gegen die Maschinenfabrik „Georgswerk“ zu Hannover auf Entschädigung wegen ungerechtfertigter Entlassung. Der Kläger hielt das Berliner Kaufmannsgericht für zuständig, weil bei seinem Engagement vereinbart worden sei, ihm sein Gehalt nach Berlin zu senden, ihm ferner die selbständige Verwaltung einer Niederlage der Firma in Berlin in Aussicht gestellt war und auch Berlin als Erfüllungsort seiner Aufträge gelten solle. Vom Vertreter der Beklagten wurde die Richtigkeit dieser Angaben aber bestritten unter Berufung auf eine kommissarische Zeugenaussage. Einen durchschlagenden Gegenbeweis konnte der Kläger nun allerdings nicht erbringen. Infolgedessen erklärte sich das Gericht für unzuständig und wies den Kläger unter folgender Begründung kostenpflichtig ab: Aus der Tatsache, daß dem Kläger sein Gehalt von Hannover nach Berlin geschickt worden sei, ergebe sich die Zuständigkeit des Berliner Kaufmannsgerichts noch nicht ohne weiteres. Erforderlich wäre vielmehr gewesen, daß Berlin als Erfüllungsort für die Aufträge des Reisenden an die Firma ausdrücklich vereinbart worden wäre. Auch genüge es nicht, daß die Firma in Berlin eine Niederlage habe, sondern dies müsse eine wirkliche Niederlage sein. Klägerische Beweise hierfür aber seien nicht erbracht.

Bedauerlich ist hierbei jedenfalls, daß der Kläger seine nur zu begreifliche Unkenntnis dieser Rechtslage mit dem nicht unerheblichen Kosten (u. a. die Reisekosten des Vertreters der Firma von Hannover nach Berlin und zurück) büßen muß, ganz abgesehen von der Unzuständigkeit der Klagenanbringung in Hannover und der notwendig eintretenden Verzögerung in der Erledigung der Klage. Im Interesse der wirtschaftlich meistens nur sehr schlecht gestellten Handlungsreisenden wäre es wohl sehr zu empfehlen, daß diesen schon bei der Einreichung derartiger Klagen auch unangefordert möglichst klare Auskunft über die event. Zuständigkeit oder Unzuständigkeit des örtlichen Kaufmannsgerichts gegeben würde. Dadurch könnten gerade dieser Kategorie von Handlungsgeschäften viel Zeit, Kosten und Verdruß erspart werden.

Kostenpflichtig abgewiesen wurde eine Verkäuferin, die gegen den Obständler Kieholz auf Entschädigung wegen unberechtigter

Entlassung klagte. Die Klägerin hatte dem Beklagten um Urlaub von zwei Monaten gebeten, den dieser anfänglich zwei Monate aber zugestand. Für diese zwei Monate hatte der Beklagte ein anderes Fräulein zur Aushilfe engagiert. Als dann die Aushilfestellung an dem vereinbarten Datum ant wollte, weigerte sich aber die Klägerin, von dem Urlaubsbefehl Gebrauch zu machen. Sie wurde daraufhin sofort entlassen. Da der Beklagte den Eid darauf leistete, daß sich die Sache in der dargestellten Weise verhielt, erfolgte die Abweisung der Klage.

Herr Senatspräsident Lindenberg vom Kammergericht als Erzieher der Presse.

Unser Berichterstatter vom Kammergericht ersucht uns um die Aufnahme des folgenden:

Unzweifelhaft, wie kein anderes Recht, sind die Vorschriften auf dem Gebiete des Schulwesens in preussischen Staaten. Was hier und dort gilt, gilt jenseits der Grenzen eines bestimmten Landes teiles oder einer Provinz oder auch nur eines Teiles einer Provinz schon nicht mehr. Der „Vorwärts“ und andere sozialdemokratische Blätter haben schon darauf hingewiesen, um einer Aneignung der Interessenten entgegen zu wirken. Bürgerliche Winkeltouristen, welche niemand das Kammergericht besuchten, hatten seinerzeit nur für bestimmte Landesteile geltenden Kammergerichtsentscheidungen über Schulfragen eine allgemeine Fassung gegeben und sie so weiter verbreitet. Der Vorsitzende des ersten Straifenats des Kammergerichts, Senatspräsident Lindenberg, benutzte damals einen Strafprozeß wegen Schulverhältnis als Anlaß, eine derartige unheilvolle Verdrückerhaltung in öffentlicher Kammergerichtsentcheidung ebenfalls zu kennzeichnen. Leider ließ auch er es an der erforderlichen Genauigkeit fehlen. Er sprach von Verdrücker, die aus diesem Saale hervorgegangen“ seien, obwohl es ihm ein leichtes gewesen wäre, vorher durch Nachfragen bei den an den Sitzungstagen im Kammergericht verammelten Berichterstattern festzustellen, daß die Verdrücker, welche mit Recht seinen Unmut erregten, eben nicht „aus diesem Saale hervorgegangen“ waren. Ein Kollege ließ ihm das schriftlich wissen, womit auch ich mich damals zufrieden gab.

Jetzt hat aber Herr Senatspräsident Lindenberg den irreführenden Bericht einer neuen Kammergerichts-Korrespondenz wieder zum Anlaß einer im höchsten Ton gehaltenen Kritik genommen, gegen deren allgemeine Fassung im Wiederholungsfall ich nun doch vor der Öffentlichkeit ganz entschieden protestieren muß. Nur für das Gebiet des sogenannten „pommerischen Landtagsabschiedes“ geltende Vorschriften über gewisse formale Voraussetzungen von Schulfragen (Vorladung, Mahnung, Verwarnung und Protokollaufnahme darüber) waren die Berichte jener Korrespondenz als allgemein geltende Normen hingestellt worden. Solche Berichte wurden unter anderem in ost- und westpreussischen Zeitungen verbreitet, z. B. in der „Esbinger Zeitung“ und der „Tilsiter Allgemeinen Zeitung“. Als nun dieser Tage ein Strafprozeß, dem schleswig-holsteinische (altbänsische) Schulrecht zugrunde lag, verhandelt wurde, betonte Herr Senatspräsident Lindenberg in der Urteilsbegründung den Sondercharakter dieses Rechts, und ganz allgemein zu den antwortenden fünf Berichterstattern gewandt, fügte er in vernehmlichem Tone hinzu: er bemerke das, damit nicht wieder Kammergerichtsentcheidungen als allgemein gültig verbreitet würden, die es nicht wären, wie es erst kürzlich mit einer Entscheidung auf Grund des pommerischen Landtagsabschiedes in Blättern der ostpreussischen Landesteile geschehen sei, wodurch das Publikum erregt und zum Ungehorsam gegen die Gesetze verleitet werde und wodurch Schäden entstehe. — Die Mitteilung dieser Worte gibt kein Bild von der verächtlichen Art und davon, daß sie auf jeden Unbeteiligten den Eindruck machen mußten, es könne jeder der an der Barriere sitzenden Vertreter der Presse damit gemeint sein. — Ich bin der letzte, der dem Herrn Senatspräsidenten das Recht der Kritik verwehren wollte, zumal er in der Sache hier durchaus recht hatte. Denn aber möge er sich an den halten, den es angeht. Gegen die geübte Kollektormanier protestiere ich. W. Wack, Journalist.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Amgrend.

Die Rohleger und Hesser nahmen am Sonntag in einer stark besuchten Versammlung, die im Gewerkschaftshause stattfand, den Bericht über die Tätigkeit der Schlichtungskommission entgegen. Hierbei wurde u. a. auch erwähnt, daß mehrere Firmen, darunter auch ein Arbeitgebermitglied der Schlichtungskommission, die Tarifvereinbarung dadurch zu umgehen suchten, daß sie in Ortschaften außerhalb der Berliner Postgrenze, wie beispielsweise Vorkow, Werkstätten errichteten und die dort beschäftigten Arbeiter nicht tarifmäßig entlohnten. Die gesamte Kommission, mit Ausnahme des einen Arbeitgebers, hat derartige Praktiken indessen nicht als mit den Tarifbestimmungen in Einklang stehend bezeichnen können. Eine definitive Entscheidung soll jedoch erst in der nächsten Sitzung gefaßt werden.

Im Anschluß an diesen Bericht machte Wiesenthal als bisheriger Obmann der Arbeitnehmer der Schlichtungskommission die Mitteilung, daß er von der Berliner Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes die Aufforderung erhalten habe, seine in der Organisation innegehabten Posten respektive Ämter, wozu auch der Posten des Obmanns gehört, niederzulegen, da ein Ausschlußverfahren gegen ihn eingeleitet worden sei. Der Antrag der Ortsverwaltung auf seinen Ausschluß aus dem Metallarbeiter-Verband basiere auf der Annahme, daß er, Wiesenthal, anläßlich der Aussperrung in der Elektroindustrie hinter dem Rücken der Zentralstreikleitung mit Vertretern des Unternehmertums respektive dem Oberbürgermeister Konjunktur konspirierte habe, um auf eigene Faust, ohne dazu autorisiert zu sein, Einigungsverhandlungen in die Wege zu leiten. Wiesenthal geht in der nächsten Generalversammlung der Berliner Verwaltungsstelle den Beweis von der Unhaltbarkeit des Ausschlußantrages zu erbringen. Die Versammlung beschloß einstimmig, daß Wiesenthal auch während der Dauer des gegen ihn schwebenden Ausschlußverfahrens als Obmann der Schlichtungskommission weiter fungieren solle und auch das auf den Tarif bezügliche Material der Rohleger bis dahin unverändert in seinen Händen bleiben solle. Einen Verstoß gegen das Statut wolle die Versammlung mit diesem Beschluß jedoch nicht beabsichtigen.

Die Berliner Lithographen und Steindruckere stehen in einer Lohnbewegung für die Bezahlung der Feiertage und die allgemeine Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für Lithographen und der neunstündigen für Steindruckere. Nach Vorstößen in einigen kleinen Anstalten reichten am 14. Oktober die Steindruckere der drei größten der Prinzipalvereinigung angehörenden Firmen ihre Forderungen und nach deren Ablehnung die Kündigung ein. Es handelt sich um die Anstalten W. Hagelberg, Gehmann u. Schmidt und Littauer u. Vohsen. Die Lithographen der letztgenannten Firma schlossen sich am gleichen Tage diesem Vorgehen an, während denen von Hagelberg durch die Firma gekündigt wurde, welche Maßnahme ebenfalls durch Ueberreichung der Forderungen beantwortet wurde. Auch die Lithographen von Gehmann u. Schmidt erklärten sich ihrer Geschäftsleitung gegenüber für die aufgestellten Punkte.

So sich die Prinzipale der genannten Anstalten auf Einzelabmachungen mit ihren Gehälfen nicht einließen, sich zur Verhandlung einer von ihnen eingeschienen mit einer Gehälfenkommission aber bereit erklärten, traten die Gehälfen am vergangenen Dienstag mit einer Siederechtskommission der Prinzipale in Verhandlungen ein. Diese erklärten sich zur allgemeinen Einführung der achtstündigen Arbeitszeit und zur Feiertagsbezahlung in folgender Form bereit: Die ein Jahr in einer Anstalt tätigen Gehälfen sollen die halben, die zwei Jahre tätigen die vollen Feiertage bezahlt erhalten. Diese Forderungen lehnten die in Betracht kommenden Gehälfen am Donnerstag in überfüllter Versammlung ab, da bei dem starken Stellungswechsel nur ein kleiner Teil von

fen in den Genuss der Feiertagsbezahlung treten würde, müsste für alle errungen werden mühen und da die angestrebte Höhe nur in einigen wenigen Anhalten noch nicht eingetreten.

Daraufhin suchten die Unternehmer am vorigen Sonnabend einen weiteren Triumph auszuspielen, indem sämtliche Ringprinzipale aller Lithographen und Steindruckereifabrikanten. Sie wollen durch die einmütige Verweigerung der Überstunden und Hausarbeit in den Ringdruckereien und Privatlithographen dazu veranlasst worden sein. Die Rührer haben also auch im Lithographengewerbe Schule gemacht. Wenn die Prinzipale jedoch durch diese Maßregel die Gehilfenschaft einzuschüchtern glaubten, dann haben sie sich gründlich getäuscht, was eine am Sonnabend abgehaltene Vertrauensmännerversammlung bewies, in der das Festhalten an den Forderungen und deren strikte Durchführung einstimmig beschlossen wurde.

Am Montagabend erbrachte eine allgemeine Gehilfenserversammlung den weiteren Beweis dafür, daß die Unternehmer durch ihre Maßregel auch die Indifferenzen aufgeweckt, die Kollegenchaft noch fester zusammengeschweißt und auch für die bisher Anbeteiligte die Sache der im Bordertreffen kämpfenden zur eigenen Sache gemacht haben.

Streik der Kupferfärberei Berlins.

Bekanntlich haben die Kupferfärberei schon vor mehreren Wochen eine Lohnbewegung eingeleitet und auch bereits beschloffen, alles aufzugeben, um ihren Forderungen Geltung zu verschaffen. Mit Rücksicht auf die große Ausperrung in den Elektrizitätswerken wurde bisher von einem energischen Vorgehen Abstand genommen. Nun hat jedoch am Sonnabend eine sehr stark besuchte Versammlung der Filiale des Kupferfärbereiverbandes folgenden Beschluß gefaßt: „Die Arbeit ist überall dort niederzulegen, wo der Verdienst von 60 Pf. die Stunde nicht erreicht wird, in den gemischten Betrieben jedoch unter Absehen von der 1/2 stündigen Arbeitszeit. Bei diesen Betrieben ist in jedem einzelnen Fall die Einwilligung des Vorstandes einzuholen.“

Eine starke Minderheit stimmte dafür, in allen Betrieben, wo der Tarif nicht völlig anerkannt wird, zu streiken; die Mehrheit ließ sich jedoch von der Erwägung leiten, daß es ungewiss ist, wenn in großen gemischten Betrieben, die ihre für die Arbeiter der verschiedenen Berufe geltende Arbeitsordnung haben, die wenigen Kupferfärbereisonderabmachungen verlangen. — Aus dem Bereiche, den der Vorstandschorbowitz von den Verhandlungen mit den Arbeitgebern gab und der vom Mitgesellen Maetze ergänzt wurde, ist zu entnehmen, daß die Meister die geforderten 60 Pf. Stundenlohn samt der 1/2 stündigen Arbeitszeit nicht als unbedenklich ansehen, jedoch beides unter Berufung auf die Konkurrenz ablehnen und nur 52 1/2 Pf. bei 10 stündiger Arbeitszeit zahlen wollen. Daran schloß sich am 17. Oktober mit der Zustimmung gepflogenen Verhandlungen. Die Vertreter der Gesellen hatten übrigens ein gutes Material, um alle die Scheingründe der Meister zu widerlegen. Als diese z. B. einwandten, sie hätten so sehr unter der Konkurrenz einzelner mittlerer Betriebe in Berlin, die sie namhaft machten, zu leiden, und nicht weniger unter auswärtiger Konkurrenz, konnten die Gesellenvertreter nachweisen, daß jene mittleren Betriebe nicht gerade die schlechtesten Löhne zahlen, und daß bei Tarifverhandlungen in Kauen sich die Meister dort ebenso sehr über die Berliner Konkurrenz beklagten.

Nach der Feststellung der Streikleitung sind die Forderungen gestern von 15 Firmen, die 71 Gesellen beschäftigen, bewilligt worden. Bei 13 Firmen wurde die Arbeit niedergelegt. Die Zahl der Streikenden beträgt 107. Wahrscheinlich wird der Streik in den nächsten Tagen, falls die Arbeitgeber es nicht vorziehen, die Forderungen anzuerkennen, eine größere Ausdehnung annehmen, da ja bei den gemischten Betrieben die Arbeitsüberlegung von einer besonderen Einwilligung der Streikleitung abhängig ist. — Am Mittwoch findet eine Versammlung der Kupferfärberei statt, in der über die weiteren Maßnahmen beschloffen werden soll; das Nähere wird durch Annonce im „Vorwärts“ bekanntgegeben.

Deutsches Reich.

Von den dem Staate nützlichen Elementen. Aus Halle berichtet man uns unter dem 21. Oktober: Die Tischlermeister haben im Sommer die mit den Tischlern vereinbarten Tarifbestimmungen durchbrochen, infolgedessen es zum Streik kam. Es fanden sich Arbeitswillige, die natürlich unter den Streikenden eine gewisse Erregung hervorriefen. Als der Arbeitswillige Koninger am Mittag des 15. August mit zwei Stumpen zur Arbeit ging, soll der Vorsteher der Filiale des hiesigen Holzarbeiter-Verbandes, Genosse Max Schabel, jenen drei Personen die Worte zugerufen haben: „Ihr Streikbrecher, schämt Ihr Euch denn nicht, hier zu arbeiten, wo geitreift wird, Ihr usw.“ Schnabel, der heute vor dem Schöffengericht stand, hatte eine Anklage wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung und Verleumdung erhalten, und der Staatsanwalt beantragte eine Woche Gefängnis. Der Verteidiger wies darauf hin, daß die Tischler nicht um Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen streikten, sondern um das Erzeugene festzuhalten. § 153 könne nicht Anwendung finden. Das Gericht erkannte aber auf eine Woche Gefängnis.

Die Holzbildhauer in Königsberg befinden sich in einer Lohnbewegung. Sie haben sich mit den meisten Arbeitgebern geeinigt und zwar in folgender Weise: 1. Die Arbeitszeit beträgt 9 Stunden. 2. Die Arbeiten werden in Lohn ausgeführt. Doch kann bei öfters sich wiederholenden Arbeiten der aus der gewöhnlichen Zeit sich ergebende Preis für die weitere Wiederholung gelten. Doch wird der Lohn garantiert. 3. Für alle zurzeit beschäftigten Gehilfen tritt ein Aufschlag von 10 Prozent ein. 4. Der Mindestlohn beträgt 40 Pf. pro Stunde, 5. Überstunden dürfen nur in ganz dringenden Fällen gemacht werden und nur dann, wenn keine Arbeitslosen am Orte sind. 6. Dieselben müssen mit 10 Pf. Aufschlag pro Stunde vergütet werden. Für Sonntagsarbeit 20 Pf. mehr pro Stunde. Der Vertrag gilt auf ein Jahr. Von den größeren Firmen haben zwei die Forderungen nicht bewilligt. Ueber beide soll die Sperre verhängt werden, falls sie bei einer nochmaligen Verhandlung nicht bewilligen.

Zur drohenden Ausperrung in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie.

Nach der neuesten Bekanntmachung der Fabrikantenvereinigung sollen am 27. Oktober alle Arbeiter der dieser Unternehmerorganisation angeschlossenen Betriebe ausgesperrt werden. Auch die Meccaner Weberbesitzer haben diese Bekanntmachung ihren Arbeitern durch Aufschlag bekannt gemacht. Am Sonnabendabend nahmen die Meccaner Weber in drei stark besuchten Versammlungen Stellung zu dieser auch ihnen angebotenen Ausperrung. Diese drei Versammlungen ließen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß sich die Fabrikantenvereinigung stark verweigert, wenn sie glaubt, durch ihren Gewaltakt Arbeitswillige von Meccane nach Gera zu bekommen. Bekanntlich sollen die Betriebe wieder aufgenommen werden, wenn sich bis zum 2. November genügend Arbeitswillige gefunden haben. Daß sich die Meccaner Arbeitgeber dieser Maßnahme angeschlossen haben, zeigt wieder recht deutlich, wie wenig Wert auf die mündlichen Versprechungen des Unternehmertums zu legen ist.

Bei Beendigung des Meccaner Weberstreiks haben die Meccaner Fabrikanten das Versprechen gegeben, sich nie an einer Ausperrung zu beteiligen, was die Forderungen der Arbeiter nicht höher seien als der in Meccane abgeschlossene Tarif. Dieses ist in Gera der Fall. Außer diesem haben aber auch die Meccaner Fabrikanten, da als von der Textilarbeiterorganisation verlangt, sie solle darauf achten, daß dort, wo die Löhne niedriger sind, bald eine gleiche Lohnregulierung erfolgt. Sie erklärten, daß sie sehr unter der Konkurrenz leiden zu müssen. Jetzt müssen sie sich begnügen sehen, das gerade Gegenteil herbeiführen zu helfen. Man erzieht hieran, was

an dem „Heer im Hause sein“ ist. Sie müssen sich eben den Beschlüssen ihrer Organisation fügen und es kann angenommen werden, daß sie sich diesen gern fügen. Die Meccaner Weber wissen es, daß unter ihren „Brotherren“ mancher ist, der den bei ihrem Streik erzwungenen Tarif zum Teufel wünscht. Diese „Gerechten“ kassulieren: Unterliegen die Arbeiter in Gera-Gera und erreichen keinen Tarif, so wird auch unser Weigen bald noch besser blühen. Die Zeit, wo sie ganz nach Willkür mit den Arbeitslöhnen verfahren konnten, war ihnen natürlich lieber.

Wenn ihnen nur die Meccaner Arbeiterschaft nicht einen bösen Strich durch ihre schöne Rechnung macht! Die Stimmung unter den von der in Aussicht stehenden Ausperrung Bedrohten sieht so ganz und gar nicht nach dem aus, was man „Trübsalblasen“ nennt. Viel eher könnte man von Kampfesstimmung reden. So fallbüßig haben die Meccaner Textilarbeiter noch nie einer drohenden Gefahr entgegengesehen wie diesmal.

Die Meccaner Textilarbeiter haben den ihnen von neuem zugetroffenen Fehdehandschuh am Sonnabend durch Annahme folgender Resolution aufgenommen:

„Die heute tagenden Textilarbeiterversammlungen erklären sich mit den Ausführungen der Referenten einverstanden. Die Versammlungen protestieren gegen die Maßnahme der Fabrikanten. Sie fordern die Lohnkommission auf, sofort Schritte einzuleiten, um die Unternehmer zu veranlassen, ihr gegebenes Versprechen einzulösen. Des weiteren versprechen die Meccaner Textilarbeiter, ihre Geraer Kollegen nach jeder Richtung zu unterstützen.“

Im Leipziger Lithographenstreik sind die Forderungen der Ausständigen bewilligt worden, so daß die Arbeit wieder aufgenommen werden konnte. Auch in verschiedenen Privatlithographen sind die Differenzen zugunsten der Gehilfenschaft beigelegt worden. Nur bei Stempner u. Schöne konnte eine Einigung noch nicht erzielt werden; es ist nicht ausgeschlossen, daß von hier aus der Kampf sich auf eine Anzahl größerer Firmen überträgt.

Die Leipziger Textilarbeiter haben abermals in überfüllten Versammlungen zur Jehnsundebewegung Stellung genommen. Zunächst hat das Personal der Gauthier Rammingarnspinnerei, wo eine teilweise Regelung der Verhältnisse bereits erfolgt ist, wenn auch darüber Klage geführt wird, daß die versprochenen Löhne nicht eingehalten werden, dem zugestimmt, daß in erster Linie die Bewegung darauf gerichtet sein muß, bei Stöhr u. Co. eine sofortige Stützung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde herbeizuführen, dann aber solle darauf gedrungen werden, daß in allen drei in Frage kommenden Betrieben der Jehnsundebewegung vom 1. Januar an zur Durchführung gelangt. — Auch die Arbeiter der Rammingarnspinnerei in der Pfaffenfurter Straße ließen sich von ihrer Kommission Bericht über die Verhandlungen mit der Fabrikleitung erstatten. Diese hat die Forderungen der Arbeiter, Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit vom 1. Januar ab und zehnpromzentige Lohnserhöhung, zwar für berechtigt anerkannt, aber Verhandlungen mit der Kommission abgelehnt, weil durch die am 1. Juli 1905 erfolgte Regelung die Sache bis zum 1. Juli 1906 erledigt sei; am 1. Juli 1906 solle dann die zehnstündige Arbeitszeit und eine 2/3-prozentige Lohnserhöhung Platz greifen. Die Arbeiterschaft will sich mit diesen Zugeständnissen vorläufig begnügen, beschloß aber, nach dem 1. Juli 1906 unbedingt auf einer Lohnserhöhung zu bestehen, wenn die Lebensmittelpreise über weiter steigen sollten. — Der Arbeiterschaft von Stöhr u. Co. wurde durch die Kommission mitgeteilt, daß die Fabrikleitung unter Ehrenwort versprochen habe, am 1. Januar die 10 1/2 stündige und am 1. Juli 1906 die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen und die Löhne entsprechend zu erhöhen. Das Personal beauftragte die Organisationsleitung, noch einmal bei der Direktion dahin vorstellig zu werden, daß die 10 1/2 stündige Arbeitszeit, wie bei den anderen Firmen, sofort zur Durchführung gelange, die zehnstündige aber bereits am 1. Januar 1906. Ueber die Firma wurde die Sperre verhängt.

Die Handschuhmacher Erlangens stehen in einer Lohnbewegung. Da der gegenwärtige Tarif schon seit sechs Jahren besteht und inzwischen die Preise der Lebensmittel usw. bedeutend gestiegen sind, wurde eine Erhöhung des Schnittlohnes um 2 Pf. pro Paar und eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine Viertelstunde fällig verlangt, außerdem sollte ab 1. Oktober 1906 eine weitere Zulage von 1 Pf. pro Paar eintreten. Die Unternehmer wollten nur einen Pfennig Zulage gewähren, sich aber im übrigen auf nichts einlassen, weshalb am Sonnabend in allen Betrieben die Stündigung eingetreten wurde.

Ausland.

40 deutsche Glasarbeiter sind in Genua angekommen, ohne Kenntnis davon, daß dort noch ein Streik besteht. Italien ist wegen des Streiks der Glasarbeiter noch immer zu meiden.

Die Arbeiter der Baumwollfabriken zu Fall River (Massachusetts) haben den Vorschlag der Arbeitgeber, wonach sie eine 10-prozentige Lohnserhöhung und Gewinnanteile erhalten sollen, abgelehnt und beschloffen, zu verlangen, daß die am 25. Juli 1904 eingeführte Lohnlücke von 2 1/2 Proz. wieder in vollem Umfange rückgängig gemacht werde.

Verfammlungen.

Zentralverband der Stuckateure. Die Filiale Berlin hielt am 16. Oktober in Frankes Hofstätten ihre Generalversammlung ab. Für die Abrechnung vom dritten Quartal, die gedruckt vorlag, sowie für die Abrechnungen vom Stiftungsfest und vom Nachschuß eines verstorbenen Kollegen wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Dann wurde die in der vorigen Versammlung vertagte Debatte über den Arbeitsnachweis fortgesetzt. Der Vorstehende Krebs berichtete über das Ergebnis der von der vorigen Versammlung beschlossenen Umfrage über die Arbeitsnachweise der Gewerkschaften Berlins. Von 79 Gewerkschaften, an die Fragebogen versandt wurden, haben 50 geantwortet. Von diesen haben 38 Arbeitsnachweise, die von den Mitgliedern anerkannt sind und benutzt werden. 28 der Nachweise werden von der Gewerkschaft verwaltet, 9 paritätisch und einer, der der städtischen Arbeiter, vom Arbeitgeber. Die Fragen über das Umfassen nach Arbeit wurden wie folgt beantwortet: Ob es im Beruf gebräuchlich ist? 31 ja, 6 teilweise, 13 nein. Ob es geklärt ist? 26 ja, 3 teilweise, 21 nein. Ob es verboten ist? 17 ja, 27 nein. Ob die Kollegen Stellung dagegen nehmen, wenn die Einstellung anders als durch den Nachweis erfolgt? 10 ja, 5 teilweise, 2 nein. Ob, wenn die beiden vorigen Fragen mit ja beantwortet wurden, trotzdem Ausnahmen zulässig sind? 19 ja, 3 nein. Ob Arbeitslosen-Unterstützung besteht? 33 ja, 14 nein. Ob diese Unterstützung bei Umgehung des Nachweises vorkommen wird? 16 ja, 2 teilweise ja, 15 nein. Ob das Umfassen trotz Arbeitslosen-Unterstützung erlaubt ist? 17 ja, 3 teilweise ja, 13 nein. Ueber die Frage, wieviele von 100 Arbeitslosen im Monat durch den Nachweis Arbeit erhalten, haben geantwortet: die Glaser- und Zementarbeiter 90 (hierbei sind allerdings auch diejenigen mitgezählt, die auf anderem Wege Arbeit erhielten), die Photographen 83, Porzellanmaler 78, Schmiede 75, Tapetierer 73, Holzarbeiter 70, Glaser 69, Bindenbinder, männlich 50, weiblich 52, Schneider 50, Textilarbeiter 50, Glasbläser und Polierer 58, Lithographen und Steindruckereifabrikanten 58, Sattler 50, Bildhauer 51, Brauer, fest 30, zur Ausschilfe 64, Bäcker, fest 39, zur Ausschilfe 40, Gravure und Ziselure 30, Bergolder 25, Bureau-Angestellte 23, Lederarbeiter 15, Portefeuillier 11, Gasmittelgehülfe 9. In dieser Aufstellung würden die Stuckateure mit 48 von 100 Arbeitslosen an fünfzehnter Stelle stehen, so daß ihr Arbeitsnachweis also mittelmaßig funktionierend anzusehen ist, wie er denn auch hinsichtlich der zuerst angeführten Fragen keineswegs hinter dem Durchschnitt zurücksteht. Der Vorstand hat nun, dem Auftrage der vorigen Versammlung entsprechend, verschiedene Forderungen der Geschäftsordnung des paritätischen

Arbeitsnachweises für das Stuckateurgewerbe vorgenommen, die, anerkannt auch von der Unternehmerorganisation, am 15. Oktober in Kraft getreten sind. Die wichtigsten sind: Jeder Arbeitslose hat sich im Arbeitsnachweis, Vormittag, 13, in der Zeit von 8 bis 12 Uhr unter Vorlegung seiner Invalidentarife zu melden und erhält dort einen numerierten Meldeschein, der solange Gültigkeit hat, als der Arbeitsuchende die übrigen Bestimmungen befolgt. Die 10 ersten Eingetragenen, die durch Ausschlag am Schalter befristet werden, haben sich täglich von 8—10 Uhr einzufinden, die übrigen mindestens jeden dritten Tag von 8—12 Uhr vormittags. Diesen Arbeitsuchenden wird während dieser Zeit der Tagesstempel auf den Meldeschein gedruckt. Der Meldeschein ist nicht übertragbar und darf nur persönlich durch den Inhaber zur Kontrollmeldung vorgelegt werden. Etwaige Ausnahmen sind möglich vorher dem Obmann der Arbeitnehmermitglieder, mindestens aber überhaupt nur durch diesen Obmann von Fall zu Fall zulässig. — In der Zeit vom 1. Dezember bis zum 28. Februar brauchen sich die ersten 10 Eingetragenen nur jeden dritten Tag, die übrigen jeden fünften Werktag zu melden. — Der Arbeitgeber ist verpflichtet, den zuerst eingetragenen Arbeitsuchenden einzustellen, sofern nicht stichhaltige Gründe für eine Ablehnung vorliegen. Wenn er mehrere Arbeitskräfte braucht, muß er die Hälfte unter den ersten 10 Eingetragenen auswählen, im übrigen steht ihm die Auswahl frei. Der Arbeitgeber muß die Stelle an dem Tage, an dem die Bekanntgabe unter den Arbeitslosen möglich war, bis mittags 1 Uhr offen halten. Weist er dennoch den sich durch Ausschlag Meldenden ab, so muß er mindestens das Jahrgeld hin und zurück vergüten. — Bei Ausschlagsarbeiten, die als solche vorher bezeichnet sind und nicht länger als 5 Tage dauern, behält der alte Meldeschein seine Gültigkeit. — Die Arbeitgeber verpflichten sich, ihren Bedarf an Arbeitskräften nur durch Vermittlung des Nachweises zu decken, indem antragende Arbeitslose sowohl durch öffentlichen Anschlag in jedem Betrieb, als auch durch mündlichen Hinweis abzuweisen sind.

Die neue Geschäftsordnung enthält im ganzen 15 Paragraphen. Sie wird gedruckt herausgegeben. Der Referent wies unter anderem darauf hin, daß eine wirklich befriedigende Arbeitsvermittlung, die jedem gerechterweise Arbeit verschaffen möchte, in der herrschenden Geschäftsordnung unmöglich ist. — In der sehr lebhaften Debatte, die dem Bericht folgte, wurde die Zweckmäßigkeit des bestehenden Arbeitsnachweises von einigen Rednern stark bezweifelt und es wurde schließlich ein Antrag eingebracht, den Nachweis aufzugeben und jedem zu überlassen, wie er sich Arbeit sucht. Der Antrag wurde jedoch nicht zur Abstimmung gebracht, weil er nicht vorher zur Diskussion gelangt hatte und auch nicht in der Tagesordnung bekanntgegeben war. Ein Unterantrag, ihn auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen, wurde abgelehnt. Die neue Geschäftsordnung wurde schließlich von der Versammlung gutgeheißen.

Der folgende Punkt der Tagesordnung, zwecks Unterstützung der Ausgesperrten der Elektrizitätswerke erhöhte Wochenbeiträge von 1,20 M. und 1 M. zu zahlen, war durch die Beendigung der Ausperrung hinfällig geworden, jedoch soll sich die nächste Versammlung mit den Erfahrungen aus diesem Kampf befassen.

An die Parteigenossen!

Am heutigen Tage fand eine Sitzung statt, an welcher der Parteivorstand, die Prek-Kommission des „Vorwärts“, die Vertrauensleute von Berlin und Umgegend, die Vorsitzenden und ersten Kassierer der acht sozialdemokratischen Wahlvereine, die Lokal-Kommission, die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg und die Abgeordneten und Kandidaten der Wahlkreise von Berlin und Umgegend für den Reichstag teilnahmen.

Die Anwesenden beschloffen mit allen gegen acht Stimmen: Die Versammlung akzeptiert die Kündigung der Genossen Wättner, Eisner, Gradmayer, Kaliski, Schröder und Wehker als Redakteure des „Vorwärts“, weil dieselbe geeignet ist, die Verhältnisse in der Redaktion desselben in einer den Wünschen und Anschauungen der Versammlung entsprechenden Weise umzugestalten.

Demnach werden Parteivorstand und Prek-Kommission beauftragt, sofort die nötigen Schritte für eine Ergänzung der Redaktion vorzunehmen.

Den Parteigenossen soll über die Vorgänge, die zur Kündigung der genannten sechs Genossen und zu dem heutigen Beschluß führten, öffentlich Auskunft gegeben werden, sobald die Verhältnisse in der Redaktion geordnet worden sind.

Berlin, den 23. Oktober 1905. Der Parteivorstand.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das Sperrsystem der Grubenherren.

Essen, 23. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die „Alteinsch-Westfälische Zeitung“ gibt jetzt zu, daß das Sperrsystem zwischen den Zechen wirklich besteht. Das Zechen-Organe sagt: Die Arbeiter hätten das Sperrsystem verschuldet, die Christlichen hätten gerade so gehandelt, wie die Sozialisten. Die Situation ist sehr ernst.

München, 23. Oktober. (B. L. Z.) Der Rörder der Hausbesitzerin Rablinger, der 21jährige Kaufbursche Irnbacher, ist heute nachmittags in seiner Wohnung verhaftet worden. Nach seinem eigenen Geständnis wollte er die Ermordete betrauben, wurde jedoch durch Schreien seines Opfers daran verhindert.

Budapest, 23. Oktober. (B. L. Z.) Wie verlautet, wird die Koalition anlässlich der Wiederernennung des Kabinetts Fejervary eine Erklärung veröffentlichen, in welcher darauf hingewiesen wird, daß dem Kabinett im Reichstag das Vertrauen botiert und im Abgeordnetenhaus ein Antragsantrag gegen das Kabinett vorbereitet worden ist. Diese beiden Tatsachen würden für die Stellungnahme der Koalition gegenüber dem Kabinett maßgebend sein.

Die Ausweisung Rieuwenhuid vor der Zweiten Kammer. Haag, 23. Oktober. (B. L. Z.) In der Abteilung der Zweiten Kammer bildeten heute bei Beratung des Budgets des Auswärtigen die Ausweisung des Korrespondenten des Amsterdamer „Algemeen Handelsblad“ aus Brüssel sowie die in Köln erfolgte Verhaftung und Ausweisung des Anarchisten Tomela Rieuwenhuid den Gegenstand lebhafter Erörterung. Man beschloß von der Regierung Auskunft über die Beweggründe des deutschseits ergriffenen Maßnahmen zu verlangen.

Die Revolution in Rußland.

St. Petersburg, 23. Oktober. (Melbung der Petersburger Telegraphenagentur.) Der Verkehr auf der Nikolajewer ist eingestellt, der 5 Uhr-Zug von Posen nach St. Petersburg konnte nicht abfahren.

Zurückweisung.

Von russischen Freunden geht mir die Nachricht zu, daß der Berliner Korrespondent der „Nischnja Wedomosti“ — ein der Hauptorgane des russischen Liberalismus — der zugleich auch als Vertreter der St. Petersburgener Telegraphenagentur und der offiziellen Presse des russischen Finanzministeriums gelte, in der Nr. 247 der „N. W.“ einen Bericht über den Jenaer Parteitag veröffentlicht, in dem er den Beweis zu erbringen suche, daß ich der russischen Revolution abgeneigt sei und mich ihr entgegengesetzt gedankt habe.

Nachdem der betreffende Herr eine bezügliche Stelle aus meiner Eröffnungsrede auf dem Jenaer Parteitag zitierte — auf die ich weiter unten zu sprechen komme — sage er:

„Ich halte Webel für keine Autorität in russischen Angelegenheiten, aber muß bemerken, daß er sich in diesen Ausdrücken seiner Rede vorteilhaft von Kautsky und anderen unterscheidet, die eine Revolution in Permanenz empfehlen. Als langer Mensch und Politiker, dem es klar ist, welche konkrete Formen im Leben der Völker die Anarchie annimmt, sieht Webel den Erfolg vor allen Dingen in Kulturaufgaben und aus seinen Worten ist deutlich zu entnehmen, daß er nicht demokratisierende Linien als Scheidewände zwischen der russischen Intelligenz und dem russischen Proletariat zieht — wenigstens bis zu der Verwirklichung der elementarsten Rechte der Menschen.“

Und weiter soll es heißen: „Ich spreche nicht davon, daß er politische Bedingungen zieht, bei welchen vorteilhaft ist, zeitweilig die Endziele in die Lücke zu stecken und an näherliegende Aufgaben zu denken, die der Sozialismus und Liberalismus gemeinsam haben.“

Auf den Wunsch russischer Genossen, in dieser Sache selbst das Wort zu nehmen, antworte ich:

Erstbar arbeitet ein erheblicher Teil der russischen Liberalen nach demselben Rezept, nach dem die deutschen Liberalen einst gearbeitet haben. Der Liberalismus ist sich eben überall gleich. Die Liberalen möchten die Unterstützung der radikalen Parteien für ihre halbherzigen Pläne haben und da sie diese auf direktem Wege nicht erreichen können, suchen sie die ihnen unbenutzte Gegnerschaft dadurch zu sprengen, daß sie die Worte von Personen, auf deren Neigungen man in radikalen Kreisen Rußlands einigen Wert legt, entstellen. Legt man nicht aus, so legt man unter.

Es ist mir nie auch nur im Traum eingefallen, meinen russischen Parteigenossen oder den Radikalen in Rußland zuzumuten, ihre revolutionäre Tätigkeit einzustellen und sich der von Jares Gnaden gegebenen Reichsduma-Verfassung, die eine Spott- und Dreckgeburt ist, zu unterwerfen. Diese russische Reichsduma ist eine Komödie, die der Zar als Konzession an die Revolution in Szene setzte, in der Hoffnung, dadurch die Macht der Revolution zu brechen. Und ein erheblicher Teil der russischen Liberalen, die wie die Liberalen allerwärts, jede christliche Revolution fürchten und ihre Konsequenzen scheuen, akzeptiert bereitwillig die Konzessionen der herrschenden Gewalt, um dem von ihnen so verabscheuten revolutionären Kampf aus dem Wege zu gehen.

Wie seiner Zeit zum größten Teil die deutschen Liberalen nach 1866 mit dem Grafen Bismarck, auf Grund der allen konstitutionellen Grundgesetzen höherrangenden Verfassung des Norddeutschen Bundes, ihren Frieden schlossen und ihre früheren Ideale preisgaben, so ist jetzt ein erheblicher Teil der russischen Liberalen bereit, sich mit dem Grafen Witte auszuföhnen und das Erstgeburtsrecht des russisch-polnischen Volkes gegen das verdorbene Unsegenrecht einer Reichsduma von des Jares Gnaden zu erkaufen.

Ich betrachte die Reichsduma von des Jares Gnaden als eine rasch vorübergehende Phase in der Entwicklung der russischen Revolution, die ein ganz anderes und viel weiter gehendes Ziel erreichen muß, soll Rußland einigermaßen ein Kulturstaat werden, den Sturz des russischen Absolutismus und seine Zerstörung bis in seine Wurzeln.

Ich sagte in Jena, nachdem ich ausgeführt, welche Folgen der Ausgang des ostasiatischen Krieges für Europa haben werde, folgendes:

„Ob es in der nächsten Zeit unseren Parteigenossen in Rußland, im Verein mit der russischen Intelligenz und allen revolutionären Elementen, gelingen wird, ihr Ziel zu erreichen, das ungeheure russische Reich in einen halbwegs modernen Kulturstaat umzuwandeln, lasse ich dahingestellt sein, wir hoffen und wünschen es. Jedenfalls ist das alte Rußland unmöglich. Genau so wie nach dem Schlage von Jena und Auerstäd Preußen gezwungen war, die Weibegenschaft aufzugeben, wird auch Rußland, wie es bereits vor 40 Jahren genötigt war, einen ähnlichen Schritt zu tun, heute ebenfalls gezwungen sein, wenn es überhaupt noch als Großmacht eine Rolle spielen will, neue Bahnen zu wandeln, neue politische Einrichtungen zu schaffen, die in mehr oder weniger starker Weise weite Schichten des Volkes über seine Geschicke mitbestimmen lassen.“

Wäre mir auch nur der Gedanke gekommen, in der Reichsduma von des Jares Gnaden etwas zu sehen, das meinen Ausführungen entsprach, so müßte ich hier darauf Bezug nehmen. Dieser Gedanke lag mir so fern wie möglich. Höchstens können meine Worte so gedeutet werden, daß ich zunächst nicht die Hoffnungen derjenigen unserer russischen Parteigenossen teile, die meinen, es werde gelingen, auf den ersten Hieb das alte Rußland in ein so neues zu verwandeln, daß es mit seinen inneren Einrichtungen eine Art Muster für Europa werde. Diesen Optimismus teile ich nicht. Freie ich mich, so freute ich mich. Aber mir zu unterstellen, ich sei mit dem von dem russischen Pariaismus Gebotenen vorläufig zufrieden und forderte meine Parteigenossen zum Niederlegen der Waffen und zu einer Art Ausföhnung mit dem herrschenden Regiment auf, ist die schärfste Beleidigung, die mir angetan werden kann, eine Zumutung, die ich mit aller Entschiedenheit zurückweise.

Zum Ueberflus geht meine und der deutschen Parteigenossen Stellung zum Pariaismus auch klar und unabweislich hervor aus der Resolution, die ich im Namen des Parteivorstandes zu vertreten hatte und die schließlich in kläglichem Annahm in Jena fand. Kissa Kautsky und ich Arm in Arm. Diese Resolution lautet:

Der Parteitag begrüßt mit freudiger Genugung das größte historische Ereignis der Gegenwart, die russische Revolution als die Macht, die endlich den mit Korruption und Verbrechen beladenen Absolutismus jenseits wird und damit nicht nur den unter seiner Aunne schmachenden Völkern die Bahnen freier kultureller Entwicklung öffnet, sondern auch die für ihre Befreiung kämpfenden Volksmassen aller Länder von einem ihrer bödsartigsten Feinde erlöst. Mit Stolz gedenkt er dabei der Tatsache, daß — wie mannigfach auch die geschichtlichen, die sozialen Kräfte sind, die zu diesem Zwecke zusammenwirken — es doch heute das junge Industrie-proletariat Rußlands ist, das unter sozialdemokratischer Führung die wichtigste treibende Kraft des gewaltigen Ringens mit dem Absolutismus bildet und immer wieder und wieder die heldenhaften Waffen stellt, die ihren Dünkel und ihre Leiber den Schergen und Helfern des Despotismus kämpfend entgegenstellen.

Der Parteitag entscheidet allen Kampf für politische Freiheit in Rußland die Versicherung seiner tiefsten Sympathie und Bewunderung, ganz besonders aber jenen Männern und Frauen, ohne Unterschied der Nationalität und Rasse, die, auf dem Boden der sozialdemokratischen Auffassung lebend, mit und in dem Proletariat wirken und kämpfen; ihnen, deren zähe, aufopferungswillige und gefahrenreiche Arbeit seit langen Jahren die Erweckung des Proletariats vorbereitet und seine Schulung und Organisation bis heute treu gefördert hat, wodurch das Proletariat befähigt wurde, die revolutionäre Aufgabe der Stunde in der Ueberzeugung zu erfüllen, daß der Kampf zur Niederwerfung des Absolutismus eine notwendige Etappe im Kampf gegen den Absolutismus ist.

Der Parteitag sieht sich aber auch verpflichtet, seiner tiefsten Empörung Ausdruck zu geben über die barbarischen Untaten, durch welche die Schergen des Despotismus ihr flugwüchsiges Regiment aufrecht zu halten suchen, namentlich durch die grausame Hin-schlachtung nicht bloß von Männern und Frauen der Revolution, sondern auch von zahllosen unbeteiligten Personen, besonders Frauen und Kindern.

Der russische Despotismus hat sich durch dieses barbarische Wüten vor der ganzen Kulturwelt gerichtet und er rechtfertigt damit jedes gegen ihn angewandte Mittel, das zu seiner Vernichtung führt.“

Ich meine, diese Resolution, die ich zu vertreten hatte, sieht nach allem anderen als nach „Versöhnung“ und „Verständigung“ mit dem Pariaismus aus.

Ich muß die betreffenden russischen Liberalen bitten, meine Nachsicht in Ruhe zu lassen, sie wanderten mit mir ganz so anders hin als in den jartischen Himmel.

Schöneberg-Berlin, den 21. Oktober 1905. A. Webel.

Eisenbahnstreik in Rußland.

Moskau, 21. Oktober. Der allrussische Eisenbahnverband hat einen Aufruf zur Verhaftung eines allgemeinen Eisenbahnausstandes zur Durchsetzung politischer Forderungen erlassen.

Moskau, 21. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In maßgebenden Kreisen ist man der Ansicht, daß der hier herrschende Ausstand der Eisenbahngestellten lediglich ein Versuch und ein politisches Manöver ist, um die Kräfte im Hinblick auf einen für das Ende des Jahres in Aussicht genommenen allgemeinen Ausstand auf allen in Moskau und Petersburg mündenden Linien, durch den für diese Städte die Lebensmittelzufuhr unter-bunden werden soll, zu organisieren und zu prüfen.

Moskau, 22. Oktober. (Offizielle Meldung.) Seit gestern ruht der Betrieb auf der Eisenbahnlinie Moskau—Kiew—Voroneß, seit heute mittag auf den Linien Moskau—Jaroslaw—Arhangelsk, Moskau—Kasan, Moskau—Nischni-Uralsk, Moskau—Aursk bis Drel, Moskau—Nischniowgorod und Moskau—Vresk. Auf der Linie Nischni-Uralsk—Moskau—Wladan ist der Verkehr nicht unterbrochen.

Moskau, 23. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In einer gestern abgehaltenen Versammlung wurde beschlossen, den Ausstand der Bahnarbeiter fortzusetzen, bis alle Forderungen erfüllt seien. Die verhafteten Mitglieder des Eisenbahnverbandes sind wieder freigegeben worden. Heute trafen hier 40 Brigaden des Eisenbahnbataillons zur Ausübung des Solomoiwdenkes auf der Bahnlinie Moskau—Kasan ein. Der Verkehrsminister Jarsk Schilow versuchte gestern zwei Stunden lang die Maschinen zur Arbeitsaufnahme zu bewegen. Nur einer ließ sich überreden und fuhr mit dem Minister auf der Maschine des nach Nischni abgehenden Zuges.

Charlow, 23. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Seit heute morgen ist auf den hiesigen Bahnen der allgemeine Ausstand ausgebrochen. Auch in den Eisenbahnbureaus ist die Arbeit eingestellt.

Der Boykott der Duma.

Odessa, 23. Oktober. Das gestern in der hiesigen Universität abgehaltene allgemeine politische Meeting, an welchem 10 000 Personen, bestehend aus der Intelligenz, der Handelswelt und der Studentenschaft, teilnahmen, beschloß eine Resolution, der zufolge die Reichsduma boykottiert und am Tage ihres Zusammentrittes der allgemeine Ausstand proklamiert werden soll. Die Studentenschaft sorgte für die Aufrechterhaltung der Ordnung, so daß die Polizei keinen Anlaß hatte, einzuschreiten.

Aus der Partei.

Dem Parteitage der österreichischen Sozialdemokratie legen die Genossen Slaret, Kemez und Dascinski im Auftrage der Gesamtparteivertretung einen Bericht vor, der viel des Interessanten enthält: Einen großen Teil ihrer agitatorischen Kraft hatte die Partei in den zwei Berichtsjahren der Propaganda gegen die neuen Militär-forderungen in Höhe von 33 Mill. Kronen zuzuwenden. Auch gegen den Lebensmittelwucher wurde kräftig protestiert und für Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung, der Witwen- und Waisenversorgung mit zäher Ausdauer gekämpft. Der „Erfolg“ dieses Kampfes ist bislang der, daß Herr Koerber sich veranlaßt sah, im Dezember 1904 ein „Programm für die Reform und den Ausbau der Arbeiterversicherung“ vorzulegen, dessen 292 Paragraphen unter Koerbers Nachfolger Gausch noch der Vespredung und weiteren parlamentarischen Erlebigung harren.

Daß die Propaganda für die Eringung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts für alle Vertretungskörperschaften tapfer weitergeführt wurde, versteht sich von selbst. Die Erinnerung an die Drücker, Prager, Budapestier Demonstrationen stehen ja noch lebhaft vor unser aller Augen.

Die Gesamtpartei verfügt zurzeit über fünf Tageszeitungen (zwei deutsche, zwei tschechische, eine polnische). Daneben existiert eine große Anzahl zweimal wöchentlich, einmal wöchentlich, 14-tägig erscheinender Parteiblätter, deren Auflage in ständigem Steigen ist. Das Zentralorgan der Partei, die Wiener „Arbeiter-Zeitung“, konnte am 1. Januar 1905 ihr zehnjähriges, das tschechische Bruderblatt „Glas Lidu“ in Prag am 15. Juli 1905 gar sein 35-jähriges Bestehen feiern! Die Streitigkeiten der Genossen in Trient führten dazu, daß dem Blatte „Il popolo“ („Das Volk“) der Charakter des Parteiorgans abgesprochen werden mußte. Auch in Galizien kam es zu Streitigkeiten, die dazu führten, daß die sogenannte „Jüdisch-sozialdemokratische Arbeiterpartei Galiziens“ als Parteiorganisation nicht anerkannt wurde.

Den Opfern der russischen Revolution wurde materielle Hilfe gewährt, und auch durch Teilnahme an der Friedensdemonstration zu Triest (21. und 22. Mai 1905) bewies unsere österreichisch-ungarische Bruderpartei ihre internationale Solidarität.

Ebenso wie die politische hat auch die gewerkschaftliche Organisation gute Fortschritte gemacht. Es wurden zahlreiche Lohnkämpfe erfolgreich durchgeführt, Aussperrungen abgewehrt, das Koalitionsrecht anglich gesichert und befestigt.

Der Zentralverband österreichischer Konsumvereine verzehnte auf seinem letzten Verbandstage (September 1905) 34 Vereine und Produktivgenossenschaften mit zusammen mehr als 100 000 Mitgliedern!

Die Frauenorganisation sowie die Organisation der jugendlichen Arbeiter ist in schönstem Aufblühen begriffen, so daß wir hoffen dürfen, auch in Zukunft mit Stolz auf unsere tapfere Bruderpartei blicken zu können.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wegen Aufforderung zum Boykott war feinerzeit vom Schöffengerichte Leipzig der Genosse Georg Schöpfkin als verantwortlicher Redakteur der „Volksztg.“ für das „Muddental“ zu 80 M. Geldstrafe verurteilt worden. Bei Gelegenheit des Pegauer Schützenfestes war in der „Volkszeitung“ eine Aufforderung erschienen, die Besucher des Schützenfestes möchten nur solche Lokale besuchen, in denen die

„Volkszeitung“ ausliege; dabei waren die Lokale mit Namen genannt, in denen dies nicht der Fall war. Auf Grund seiner jamaosen Polizeiverordnung gegen die Aufforderung zum Boykott bedachte der Pegauer Stadtrat darauf den Genossen Schöpfkin mit einem Strafmandat von 30 M., das vom Schöffengericht auf erhobenen Einspruch bestätigt wurde. Nun hat auch die Strafkammer die eingelegte Berufung, die sich auf die Rechtungsgiltigkeit jener Polizeiverordnung stützte, verworfen, da diese nicht der Gewerbeordnung widerspreche, sondern nur den Zweck habe, die Störung der öffentlichen Ordnung zu verhindern; die Verordnung, die gewissermaßen eine Ergänzung des Aufsparagraphen sei, liege deshalb durchaus innerhalb der Grenzen der dem Pegauer Stadtrat zustehenden Polizeigewalt.

Der Streik in der Wäsche-Industrie vor dem Einigungsamt.

Am Montag beschäftigte sich das Einigungsamt mit dem Streik der Wäschearbeiter und -Arbeiterinnen. Die Sitzung begann vor-mittags um 10 Uhr im Bürgerhalle des Rathauses. Zuhörer sowohl von Arbeitnehmern wie von Arbeitgeberern hatten sich in großer Zahl eingefunden. Den Vorsitz führte Gewerbeichter v. Schulz. Bei-füger waren die Arbeitnehmer Köstlin und Arens, sowie die Arbeitgeber Naach und Lucht. Die Parteien waren vertreten durch die beiderseitigen Kommissionen, die schon die früheren Verhandlungen geführt hatten.

Fabrikant Philipp Sohn vertrat den Standpunkt der Arbeit-geber. Nachdem die Fabrikanten in den Kommissionsverhandlungen den vorgelegten Tarif als unannehmbar erklärt hatten, sei ihnen durch die Arbeitnehmer der Vorschlag eines dreifachen Tarifs gemacht worden, dessen Positionen nach der Waren-qualitäten abgestuft werden sollten. Auch diesen Vorschlag hätten die Arbeitgeber ablehnen müssen. Dagegen hätten sie vorgeschlagen, daß in jedem Betriebe eine Kommission gebildet werde, welche die bestehenden Löhne prüfe und, falls Verbesserungen gewiß nicht werden, dem Geschäftsinhaber dahingehende Vorschläge zu machen habe. Wo auf diese Weise keine Verständigung zustande käme, sollte Ver-mittlung eingelegt werden an eine Kommission, in welche nach dem Wunsch der Fabrikanten die in den Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer der Lohnkommission gewählt werden sollten. In dem letzteren Vorschlage sahen die Arbeiter eine Zurück-setzung ihrer Organisation. Der Redner bemerkte, es liege den Fabrikanten durchaus nicht daran, die Organisation der Arbeitnehmer illusorisch zu machen. Was den vorgelegten Tarif an-lange, so würden bereits in den meisten Betrieben höhere Löhne gezahlt als im Tarif gefordert. — Am Schluß der Kommissions-verhandlungen hätten sich die Vertreter der Arbeitnehmer mit den Vorschlägen der Fabrikanten einverstanden erklärt, sie wollten auch in der Mitgliederversammlung dafür eintreten, doch, obgleich das geschah, habe die Versammlung den Streik beschlossen. Dann habe sich etwas abgespielt, was man bei jedem Streik sehe: Eine An-zahl von Streikenden sei beobachtet worden, die Arbeitwilligen mit allen Mitteln an der Arbeit zu hindern. Infolgedessen seien viele Arbeiterinnen nicht aus Ueberzeugung, sondern aus Furcht aus den Fabriken hinausgegangen. Weiter äußerte der Redner, aus, in der Wäschebranche betrage der Arbeits-lohn die Hälfte der Produktionskosten, eine Lohnerhöhung von 10 Proz. könne die Industrie nicht vertragen, denn die Konkurrenten in Oesterreich und Italien, die den Berliner Fabrikanten einen Teil des kontinentalen Marktes bereits ab-genommen haben, könnten mit erheblich geringeren Löhnen rechnen, denn die italienischen Arbeiter leben nur von Östl und Vaccaroni. Durch die geforderte Lohnerhöhung würde die Berliner Industrie konkurrenzunfähig werden. Der gegenwärtige Ausstand habe nicht seine Ursache darin, daß die Arbeiterinnen nicht mit ihren Löhnen zufrieden seien, sondern der Verband der Wäschearbeiter habe in letzter Zeit infolge einer lebhaften Agitation einen großen Zuwachs an Mitgliedern gewonnen und nun auch das Bedürfnis gefühlt, eine Bewegung ins Werk zu setzen. Die Fabrikanten seien jetzt vor das Einigungsamt gekommen, nicht weil sie sich schwach fühlen, sondern weil sie das Bedürfnis haben, vor der Öffentlichkeit festzustellen zu sehen, mit welchen Mitteln die Streikleitung verfährt habe, das bisher bestandene gute Einvernehmen zwischen den Fabrikanten und ihren Arbeitern zu stören. Die Fabri-kanten beschäftigten auch in der stillen Zeit die volle Zahl der Arbeitskräfte, infolgedessen seien jetzt die Läger gefüllt und die Fabrikanten könnten es aushalten.

Auf Veranlassung des Vorsitzenden wurde festgestellt, daß 47 bis 50 Fabrikanten vertreten sind, die insgesamt etwa 15 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigen. Davon sind 75 Proz. in den Fabriken, die übrigen in der Heimarbeit tätig.

Reiter, der hierauf als Vertreter der Arbeitnehmer das Wort erhielt, führte unter anderem aus: Gegen die Regelung der Löhne nach dem Vorschlage der Fabrikanten habe man berechtigte Bedenken, denn die Wahl von Kommissionen innerhalb der Betriebe gelte erfahrungsgemäß nicht ohne Beeinflussung durch die Unternehmer vor sich. Wenn die Fabrikanten vor dem Streik in die Beratung der Einzelheiten des Tarifs eingetreten wären, hätte sich wohl eine Verständigung erzielen lassen. Nach dem Vorschlage der Fabrikanten wolle ja niemand, welche Lohnzulagen überhaupt bewilligt werden sollten. Die Verständigung sei auch dadurch erzwungen worden, daß in manchen Fabriken den Mitgliedern der Lohnkommission, als sie den Arbeitnehmern die Abmachungen der Kommission mitteilen wollten, der Zutritt verweigert wurde. Der Streik bei der Firma Gebr. Vorchardt sei beigelegt worden durch eine Vereinbarung, die nicht eingehalten worden sei. Man habe den Arbeiterinnen gewisse Durchschnittslöhne garantiert und denen, die dann mehr als den Durchschnitt verdienten, den Ueberschuß „abgezogen“, wenn aber in einer anderen Woche weniger als der Durchschnitt verdient wurde, sei nichts zugelenkt worden. — Die Lohnkommission habe ihr Ver-fahren erklärt, sie sei in der Verammlung für die Annahme der Fabrikantenvorschläge eingetreten, die Verammlung habe sich aber dagegen erklärt. Ohne jede Beeinflussung durch die Leitung der Organi-sation seien die Arbeitnehmer, auch die Nichtorganisierten, in den Streik eingetreten. Das beweise wohl am besten, wie ungünstig die Lohn- und Arbeitsverhältnisse seien und daß ein allgemeines Bedürfnis nach Verbesserung derselben vorhanden sei. Wenn die Fabrikanten sagen, die Konkurrenz des Auslandes hindere sie, höhere Löhne zu bewilligen, so müsse doch darauf hingewiesen werden, daß sich die Wäscheabriken Deutschlands in den letzten Jahren bedeutend ver-größert hätten. Die Lage der Industrie müsse demnach doch günstig und eine Lohnverbesserung möglich sein. Die Ablehnung der Vor-schläge der Fabrikanten durch die Arbeiterversammlung sei wohl zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß die Vertreter der Organisation bei den weiteren Verhandlungen ausgeschaltet werden sollten. Die Situation des Streiks sei sehr günstig. Wenn die Fabrikanten sagen, sie könnten es aushalten, so würden es die Streikenden noch länger aushalten. Die Fabrikanten hätten keine Ursache, sich darüber zu beklagen, daß die Streikenden die Arbeitswilligen, die noch vorhanden waren, zu sich herüberzuziehen suchten. Hätten doch auch die Fabrikanten bei dem Streik bei Gebr. Vorchardt schwarze Listen in Umlauf gesetzt und keinen der bei Vorchardt Ausständigen eingestellt. — Das von den Unternehmern veröffentlichte Ultimatum laute etwas anders als das, welches sie der Kommission vorlegten. In diesem sei davon die Rede, daß Lohnverbesserungen nur da vorgeschrieben werden sollen, wo es für nötig gehalten werde. Auf der Grundlage dieses Ultimatum — das erkläre er namens der Vertreter der Arbeitnehmer — könne nicht verhandelt werden, denn dabei würden alle anderen wesentlichen Forderungen, wie Lieferung von Garn und Nadeln, Regelung der Arbeitszeit usw. übergehen.

Frau Quadow, Vertreterin der Arbeitnehmer, wies an der Hand von Lohnbägern der Gebr. Vorhardt die Wichtigkeit der von Keller über diese Firma gemachten Angaben nach.

Fabrikant Stadthagen bezeugte den Streik als ein Werk der Verbandsleitung, der Verbandsgestellte Keller habe den Mitgliedern nur zeigen wollen, was er leisten könne. Er, der Redner, wünsche das, denn er selbst würde ebenso handeln, er würde in einer Stellung bemüht sein, seine Unentbehrlichkeit darzutun.

Fabrikantenvertreter Vry (Firma Sternberg) führte aus, die Fabrikanten wünschten die Festlegung eines Tarifes, der Zufriedenheit unter den Arbeitnehmern schaffe, aber den vorgelegten Tarif könnten sie nicht anerkennen, denn derselbe schiefte über das Ziel hinaus und trage auch nicht den ganz verschiedenen Verhältnissen der einzelnen Betriebe Rechnung. Weiter polemisierte der Redner gegen die Leitung der Arbeiterorganisation und verlas einen schriftlich fixierten patheistischen Redeschluß, worin der Organisationsleitung nachgelagt wird, daß sie die „Brandfackel der Jovietracht“ zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer schleudere. Wenn die Bedingungen der Fabrikanten nicht angenommen werden, würden sie ihre Betriebe schließen.

Eine, Vertreter des Verbandes der Wäschearbeiter, erwiderte auf die letzten Auslassungen des Vorgesetzten, daß das wohl nicht der richtige Weg sei, um eine Einigung herbeizuführen, zu welchem Zweck man doch hier zusammenkommen ließe. Die Arbeitervertreter seien willens, mit den Arbeitgebern zu beraten und die Löhne so festzusetzen, daß die Arbeiter damit zufrieden sein könnten. Es solle der ernste Versuch gemacht werden, eine Grundlage zu finden, auf der beide Parteien zu einem Einverständnis kommen können.

Fraulein Regenberg (Plätterin) führte einige Einzelheiten zur Illustration der Löhne der Plätterinnen an. In einer Fabrik liefere eine Plätterin wöchentlich 48 Duzend Stehuhlegekragen, dafür erhalte sie einen Lohn von 10,50 M. In einer anderen Fabrik dagegen stelle eine Plätterin wöchentlich 20 Duzend solcher Krage fertig, wofür sie 18,25 M. Arbeitslohn erhalte. Die erstere Fabrik sei ein Exportgeschäft, die letztere stelle bessere Ware her. Die Löhne der Plätterinnen steigen nur ausnahmsweise über 15 M., meist seien sie niedriger. Länger als 3 bis 4 Jahre könne eine Plätterin die schwere Arbeit nicht aushalten.

Diese Angaben wurden von den Fabrikanten lebhaft bestritten. Die Vertreter der Arbeitnehmer boten Beweise für die Wichtigkeit der Angaben an.

Zu ferneren Verlauf der Debatte erklärte sich der Fabrikant Philippsohn dafür, daß für jede einzelne Fabrik ein ihren Arbeitsverhältnissen angepaßter Tarif aufgestellt und unter Mitwirkung des Einigungsamtes festgelegt werde.

An den weiteren Erörterungen beteiligten sich Vertreter von beiden Seiten. Von Fabrikantenvertretern wurde hervorgehoben, daß in vielen Fabriken Wohlfahrts-Einrichtungen beständen, die den Geschäftsinhabern erhebliche Kosten verursachten. — Dem gegenüber wurden seitens der Arbeiter Zweifel an dem Wert dieser „Wohlfahrts-Einrichtungen“ erhoben und Keller erklärte, die Arbeiter verzichteten auf alle Wohlfahrts-Einrichtungen, sie wollten nur auskömmliche Löhne. Fabrikantenvertreter Vry besprach darauf Einzelheiten aus dem Arbeitsverhältnis Kellers, der früher bei der von Vry vertretenen Firma Sternberg beschäftigt war.

Unter Bezugnahme hierauf erklärte eine (Arbeitnehmer), wenn die Erörterungen in dieser persönlichen Weise weitergeführt werden sollten, dann würden die Vertreter der Arbeitnehmer sich nicht mehr zum Wort melden.

Vorsitzender v. Schulz bemerkte dazu, er bedaure, daß er die Sinecure von persönlicher Angelegenheiten in die Debatte nicht von vornherein verhindert habe, er wünsche, daß sie nunmehr unterbleibe.

Fabrikant Philippsohn bedauerte gleichfalls die persönlichen Wendungen in der Erörterung und wünschte rein sachliche Verhandlungen.

Um 1/2 Uhr trat eine längere Pause ein. Während derselben verhandelten die Vertreter der Parteien unter sich.

Um 5 Uhr eröffnete der Vorsitzende v. Schulz die Sitzung und teilte mit, die Sonderverhandlungen der Parteien haben noch zu keinem derartigen Ergebnis geführt, daß das Einigungsamt bestimmte Vorschläge machen könnte. Die Verhandlungen werden, da der Bürgeraal geräumt werden muß, vertagt und Dienstag um 1 Uhr fortgesetzt.

Aus Industrie und Handel.

Der Arbeitsmarkt hat sich im September, entsprechend der Lage des Industriemarktes, recht günstig gestaltet. Nach der Auffassung waren von den großen Industrien die Beschäftigungsverhältnisse im Kohlenbergbau im allgemeinen günstig gelagert, sie wurden nur beeinträchtigt durch stellenweise auftretenden Wagenmangel. In der Metall- und Maschinenindustrie hat die günstige Entwicklung der Arbeitslage, die in den Vormonaten gemeldet wurde, weiter angehalten, ebenso in der elektrischen Industrie, deren Verhältnisse durch den Ausfall in Berlin nur eine vorübergehende Störung erfuhren. Volle Beschäftigung fand sich auch in der Textilindustrie und in der chemischen Industrie. Im Baugewerbe machten sich mit dem Vorstreiten der Jahreszeit die ersten Anzeichen eines leichten Rückganges der Bautätigkeit in einzelnen Bezirken bereits geltend. Die Erhebung über die Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden vom 30. September 1905 ergab, daß an diesem Tage 1,4 Proz. der Mitglieder als arbeitslos gemeldet waren.

Deutschlands Außenhandel hat sich in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres so günstig entwickelt, daß er den Wert beibehalten, den im gleichen Zeitraum des vorigen Jahres die Ein- und Aus-

fahr erreicht hatten, bereits um 43 Millionen Mark übertrifft. Nach dem Septemberheft der vom Statistischen Amt herausgegebenen „Monatlichen Nachweise“ beträgt der Einfuhrwert für die Monate Januar bis September dieses Jahres in Millionen Mark: 5000 gegen 4822 und 4626 der gleichen Zeit der beiden Vorjahre. Die größte Wertzunahme der Einfuhr zeigt sich bei Getreide und anderen Erzeugnissen des Landbaues (+ 89 Millionen Mark), die größte Abnahme bei Baumwolle und Baumwollwaren (- 97 Millionen Mark). Der Ausfuhrwert stellt sich auf 4114 gegen 3861 und 3766 Millionen Mark. Zugewonnen haben die Ausfuhrwerte hauptsächlich bei Eisen und Eisenwaren (+ 39 Millionen Mark), abgenommen besonders bei Getreide usw. und bei Hopfen.

Kohlenyndikat und Wagenmangel. Das Kohlenyndikat ist über die ungenügende Wagenstellung im Ruhrgebiet sehr verärgert und hat in der am Samstag in Essen abgehaltenen Jechenbesitzer-Versammlung energischen Protest gegen die Eisenbahnverwaltung erhoben. Schon im September konnten, wie der Vorstand anführte, die Eisenbahndirektionen dem Wagenbedarf der Jechen nicht in vollem Umfange genügen. Die Wagenstellung blieb hinter den Anforderungen und dem Bedarfe um 5367 Wagen zurück. Seitdem hat die Wagenstellung seit Anfang des laufenden Monats eine stetige Zunahme erfahren und in den letzten Tagen einen geradezu bedrohlichen Stand erreicht. Insgesamt seien den Jechen des Ruhrreviers in der Zeit vom 1. bis einschließlich 19. Oktober dieses Jahres 42 351 Wagen weniger als angefordert worden. Die vom 1. bis 19. d. M. arbeitsmäßig im Durchschnitt gestellten Wagen bezifferten sich auf 17 833. Die Gesteuerung hat demnach nicht einmal die vorjährige Differenz im gleichen Zeitraum erreicht, in dem durchschnittlich 19 003 Wagen gestellt wurden.

Die Ursache des Wagenmangels erblickt die Syndikatsleitung in der ungleichen Verteilung des vorhandenen Wagenmaterials. „Unseres Erachtens“, meinte der Vorsitzende, „ist der Grund des auffälligen Wagenmangels im Ruhrrevier in erster Reihe in der ungleichen Verteilung der vorhandenen Wagen auf die einzelnen Reviere und ferner in dem Mangel ausreichender Lokomotiven sowie von Lokomotiv- und Supersonal zu suchen, wodurch eine Einlegung neuer Jüge zur rascheren Abfuhr der vorhandenen Transporte und Ausrückung der leeren Wagen erschwert wird, wie uns auch fortgesetzt Klagen unserer Kundenschaft über langsame Beförderung der Kohlenwagen zugehen. Bezüglich des erwähnten Punktes wird uns aus Hamburg berichtet, daß Ende des vorigen und Anfang des laufenden Monats die in Hamburg mit Kohlen aus dem Ruhrrevier eingetroffenen Wagen in großen Umfange nach Oberdeutschland abgeleitet worden sind, augenscheinlich wegen der höheren Anforderung der oberdeutschen Jechen infolge der Steigerung, die die oberdeutsche Kohlenausfuhr nach Ausland aus Anlaß der bekannten Vorkommnisse in dem russischen Petroleumbezirke zurzeit erfahren hat. Wir haben nichts dagegen einzuwenden, daß die oberdeutsche Kohlenindustrie die gegenwärtige günstige Konjunktur auszunutzen sucht. Wir müssen uns aber dagegen verwahren, daß diese Bestrebungen seitens der Staatseisenbahnverwaltung auf Kosten eines Reviers unterstützt werden, dessen Versandmengen während des ganzen Jahres nur geringen Schwankungen unterliegen, wie es im Ruhrrevier tatsächlich der Fall ist.“

Das Kohlenyndikat führt gegenüber dem Eisenbahnministerium eine kräftige Sprache. Es hat bereits mehrfach die Erfahrung gemacht, daß es damit am weitesten kommt.

Die Allgemeine Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft, die erst im März ihr Aktienkapital von 4,2 auf 6,8 Millionen Mark erhöht hat, plant eine weitere Kapitalerhöhung, und zwar gleich auf das Doppelte des bisherigen Bestandes, auf 12,8 Millionen Mark, zum Teil um ihr Pferdmaterial zu vergrößern, besonders aber um nach und nach eine Reihe neuer Verkehrslinien mit Automobilbetrieb durchzuführen. Die neuen Aktien sollen mit 150 Proz. an ein Bankkonsortium fest begeben werden mit der Verpflichtung, den Aktionären auf 1200 M. alte Aktien nominal 1200 M. neue Aktien zum Kurse von 100 Proz. zum Bezuge anzubieten und die Spesen der Durchführung der Kapitalerhöhung zu tragen.

Zur Begründung des Planes erklärt die Verwaltung: „Schon im letzten Geschäftsberichte konnte konstatiert werden, daß die Gesellschaft im Jahre 1904 von allen größeren Verkehrsunternehmen in Berlin die bei weitem größte prozentuale Verkehrszunahme aufzuweisen hatte. Im laufenden Geschäftsjahre wird das Resultat ebenfalls sehr günstig ausfallen, und wir hoffen die Beförderung von über 100 Millionen Fahrgästen gegen 85 Millionen im Vorjahre zu erreichen. Wir haben beschlossen, den bisher noch aufrecht erhaltenen Speicherbetrieb auf dem im Frühjahr von uns erworbenen Viktoriaspeicher zum 1. Januar 1906 ganz aufzugeben, um auch die letzten Speicher durch Umbauten dem Omnibus nutzbar zu machen. Nach Fertigstellung dieser Bauten werden wir den Betrieb um weitere 700 Pferde vermehren und auf dem Depot Viktoriaspeicher circa 1400 Pferde unterbringen können. Wir erwarten von der Einführung des Automobilbetriebes eine erhebliche Erweiterung der ganzen Basis unseres Unternehmens, einmal, da der Kraftwagen uns gestattet wird, Stadtgebiete in unseren Geschäftsbetrieb einzubeziehen, die uns bis heute verschlossen waren, und sodann, weil die schnellere Fortbewegung des Automobilwagens, sowie seine sonstigen großen Vorzüge anderen Verkehrsmitteln gegenüber um einen weiten Kreis neuer Fahrgäste zuführen werden. Wir werden auf Linie 4, Galtjesches Tor—Chausseestraße, vorläufig bis zu zehn solcher Kraftwagen in Verkehr setzen.“

Die Aufnahme des Automobil-Omnibusverkehrs wird für solche

Strecken, in denen aus bestimmten Gründen der Personenverkehr durch elektrische Wagen nicht vermittelt werden kann, sicherlich gute Erträge abwerfen. Nicht befremdend ist jedoch, daß das Bankkonsortium, das die neuen Aktien übernimmt — zweifellos die Firma Karl Neuburger mit ihrem Konzern — sich einen Zwischen Gewinn von 10 Proz. ausbedungen hat. Wenn auch davon die Spesen der Kapitalerhöhung bestritten werden sollen, bleibt doch für das Bankkonsortium ein bedeutender Profit. Zu bedauern bleibt nur, daß nicht die Stadt Berlin schon längst die Einführung des Automobilbetriebes auf solchen Linien in die Hand genommen hat, der Großen Berliner Straßenbahn wäre dadurch eine Konkurrenz entstanden, die ihren Hebermut etwas dämpfen würde.

Aus der Frauenbewegung.

Um das Frauenstimmrecht.

London, 21. Oktober. Vorige Woche sprach Sir Edward Grey in einer Versammlung in Manchester, wobei ihn Fräulein Panthurst über die Stellung der liberalen Partei zum Frauenwahlrecht befragte. Der Redner lehnte es ab, die Fragen zu beantworten, worauf Fräulein Panthurst eine Rede halten wollte. Da dieser Versuch zu einer Störung der Versammlung führte, wurde die Kämpferin für das Frauenwahlrecht aus dem Saale gewiesen, wobei sie einem Polizeibeamten eine Ohrfeige versetzte und dem anderen ins Gesicht spie. Vor den Richter wegen Beleidigung geführt, wurde sie zu einer kleinen Geldstrafe oder zu fünf Tagen Gefängnis verurteilt. Fräulein Panthurst ging sofort ins Gefängnis, das sie letzten Freitag verließ. Beim Verlassen des Gefängnisses wurde sie von zahlreichen Anhängerinnen des Frauenwahlrechts begrüßt.

Ihr Vater war Arzt in Manchester und betätigte sich auch als Sozialist in der Arbeiterbewegung. Ihre Mutter ist noch am Leben und ist Mitglied der Independent Labour Party.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr statt. Geöffnet: abends 7 Uhr.

N. 6. 17. 1. Auf Verlangen der Mutter: ja. 2. Der Witwer kann in Ähren Halle wohnen, ob er nach möglichem Rechte oder nach dem des Bürgerlichen Gesetzbuches erben will. Im ersten Falle steht ihm die Hälfte des zum Testamente vorhandenen beiderseitigen Vermögens zu, im zweiten Falle gehört ihm ein Viertel, dem oder den Kindern drei Viertel des Nachlasses der Ehefrau. 3. Verdingungsstellen gehören zu den Nachlassschulden. 4. Nein, das wäre Unterschlagung. — **N. 20.** Sie müssen sich an den Vorstand der Kasse wenden: das ist verfahrensgerecht. — **N. 100.** In der Regel nein: das Gesetz wegen Befreiung der Doppelbesteuerung vom 13. Mai 1870 stellt den Grundbesitz auf, daß ein Deutscher zu direkten Staatssteuern nur an dem Orte herangezogen werden darf, an dem er eine Wohnung unter Umständen inne hat, welche auf die Absicht der dauernden Beibehaltung einer solchen schließen lassen. — **G. R. 5. 1-3. N. — A. 24. 00.** 1. Wegen Unruhe vor 10 Uhr abends in der Oberwohnung ist eine Klage in der Regel ausgeschlossen, es sei denn, Sie können Rüststille oder Schläue beweisen. Rascher als eine Klage ist deshalb gütliche Einigung. Rastlose ist, falls nicht ausnahmsweise heilbringende Barmherzigkeit vorliegt, fast unerbittlich, wenn eine Gemütskur oder Gemütskur untergelegt werden. Ein Beitrag zu den geringfügigen Kosten Ihres Rechts ist erwünschlicher als der mit einem Prozeß verbundene Zeitverlust und Ärger. 2. Ihnen müßte eine Verpfändung nachgemittelt werden. — **Zwei Wetende.** Das preussische Personenwahlgesetz vom 9. Mai 1874 trat am 1. Oktober 1874, das Reichsgesetz vom 6. Februar 1875 trat am 1. Januar 1876 in Kraft. Sie und Ihre Ehefrau müssen sich also an die Kirche wenden. — **Schenckstadt.** 1. Eine Abfindung wegen der Unfallrente kann nur stattfinden, wenn diese 15 Proz. der Rente oder darüber beträgt. Anders liegt es bei der Abfindung einer Rente für einen Ausländer oder für eine wieder heiratende Witwe. Für diese beiden Fälle ist stets Abfindung zulässig. 2. Wenden Sie sich an Ihre Gewerkschaft. — **N. 11.** Den Namen des vorerwähnten, außerehelich geborenen Kindes der Frau kann der Ehemann, der das Kind nicht genügt hat, auf seinen Namen umschreiben lassen. Erforderlich hierzu ist die Einwilligung der Mutter und des Vormundes. Die erforderlichen Erklärungen sind in Preußen entweder zu Protokoll des Standesbeamten oder in einer gerichtlichen oder notariell beglaubigten Urkunde abzugeben. Die erforderliche Anleihe finden Sie S. 46 und 221 des dem „Arbeiterrecht“ beigegebenen Jahrbuchs durch das B. G. B. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. Es ist im Interesse des Kindes zu einer solchen Namensänderung zu raten. Die Kosten betragen im Höchstfalle (gerichtliche oder notarielle Beglaubigung) etwa 10 bis 20 Mark. — **C. R. Rein.** — **S. 6.** Ist bei einer nach dem 31. 12. 1899 geschlossenen Ehe nichts vereinbart, so liegt Gütergemeinschaft nicht vor. Ob und welche Folgen die vereinbarte Gütergemeinschaft auf die Erbschaft hat, richtet sich nach dem Inhalt des Vertrages. Handelt es sich um eine früher geschlossene Ehe, so kommt es darauf an, wann und wo die Ehe geschlossen und wo der erste Ehegatte genommen sowie ob ein Ehevertrag geschlossen ist. Es gibt etwa 60 verschiedene namentlich Gütergemeinschaftssysteme für die vor 1900 in Deutschland geschlossenen Ehen. Sie müssen Ihre Anfrage unter Ergänzung der Angaben wiederholen: Wann ist die Ehe geschlossen? Wo? Wo war der erste Ehegatte? Wie ist ein Ehevertrag vor? Ist ein Testament vorhanden? — **N. 6. 80.** Ihnen steht nur ein Recht auf den vertraglich vereinbarten, nicht auf den irrtümlich in Besch genommenen Laden zu. Der Verwalter ist also im Recht. — **Richter 28. 1. und 2.** Weder Verstoß noch Termin erfolgt, wenn Sie keinen Antrag stellen. 3. Wenn Sie wieder betrauen wollen, so müssen Sie einen Antrag auf Erteilung eines Auseinandersetzungsbeschlusses beifügen. Ein Beispiel für einen solchen Antrag finden Sie S. 224 Nr. 19 des dem „Arbeiterrecht“ beigegebenen Buches.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin, Gradowsee etc. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen und wegen der Ueberweisung von Frei-Exemplaren sofort ihre Adresse einreichen.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berliner Reichstagswahlkreis (Ost).

Donnerstag, den 26. Oktober, abends 8 Uhr,
in Boekers Gesellschaftshaus, Weberstr. 17:

General-Versammlung.

262/12* Tages-Ordnung:
1. Fortsetzung der Diskussion über den Antrag des Vorstandes und der Bezirksführer auf Anstellung eines besoldeten Kassierers. 2. Wahl eines Kassierers. 3. Bericht von der Brandenburgischen Parteikonferenz.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Süd-Ost).

Dienstag, den 24. Oktober, abends 8 Uhr, bei Graumann, Raunynstr. 27:

General-Versammlung.

262/10* Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und Rechnung des Kassierers.
2. Bericht aus der Agitations-, Propaganda- und Lokalkommission und Wahl dieser Kommissionsmitglieder.
3. Bericht von der Brandenburgischen Parteikonferenz.
4. Bericht des Kassierers.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Zentralverband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- u. Zementbranche.

Freitag, den 27. Oktober 1905, abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (großer Saal):

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Berichterstattung über die Verhandlungen mit dem Berliner Betonverein und endgültige Beschlußfassung über den neuen Tarifvertrag.
Wicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Freie Liedertafel. (M. d. A.-S.-B.)

Sonntag, 29. Oktober 1905:

KONZERT

in
Elsners Festsälen, Kaiser Wilhelmstr. 18m

Musik: 66/2
Sollsten des Vereins Berliner Musiker.
Einlaß inkl. Tanz 50 Pf. Anfang präzise 6 Uhr.
Freunde und Bekannte sind hiermit höflichst eingeladen.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Sonntag, den 5. November 1905,
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

Kunst-Abend

Vortrag mit Flügel- und Gesangsbegleitung über: „Das deutsche Volkslied“. Vortragender: Dr. Leopold Hirschberg.
Eröffnung 6 Uhr. Beginn 7 Uhr. Eintritt 30 Pf. inklusive Garderobe.

Richard Augustin
Oranienstr. 103, Hof part.
Säle. — Vereinszimmer.
Mittagsst. (siehe früher). Amt 4, 5622.
Sonntag: Familienbeisammensein.

14 öffentliche Kommunal-Wähler-Versammlungen

finden statt am

209/13*

Dienstag, den 24. Oktober 1905, abends 8 1/2 Uhr:

- 8. Kommunal-Wahlbezirk im **Bürgergarten**, Lindenstraße 105.
Referenten: **Johann Sassenbach** und Stadtverordneter **Richard Augustin**.
- 16. Kommunal-Wahlbezirk in **Voigts Rittersälen**, Ritterstraße 75.
Referent: **Dr. Zadek**.
- 19. Kommunal-Wahlbezirk in **Lippkes Salon**, Melchiorstraße 15.
Referent: Stadtverordneter **Ferd. Swald**. Ansprache des Kandidaten **Alexander Fröhlich**.
- 20. Kommunal-Wahlbezirk im **Englischen Garten**, Alexanderstraße 27c.
Referent: Stadtverordneter **Franz Kozke**. Ansprache des Kandidaten **Waldeck Manasse**.
- 21. Kommunal-Wahlbezirk in den **Andreas-Festsälen**, Andreasstraße 21.
Referent: Stadtverordneter **B. Bruns**.
- 26. Kommunal-Wahlbezirk im **Slysium**, Landsberger Allee 40/41.
Referent: Stadtverordneter **Hermann Borgmann**.
- 27. Kommunal-Wahlbezirk in der **Brauerei Friedrichshain**, Am Friedrichshain.
Referent: Stadtverordneter **Paul Singer**.
- 30. Kommunal-Wahlbezirk im **Rosenthaler Hof**, Rosenthalerstraße 11/12.
Referent: Stadtverordneter **Hermann Borgmann**.
- 33. Kommunal-Wahlbezirk bei **Schulz**, Belforterstraße 15.
Referent: Stadtverordneter **K. Koblenzer**.
- 38. Kommunal-Wahlbezirk in den **Humboldt-Sälen** (Mothes), Hufitenstraße 40.
Referent: Stadtverordneter **K. Schubert**. Ansprache des Kandidaten **K. Mars**.
- 40. Kommunal-Wahlbezirk in **Müllers Festsälen**, Bohnenstraße 12.
Referent: Stadtverordneter **Dr. Leo Arons**.
- 46. Kommunal-Wahlbezirk im **Kösliner Hof** (Gebr. Franz), Köslinerstraße 8.
Referent: Stadtverordneter **August Hintze**.

Mittwoch, den 25. Oktober 1905, abends 8 1/2 Uhr:

- 6. Kommunal-Wahlbezirk bei **Zühlke**, Dennewitzstraße 13.
Referent: Stadtverordneter **W. Pfannkuch**. Ansprache des Kandidaten **Paul Möhring**.
- 7. Kommunal-Wahlbezirk bei **Goßmann**, Kreuzbergstraße 48.
Referent: Stadtverordneter **Fritz Zubeil**. Ansprache des Kandidaten **Dr. Georg Herzfeld**.

Tages-Ordnung: 1. Unsere Kommunalverwaltung. 2. Freie Aussprache.

Um recht zahlreichen Besuch der Versammlungen bitten

Die Einberufer.

Achtung!

Achtung!

Genossinnen! Genossen!

Dienstag, d. 24. d. M., abds. 8 1/2 Uhr, in d. Brauerei Friedrichshain:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung: Vortrag des Stadtverordneten Genossen **Paul Singer** über: Die Proletarier und die Stadtverordneten-Mehrheit. 2. Diskussion. 1/11*
Um zahlreichen und pünktlichen Erscheinen ersucht Die Vertrauensperson.

Verband der handgewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin u. Umgegend.

Bandepantiertenversammlungen

für Berlin und die nähere Umgebung:

Mittwoch, den 25. Oktober 1905, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7.

Für Steglitz-Groß-Lichterfelde-Zehlendorf und Zeltow:

Mittwoch, den 25. Oktober 1905, abends 8 Uhr, im Birkenwäldchen, Steglitz-Groß-Lichterfelde.

Tagesordnung in beiden Versammlungen:

1. Die Pflichten und Rechte der Deputierten. 2. Besprechung über die einzuschlagende Agitation in den Wintermonaten. 3. Verschiedenes.

Kollegen! Sorgt dafür, daß jeder Bau vertreten ist.

Achtung! Fahrstuhl-Arbeiter! Achtung!

Auf dem Bau Charlottenburg, Wilmerdorferstr. 75, dem Maurermeister Matheus gehörig, hat der Vorarbeiter und Kolonnenführer Höllmann, wie uns durch Herrn Valentin, Fahrstuhl-Unternehmer berichtet, und mit Beweismaterial bewiesen wird, sich herbeigelassen, den Bau, der bisher durch Valentin ausgeführt, durch eine Bestechung von 50 M. seitens der Firma Rietsch an letztere zu bringen.

Einer Besprechung, in der seitens der Organisation dem Höllmann Gelegenheit geboten war, diese seitens des Herrn Valentin aufgestellten Beschuldigungen zu widerlegen, hat Höllmann trotz mehrfacher Einladung nicht beigewohnt, auch keine Entschuldigung beigebracht.

Da nun derartige Handlungswesen der Firma Rietsch mehrfach bekannt sind, auch sonst dieselbe keine Vertragfirma ist, andererseits dieselbe auch bedeutend niedrigere Löhne als alle anderen Firmen zahlt, so haben die dort beschäftigten Kollegen den direktesten Schaden zu tragen.

Wir erklären deshalb den Bau als gesperrt und erlauben die organisierten Kollegen, diesen Bau zu meiden. In aller nächster Zeit wird sich eine Versammlung mit dieser Organisation Rietsch-Höllmann beschäftigen. 44/4 Der Zweigvereins-Vorstand. 3. u. K. Heidemann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 25. Oktober, abends 6 Uhr, bei Reichardt, Mariendorf, Chausseestr. 16:

Öffentliche Holzarbeiter-Versammlung

der Orte Mariendorf, Tempelhof, Mariensfelde.

Das Erscheinen aller Holzarbeiter dieser Orte ist notwendig. Der Maurer D. J. H. P. Radtke.

Bardes Vereins-Säle.

Neue Königstraße 7.

Fahrverbindungen nach allen Stadtteilen. Empfehle meine Säle für Versammlungen, Gewerkschaftssitzungen und für Vereinstätigkeiten. Kulante Bedienung. Adolf Barde.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV 9679. Arbeitsnachweis Zimmer 31. Amt IV, 3353.

Mittwoch, 25. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 11-12: 153/19

Versammlung der Chirurgischen Branche.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Grempe über: „Einrichtungen und Leitungen der amerikanischen Maschinenindustrie“. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Mittwoch, den 25. Oktober, abends 1/9 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal III), Engel-Ufer 15:

Branchen-Versammlung der Graveure und Ziseleure.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Bude über: Die Gewerkschaftsbewegung früher und jetzt. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Mittwoch, den 25. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal von Schellhase, Steglitz, Ahornstr. 15a:

Bezirks-Versammlung Steglitz, Lichterfelde u. Umg.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Bezirksleitung und Neuwahl derselben. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau und Arbeitsnachweis Rosenthalerstraße 57 (Eingang: Hermannstraße 28). Gedruckt von 9 1/2-2 und 4-8 Uhr. Telefon: III, Nr. 1296.

Mittwoch, den 25. Oktober, abends 8 Uhr, in Fiebigs Festsälen (Borussia), Adersr. 6/7:

Beschließende Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Fortsetzung der Tages-Ordnung der letzten Versammlung. 2. Beschlußfassung über den Fortfall des höchsten Beitrages. 3. Anträge. 4. Gewerkschaftliches. 28/11

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Der wichtigen Tagesordnung wegen erwartet vollständiges Erscheinen Die Ortsverwaltung.

Ausgesperrte u. unserer Organisation haben sich von jetzt ab wieder im Bureau zur Kontrolle zu melden. D. C.

Zentral-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Bureau: Engel-Ufer 15, v. III, Zimmer 32. Fernsprecher: Amt 4, Nr. 2789.

Mittwoch, 25. Oktober, abends 8 Uhr, bei Suggenhagen am Moritzplatz:

Große Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Paul Göhre über: Fragen der Kindererziehung. 2. Verschiedenes. Bei der für jeden einzelnen so interessanten Tagesordnung erwarten wir, daß diesmal alle Mitglieder vollständig erscheinen. Der Vorstand.

Achtung!

Achtung!

Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.

Mittwoch, den 25. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29:

Außerordentliche Generalversammlung aller zum Zweigverein Berlin gehörigen Zahlstellen u. Sektionen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen **Richard Fischer** über: Den politischen Massenstreik. 2. Diskussion. Mitgliedsbuch legitimiert!

Kollegen! Wir erwarten vollständiges und pünktliches Erscheinen. Agitiert für guten Besuch der Versammlung. Reiner darf fehlen. Wir verweisen besonders darauf, daß die Versammlung durchaus pünktlich eröffnet wird. Der Zweigvereinsvorstand. 3. u. Emil Thoms.

Zur besonderen Beachtung! Das Verkehrslokal für Osten I. befindet sich vom Mittwoch, den 25. d. M. Langestr. 53 im Restaurant von Lenz (Inhaber Kluge). 159/3*

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für 20/14*

Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Dr. Schünemann, Spezial-Arzt für 41/02*

Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten, Syphilis. 9, Nacht am Spittelmarkt. Wochentags 1/12-1/3, 1/6-1/8, Sonntags 10-12.

Würzburger Höheraugenmittel von Dr. H. Unger-Würzburg. — 20 Pf

In Berlin: Salomon-Apothek, Charlottenstraße, Greif-Apothek, Barnimstr. 33. In Breslau: 3612L* Victoria-Apothek, Friedr. Wilhelmstr. 43

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 25. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Am Donnerstag, den 26. Oktober 1905, bei Keller, Koppenstraße 29:

Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung: 1. Welche Lehren ziehen wir aus der Aussperrung in der Elektrizitäts-Industrie? Referent: **Th. Glocke**. 2. Bezirkskreis und Differenzen, Verbandsangelegenheiten. 95/12*

Mitgliedsbuch nebst Karte legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Warenhaus A. Wertheim

ROSENTHALER STRASSE

Erweiterung der Geschäftsräume
Neue Lebensmittel-Abteilung

Verkauf besonders preiswerter
Artikel in allen Abteilungen

Kleiderstoffe

Blusenstoffe karierte, wollene, doppelbreit	90 Pf.
Kreppstoffe blau-grün kariert, 90 cm	95 Pf. 110 cm 1,15
Cheviots reinwollene 110 cm	95 Pf.
Satin reinwollene 110 cm	1,45 1,85
Blusenstoffe baumwollene karierte	42 Pf.

Seidenstoffe

Reinseidene Louisine	1,35, 1,95
Reinseidene Chinés	1,80
Reinseid. Louisine-Schotten	1,95
Reinseid. Louisine kariert	1,45

Wäschestoffe

Hemdentuch	28, 32, 40 Pf.
Louisianatuch	30, 35, 40 Pf.
Louisianatuch ca. 84 cm breit	45 Pf.
Louisianatuch ca. 100 cm breit	68, 80 Pf.
Bettsatin gestreift, ca. 84 cm	45, 50 Pf.
Bettsatin gestreift, ca. 100 cm	75, 95 Pf.
Bettdamast ca. 84 cm breit	50, 70 Pf.
Bettdamast ca. 100 cm breit	75 Pf., 1,10
Lakendowias ca. 150 cm breit	80 Pf.
Lakendowias ca. 160 cm breit	95 Pf.
Gerauht. Piqué	38, 50, 65 Pf.
Inlet rot, ca. 80 cm breit	65, 80, 95 Pf.
Inlet rot-rosa, ca. 100 cm breit	1,10, 1,20, 1,50

Tischwäsche, Handtücher

Tischtücher, reinleinen, Jacquard, gesäumt	Größe ca. 115/115 130/130 150/150 180/200	1,30 1,75 2,-- 2,80
Servietten, passend, gesäumt	Dtz. 4,50	
Tischtücher, halbleinen, Jacquard, reinweiss gesäumt	Größe ca. 115/115 130/130 150/150 180/200	1,15 1,30 1,55 1,95
Servietten, passend gesäumt	Dtz. 3,80	
Tischgedeck mit 6 Servietten, reinl. Jacquard gesäumt	180/180 m. 6 Servietten, m. Franssen u. bunter Kante	4,25
Theegedeck	2,10	
Kaffeedecke bunt mit Franssen	1,10	
Tischläufer m. Frans., m. Durchbruch	65 Pf.	
Stubenhandtücher 49/110, Jacquard	4,40	
Stubenhandtücher reinl. Dreif. gesäumt u. gebänd.	6,60	
Küchenhandtücher Gerstenkorn	3,50	
Küchenhandtücher reinl. gesäumt und gebändert	4,40	
Staubtücher farbig	1,10	

Damen-Konfektion

Golf-Cape marengo	6,25 Mk.
Havelock grau meliert	7,25 Mk.
Paletot schwarz Cheviot	5,25 Mk.
Paletot englisch meliert	13,75 Mk.

Taschentücher

Taschentücher reinleinen gesäumt Dtz.	2,80, 4 Mk.
Taschentücher reinleinen-Batist mit Holsaum	Dtz. 2,80
Taschentücher Leinen gesäumt	Dtz. 1,60
Taschentücher engl. Batist mit Hols. u. Kante	Dtz. 1,90
Taschentücher für Kinder 1/2 Dtz. im Karton	60 Pf.
Taschentücher mit gestickten Buchstaben, Holsaum, bunter Kante 1/2 Dtz. im Karton	1,40

Damenwäsche

Taghemden Vorderschluss m. Spitze	1,45
Taghemden Achselabschluss m. Spitze	1,55
Taghemden Achselabschluss m. Stickersel mit handgestickten	1,70
Taghemden Madeira-Passen mit handgestickten	1,60
Taghemden Madeira-Passen mit handgestickten	2,45
Beinkleider Renforcé mit Stickersel	1,25, 1,65
Beinkleider Barchend mit Spitze	1,40
Beinkleider Barchend mit Stickersel	1,50, 2,10
Jacken Barchend mit Besatz	1,55
Jacken Barchend mit Stickersel	2,10
Röcke mit Spitzen reich garniert	3,85, 6,75
Röcke Barchend mit Stickersel	2,15
Röcke Barchend mit Langetts	1,60

Schürzen

Tändelschürze mit Franssen	65 Pf.
Weisse Tändelschürze mit Stickersel	65 u. 95
Ecreu Tändelschürze	1,25 Mk.
Schwarze Tändelschürze Panama	1,20
Schwarze Tändelschürze Panama ext. gross	1,60
Tändelschürze reine Wolle extra gross	1,75 2,10
Wirtschaftsschürze mit Volant	75 Pf.
Einfarbige Wirtschaftsschürze	95 Pf.
Wirtschaftsschürze Gingham mit Volant	1,15
Wirtschaftsschürze Gingham mit Volant, extra weit	1,50
Wirtschaftsschürze m. Achselbändern	1 Mk. u. 1,50
Reformschürze Gingham	1,90
Reformschürze Köpersatin	2,50
Reform-Hängeschürze Gingham	1,65
Reform-Hängeschürze einfarbig	2,10
Reform-Hängeschürze Cretonne	2,75

Pelzwaren

Lange Sealcolliers imit. m. Posamenten-Garnier.	4,25
Lange Sealcolliers imit. m. Posamenten-Garnier.	6,25
Breite Sealstola imitiert, 2 1/2 m lang	11,--
Breite Nerzstola imitiert, 2 1/2 m lg.	21,--
Tibetstola schwarz und weiss	10,50
Lammfell-Boss ca. 140 cm lang weiss und farbig	65 Pf.
Breite Seal-Bisam-Stola m. Achselbändern	28 Mk.
Nutria-Stola	20 Mk.
Lange Colliers aus Schneshase	7,50

Handschuhe

Damen-	
Trikot-Handschuhe einfarbig Hand gesust	35 Pf.
Trikot-Handschuhe farbig, 2 Druckkn.	42 Pf.
Trikot-Handschuhe farbig, reine Wolle, Druckkn.	60 Pf.
Ringwoods einfarbig, reine Wolle	58 Pf.
Glacé-Handschuhe farbig, 2 Druckknöpfe	95 Pf.
Herren-Trikot-Handschuhe 2 Druckknöpfe	48 Pf.
Herren-Trikot-Handschuhe m. starkem Futter, Druckverschluss	80 Pf.
Kinder Ringwood-Handschuhe bunt gestrickt, Grösse für ca. 3-4 4-5 Jhr.	25 30 Pf.

Tapiserie

Point lace-Decke	2,10, 2,45, 3,30
Point lace-Läufer	3,85, 4,65
Point lace-Schoner	85 Pf.
Messertaschen fertig	1,15
Ruhekissen mit Volant	60 Pf.
Waschtischgarnitur	1,05
Küchen-Handtuch grauleinen	65 Pf.
Stuben-Handtuch reinleinen	95 Pf.
Läuferstoff Doppelstoff	Meter 60 Pf.
Besenvorhang vorgezeichnet	1,50
Küchentischdecke vorgezeichnet	90 Pf.

Gardinen

Engl. Tüllgardinen Fenster	3 Mk., 4 Mk.
Engl. Stores	4,35 Mk.
Lacet-Stores	4,75, 9,25 Mk.
Lacet-Bettdecken	4,50 Mk.
Lacet Brise-bise	2,10 Mk.

Läufer, Decken etc.

Imit. Perser Vorleger	65 Pf., 1,25 Mk.
Linoleumläufer	Br. ca. 67 90 110 cm 85 Pf. 1,15 1,40
Linoleumvorleger	Grösse ca. 50/90 45/90 70/90 42 55 85
Schlafzimmer-Garnituren	1 Lamberquin 9,75 Mk. 2 Schale
Leinenplüsch-Garnituren	11,50 18 Mk.
Divandecken zweiseitig	6,75 Mk.
Divan Persische Muster	15,50 Mk.
Satin-Steppdecken	4,75 Mk.
Fries-Fensterschützer	2,90 Mk.
Melierte Schlafdecke	3,90, 4,25 Mk.
Sofakissen	85 Pf., 1,55, 2,25 Mk.

Trikotagen und Strümpfe

Hemden mit Vigogne, 1 Grösse	90 Pf. bis 1,35
Hemden Vigogne	1,90 bis 2,40
Beinkleider imit. Vigogne	1,--, 1,10, 1,30
Beinkleider gestreift Vigogne m. Übersschlag	1,55 bis 2,25
Damenröcke, gestreift Barch. m. Volant	1,85
Damenbeinkleider gestreift Barchend	1,55, 1,65
Woll. gestrickte Camisols fr. Damen	45 Pf.
Zuavenjäckchen	1,50, 2,10
Herrenwesten Woll. plattiert, starke gute Qualität	3,60, 4 Mk., 4,25
Gewebte Damenstrümpfe engl. Länge rein. Woll. ohn. Naht	70 Pf.
Gestrickte Damenstrümpfe schwarz, Woll. plattiert	42 u. 65 Pf.
Strickwolle schwarz, reine Wolle Ia. Qual.	1 Mk.
Herrensocken gestrickt, halbwoollen	50 Pf.
Strickwolle plattiert, schwarz oder meliert 1/2 Ko.	1,75 Mk.

Schuhwaren

Herren-Zugstiefel Box-Calf, System Handarbeit	11,50
Herren-Schnürst. Box-Calf, System Handarbeit	11,50
Herren-Schnürst. Lackbesatz System Handarb.	12,--
Herren-Zugstiefel Lackbesatz, System Handarbeit	11,50
Damen-Schnür- u. Knopfst. Box-Calf	9,50
Damen-Knopf- u. Schnürstiefel	
Chrom Kid	7,25, Box-Calf 7,25, Lack 11,50
Knopf- u. Schnürstiefel Rostleder	3,90
Knopf- u. Schnürstiefel Rostleder	4,50
Damen-Filzschuhe mit Filzsohlen	1,15
Damen-Filzschuhe mit Filz- und Ledersohlen	1,60
Herren-Filzschuhe mit Filzsohlen	1,45
Herren-Filzschuhe mit Filz- und Ledersohlen	1,90
Herren-Pantoffel mit Filzsohlen	95 Pf.
Damen-Pantoffel mit Filzsohlen	75 Pf.
Kinder Knopf- u. Schnürstiefel	
Grösse ca. 27/24 25/26 27/30 31/35 cm	
Box-Calf	3,25 3,90 5,15 6,15 Mk.
Kinder Knopf- u. Schnürstiefel	
Grösse ca. 27/30 31/35	
Rostleder	3,90, 4,50 Mk.

Korsetts

Gürtelkorsetts grau	1,35, crème 2,20 Mk.
Lila Empirekorsetts	1,45 Mk.
Graue Empirekorsetts	2,65 Mk.
Halbhohes Korsett grau Satin	2,75 Mk.
Langhüftiges Korsett gebümt	3,50 Mk.
Halbhohes Korsett gebümt	3,50 Mk.
Halbhohes Korsett Satin mit Fischbein	3,85 Mk.
Graues Korsett mit 1 Strumpfhalter	4,75 Mk.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Flachsmann als Erzieher.
Komödie in drei Aufzügen von
Otto Ernst.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Ein Wintermärchen.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Flachsmann als Erzieher.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wth. Th.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Augen rechts.
Komödie in 3 Akten v. Jon Lehmann.
Darauf: **Zum Einsiedler.**
Sittspiel in 1 Aufz. v. Benno Jacobson.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Flachsmann als Erzieher.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Traum ein Leben.

Freie Volksbühne.

Mittwoch, den 25. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Vortrag von Herrn **Dr. Maurenbrecher** über:
Kunst und Politik. Geschäfts- und Kassenbericht
des Vorstandes und Bericht der Revisoren. Diskussion.
Eventuelle Wahl eines Schriftführers. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen ist erforderlich.
Mitgliedskarte legitimiert.

Uraufführung für Berlin, III. Serie:

Die Wölfin.

Von Giovanni Verga.

Fräulein Freschbolzen.

Komödie von Klara Viebig.

Darstellerin der Titelrollen: Frau **Rosa Bertens.**

Sonntag, den 29. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr:

Metropol-Theater.

Carl Weiß-Theater.

17./18. Abteilung

12./13. Abteilung

Der Panzer Egmont.

und
Nummer Achtzig

Trauerspiel in 5 Akten von
W. Goethe.

10. Kunst-Abend

Mittwoch, den 15. November cr., abends 8 1/2 Uhr,
Frau Klossok-Müller:

Internationaler Volksliederabend.

Eintrittskarten a 30 Pfg. in den bekannten 9 Zahlstellen.
230/1 Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

Colosseum

Dresdenerstr. 97.
16 humoristische
Spezialitäten
u. a. **Bendix.**
Litke Carlsen.
Wally Walborg.
La Perle, die deutsche Juller.
Heute: Debüt der jüngsten
Berliner Soubrette
Trudy Truth
15 Jahre alt.
Debüt der populärsten lächlichen
Humoristen
Neumann-Bliemchen.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Jeden Sonntag nachm. 3 Uhr jeder
Platz 40 P. Ein Kind frei!
Souvenirverteilung.
Im Konzertsaal 2 Kapellen
(Zwammeln), Naturfänger,
Ungarn. — Wochenl. 8 Uhr. Sonn-
u. Feiertags ab 3 Uhr, Ende 1 Uhr.

Artus-Hof
Perleborgerstr. 26. Stendalerstr. 18.
Säle von 100—1200 Pers. stehen den
geehrten Vereinen zur Verfügung.
Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag:
Gr. Theater-Vorstellung.
Jeden Montag: Quartettfänger und
humoristische Soiree.
Jeden Donnerstag: **Gr. Konzert.**

Artus-Hof
Perleborgerstr. 26. Stendalerstr. 18.
Säle von 100—1200 Pers. stehen den
geehrten Vereinen zur Verfügung.
Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag:
Gr. Theater-Vorstellung.
Jeden Montag: Quartettfänger und
humoristische Soiree.
Jeden Donnerstag: **Gr. Konzert.**

Artus-Hof

Perleborgerstr. 26. Stendalerstr. 18.
Säle von 100—1200 Pers. stehen den
geehrten Vereinen zur Verfügung.
Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag:
Gr. Theater-Vorstellung.
Jeden Montag: Quartettfänger und
humoristische Soiree.
Jeden Donnerstag: **Gr. Konzert.**

Sanssouci, Kottbuserstr. 4^a

Dir. W. Reimer.
Heute Dienstag:
Der
Trompeter v. Säckingen.
Volkschauspiel in 5 Akten.
Morgen Mittwoch:
Die Jüdin von Toledo.
Sonn- u. Mont. Donnerst.:
Hoffmanns
Norddeutsche Säger
und Tanzfranzöser.
Sonntag Beginn 8 Uhr,
montags 8 Uhr.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Säger.
Anfang: 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

Otto Pritzkows
Berliner
Abnormitäten-Theater
Münzstr. 16.
Die drei lebenden
gr. anatomischen Wunder
Muskelmensch
Skelett-Mensch
Gummihautmensch
Entree 20 Pf.

Böhm. Brauhaus

Landsberger Allee.
Heute
sowie jeden Dienstag:
Soiree
der
Fritz Steidl-
Sänger.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.,
Sperrpl. 50 Pf.

Gustav Behrens
Spezialitäten-
Theater
Frankfurter-
Allee 85.
Saisonschlager!
Die Schlächtermeisterin als
Schauspielerin
oder: Skaubal im Theater.
Große Posse
und 20 Spezialitäten-Nummern.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
m. Empfehlung vieler Ärzte u. Prof. grat. u. fr.
H. Vager, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichsrasse 91/92.

Sozialdemokrat. Wahlverein

Nowawes-Neuendorf.
Den Mitgliedern zur Kenntnis,
dass unser Genosse, der frühere
Kaffee- und Mitbegründer des
Vereins
Ernst Uebel
nach langem schweren Leiden am
Sonntag verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 25. Oktober, nachm.
3 Uhr, von der Leichenhalle des
neuen Friedhofes aus statt.
Die Mitglieder versammeln sich
um 1 1/2 Uhr bei D. Hentze, Wall-
straße 55.
Um zahlreichste Beteiligung erucht
Der Vorstand.

Invaliden-Unterstützungskasse

d. Steindruckers u. Lithographen.
Die Beerdigung des am 21. Okt.
verstorbenen Steinbrüders 28536
Oskar Rimey
findet statt am Mittwoch, den
25. Oktober, nachmittags 1/4 Uhr,
von der Leichenhalle des St. Ge-
orgen-Kirchhofes, Weihenfer, Rülke-
straße. Das Komitee.

Invaliden-Unterstützungskasse

d. Steindruckers u. Lithographen.
Die Beerdigung des am
20. Oktober verstorbenen Stein-
brüders
Artur Lehmann
findet am Dienstag, den 24. Ok-
tober, nachmittags 4 Uhr, auf
dem Friedhof in Rudow statt.
Das Komitee.

Danksagung.

Für die überaus große Beteiligung
bei der Beerdigung meines lieben
Bruders, unseres Onkels u. Schwagers
Emil Schaub
sage ich allen Verwandten, Freunden
und Bekannten, insbesondere dem
I. Arbeiter- und Künstler-Verband
Berlins und Umgebung 1896 meinen
besten Dank.
48142 **R. Schaub.**

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und
die reichen Kranzspenden bei der Be-
erdigung meines lieben Mannes,
unseres guten Vaters sagen wir allen
Verwandten, Bekannten, Freunden,
Kollegen und Genossen unseren tief-
gefühlten Dank.
Ew. Schneider und Kinder.

Kranz- und Blumenbinderei

von **Robert Meyer,**
nur Mariannen-Straße 2.
Bereits-Kränze, Palmen- u. Blumen-
Arrangements, Bouquets, Girlanden,
u. m. werden fein u. preiswert geliefert.
Das größte Brot für 50 Pf.
Brotware: 6 Stck 10 Pfennig in
Albrechts Bäckereien:
Brauergasse 135, Kranzstraße 19,
Goldeneinsiedl. 25, Kanthofstr. 2,
Markthalle Gäßlerstr., Stand 222/23,
Markthalle Andreadstr., Stand 16/18,
Zentrale: Boxhagenerstr. 13.

Bier her!

Culmbacher . . . 30 Pf. 3.- Pf.
Deutsch Porter . . . 16 . 3.-
Märzen-Versand . . . 30 . 2.25
Tafel-Malz. (grün empf.) 30 . 3.-
ff. Weißbier (C. Vandra) 30 . 2.25
Weizenmalz (A. Werra) 30 . 2.25
Tafelst. (Gumb. Wtz) 30 . 2.50
Berlittl. gewöhre Ermäßig. Handbr.
Bierkellerei Alexandrinerstr. 58.
Telephon IV. 8171.

Feine Pelzwaren

Stolas-Jackets
in vorzüglicher Ausführung sehr
preiswert. 49/12*
57 Leipzigerstraße 57 Hof.
neben den Kolonnaden
Kein Schaukasten!!

Steppdecken

Gelegenheitskauf!
Bunt Kaltun Ersatz f. 2⁶⁵
Deckbetten
Similiseide in den 4⁸⁵ 6⁷⁵
Farben
Wollatlas rot, 1⁵²⁵ 7⁵⁰
oliv
Bunte Normal- 1⁵⁰ 2⁵⁰ 3⁵⁰
Schlafdecken
Wolldecken ganz dick 9⁰⁰ 4⁰⁰
fehlerrah
Spezial- **Emil Lefèvre,**
haus
Oranienstraße 150. Berlin
S.

Drei populäre Volks-Vorträge

frei nach Ernst Häckel über
Die Abstammung des Menschen
mit 49 künstlerischen Lichtbildern
gehalten von Herrn **August Kahl-Jena.**

Diese Vorträge werden im Interesse der Volkserklärung von der Berliner Freireligiösen
Gemeinde arrangiert. Die Disposition des Vortrags des Herrn Kahl und die Anordnung der dazu gehörigen
Lichtbilder sind von Herrn Professor Ernst Häckel geprüft und beides mit dem Prädikat
vortrefflich belegt worden.

Zutritt für jedermann. Entree nur 20 Pf. (Abendkasse.)

Die Vorträge finden statt abends Punkt 9 Uhr und zwar:

Dienstag, den 24. Oktober, im Gewerkschaftshaus, Egel-Weer 15.

Mittwoch, den 25. Oktober, Berliner Bockbrauerei, Tempelhoferberg.

Donnerstag, den 26. Oktober, „Neue Welt“, Hasenheide 108/114.

Es finden nur noch diese drei Vorträge statt.

Vereinsvorstände werden ganz besonders auf diese Vorträge aufmerksam gemacht.

Billets im Vorverkauf an den Billettsellen der Freireligiösen Gemeinde und bei A. Hoff-
mann, Blumenstr. 141, W. Hohn, Zillertstr. 70 II, B. Schröder, Passauerstr. 3, Laden,
Rixdorf, Prinz-Sandbergstr. 7, Expedition des „Vorwärts“, Gottfried Schulz, Admiral-
straße 40a, Laden. Gegen Einzahlung des Betrages nebst Porto auch brieflich.

Preisermäßigung Brennspritus Preisermäßigung

10 Pf. „Marke Herold“ 10 Pf.
= pro Liter = = pro Liter =

Original-Literflaschen mit Patentverschluss.

Man nehme nur Flaschen mit unversehrten Verschluss-
streifen, auf welchen Gradstärke und Preis vermerkt
sind! 1772L*

30 Pf. pro Literflasche ca. 90 Vol. %
33 Pf. pro Literflasche ca. 95 Vol. %
exkl. Glas

In Berlin und Umgebung etwa 9000 Verkaufsstellen.

Zentrale für Spiritus-Verwertung, G. m. b. H., Berlin W. 8.

Viele Eisenbahn-Unglücksfälle

sind in jüngster Zeit passiert, sie lassen vermuten, dass im Eisenbahnwesen manches nicht ist, wie es sein möchte.
Ein Bahnbeamter hat in diesbezüglicher Weise seine Beobachtungen im Dienst niedergeschrieben, die für jedermann,
der mit der Bahn zu tun hat, von
höchstem Interesse
sind. Das Buch ist betitelt:
Die Garde vom flügelrad
208 Seiten brosch. 2.50, elegant gebunden 3.50.

Zu haben in allen Buchhandlungen oder direkt von **Richard Sattlers Verlag, Braunschweig.**

Raucher
Rist-Isis beste 2-Pfennig-Zigarette
aus der Fabrik **Rist & Co., München.**

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Oll. Drummerstr. 16.
Zum letztenmal:
Der Bettelstudent v. Berlin.
Volksstück mit Ges. in 5 Akten v. Busse.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Donnerstag: Käthechen v. Heilbronn.

Gebrüder Herrfeld-Theater.

Nur noch wenige Tage!
Die Meyerhains.
Komödie in drei Akten mit den
Autoren
Anton und Donat Herrfeld
in den Hauptrollen.
In Vorbereitung:
Familiengag
im Hause Prellstein.
Komödie in 3 Akten von
Anton und Donat Herrfeld.
Anfang 8 Uhr.
Borbeck. 11—2 Uhr, Theaterkasse.

Palast-Theater

Burgstr. 24, 2 Min. v. Uh. Börse.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Das brillante Oktober-Programm.
Darton Brothers
Handballspiele.
Toni u. Leopoldo
Kunst-Ballspiele.
Eugen Nighton
mod. Konjunktur.

Einakter, Schwan in 1 Akt v. Keller.
Dartons Brothers, mod. Gladiat.
Familienarten sind in allen
Bardier, Brillant u. Zigarren-
geschäften sowie im Theater-
bureau neugierig zu haben.

Folies Caprice.

Budapester Possen-Theater
132 Liniestr. 132
Ecke Friedrichstraße.
Nach dem Zapfenstreich.
Vorher: **Soll und Haben**
u. d. ausgezeichnete Spezialitäten-
Kasseneröffnung 7 Uhr, Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf täglich b. A. Wertheim
und an der Tageskasse.

ELYSIUM.

Kommandantenstr. 3-4.
Vollständig neu renoviert.
Auftritt v. 36 erstklassigen
intern. Spezialitäten.
Geöffnet von 10 Uhr früh bis
12 Uhr nachts.

WINTERGARTEN

Heute
die in London an 1000 Abenden
mit großem Heiterkeitserfolge
gegebene Pantomime
Ein Abend in einem amerikanischen
Tingel-Tangel
Original-Aufführung
außerdem
Guerrero, span. Tänzerin. Artois,
Reckkünstler. Amann, Mimiker.
Harndis, Wunderstern. Colle de
Lesse, Drahtseilakt. Marrder, Gold-
amazonen. In Japan, Ballett. Moore,
engl. Sängerin. Collins und Hart,
Exzentriker. Die mysteriösen Husaren.
Biograph.

Belle-Alliance

Theater-Variété.
Anfang 8 Uhr.
Hauptmann Marquis
Itonye
Szene vom Kriegsschauplatz.
Rosa u. Jehan
Liane Leischner
Belle Astoria.
16 sensationelle Attraktionen.
Sonntags 2 Vorstellungen
Nachm. 3 Uhr: Halbe Preise.
Jeder Besucher 1 Kind frei.

Passage-Theater.

Anfang abends 8, nachm. 4 Uhr.
Robert Koppel
in seinem neuen Repertoire.
Georg u. Gusti Edler
in ihrer Alpenzene.
Gewöhnliche Preise:
Orch-Loge 4 R., Terrasse 3 R.,
Orch-Bank 2 R., Parquet-Bank
1.50 R., Parquet 1 R., Eintritt 50 Pf.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Köpnickerstr. 67.
Zum Jeden Abend 8 Uhr!
Gastspiel **Ad. Philipp**
53. ABER!
Male: **Herr Herzog**
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Halbe Preise
„Ueber'n großen Teich.“

Vorzugs-Preise für Felle u. Fell-Teppiche

nur so lange der Vorrat reicht, echt chinesische Ziegenfelle in grau, weiß, wolf- und braunhärbar. a 10, 8, 6, 50 und **5** Mark.



Angora-Lammfelle
Pracht-Exemplare, schneeweiß, besonders langhaarig. 80x175 groß, nur **7,50** M.

Echt sibirische **Wölfe** **8,50** M.
mit Kopf u. Gebiß a 25, 20, 18, 12 u.

Dingofell-Teppiche
m. Futter u. wattiert, a 18, 12, 10 und **6,75** M.

Echt englische **Angorafelle** **4** Mark.
besonders langhaarig, m. Seidenglanz, in allen existierenden Farben, a 12,50, 10, 8, 6 u.

Derer große Auswahl in echten Fellen m. Kopf u. Gebiß, wie Tiger, Panther, Braumbär, Puma-Löwe und Eisbär sowie alle Arten echter Fell-Teppiche, Wagen- u. Schlittendecken, Pelz-Fußsäcke, Pelzschuhe, Jagd-Muffen, Pelz-Ditwanddecken u. Pelz-Vorlagen m. Fußtasche jetzt zu enorm billigen Preisen.

Teppich-Haus
B. Hurwitz, Rotes Schloß,
vis-à-vis dem National-Denkmal.
Teleph. Amt I. 8311.

Sämtliche Neuheiten für den Herbst u. Winter vorrätig.

M. Schulmeister

Schneidermeister
Berlin SO., Dresden-straße 4,
am Kottbuser Cor.



Spezial-Haus
feiner
Herren- und Knaben-Garderobe
fertig und nach Maß.

Elegante
Winter-Paletots von Mk. **18** 50 an
Jackett-Anzüge . **17** 50
Rock-Anzüge . **26** -
Gehrock-Anzüge . **32** 50
Loden-Joppen . **6** -

Berufskleidung für alle Gewerke.
Nur eigene Konfektion.

Eine Mark
wöchentl. Teilzahlung
liefern elegante, fertige
Herren-Moden.
Ersatz für Maß.
Maß-Anfertigung
feinste Verarbeitung
Garantie tadelloser Sitz.
J. Kurzberg,
An der Jannowitz-Brücke 1, I.
Direkt
am Bahnhof.

Kein Waren-Kredithaus.

Entzückende Neuheit für den Christbaum!

... Weihnachts- ...
Glocken-Geläut,

das großartigste für den

Christbaum

erregt überall die größte Bewunderung, unübertroffen reizende Illusion. Nach Anzündung der Kerzen ertönt ein Geläute in drei Tonarten, man glaubt unmittelbar ein in der Ferne ertönendes Glocken-Geläute zu hören, und gibt so dem heiligen Christfest ein überaus feierliches Gepräge. Auch zum Stellen auf den Tisch eingerichtet, daher auch nach dem Feste als reizender Zimmermumie zu benutzen. Nur bei uns zu haben. Patentamtlich geschützt. Per Stück 1,20 M. (Porto 20 Pf. extra) bei Vorbestellung auch Briefmarken.



Stille Nacht, heilige Nacht,
Nur Christkindleins Auge wacht,
Und die heilige Engel-schaar,
Läutet so herrlich, so wunderbar

Bei zwei und mehr Stück geben eine wundervolle Dekoration gratis.

Weihnachts-Katalog

elegante Festgeschenke sowie Christbaumschmuck, Spielwaren, Suppen usw. versenden gratis und franco.

Kirberg & Comp. in Foche bei Solingen.
Bestes Fabrikationsgeschäft Solinger Stahlwaren, mit Versand direkt an Private.

Garantie für gutes Funktionieren.

Hat jemand Rheumatismus,
Gicht, Gliederreihen, Nervenschmerzen, Hüftweh (Sciatica), Hexenschuß, Gichtschwulst u. der gebrauchte **„Electricum“** (Reichel'sches Salzmoos), ein solches u. unschädliches Naturprodukt von starker, durchdringender, sofort schmerzstillender Wirkung. **„Electricum“** wirkt elektrifizierend auf den Körper, kräftigt wunderbar Glieder und Nerven. Unerwartete Erfolge! Man nehme nur **„Electricum“**, es gibt nichts Besseres. **Fl. 1.- u. 2.-** (Netto 2,00). Die Wirkung wird noch erhöht durch innerlichen Gebrauch von Reichel'schen Wundheiler-Extrakt „Medico“. **Fl. 75 Pf. u. 1.50, 2.50.**
Schließlich in den Drogerien u. bei **Otto Reichel**, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Metzer Geld-Lotterie

Ziehung schon **30. und 31. Oktober cr.**
Nur Geldgewinne bar ohne Abzug zahlbar.

Hauptgewinn **Mark: 100000**

Losse a 5 M., halbe a 2,50 M. (Porto u. Liste 30 Pf.)

Oscar Bräuer & Co. Nachf.,
G. m. b. H., Bankgeschäft,
Berlin W., Friedrichstr. 181.
Filiale: O. Andreasstr. 46a.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradenhaltern, Spritzen, Suspensoren sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.
Eigene Werkstatt,
Hieser. J. Orté u. Hülfen-Krankenanstalten
Berlin C.,
30. Finien-Straße 30.
NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Gelenken, angenehm und weich am Körper. 44622*

Das älteste
Rester-Geschäft
des S.-O. von 44452*
Wilh. Mühlbach
empfiehlt Rester von Plüsch, Krimmer, Göttinger in Damen- und Kinder-Jackets zu den billigsten Preisen.
Größte Auswahl in fertiger Konfektion.
10 Oppelnerstr. 10

Thurm-Str. 76.

Lachmann & Scholz

Otto-Str. 1.

Warenhaus.

Extra-Preise für sämtliche Winter-Artikel

Putz und Blumen

Filzputz, langh., m. Sammet u. Lederbl. 1,95
Herrenhutform, f. langh. Filz, garniert 1,95
Toque a. gest. Tuchkopf m. gest. Krempe 2,95
Frauenhut, aufgerauter Filz . . . 98
Damen-Mützen in all. Form. 2,85, 1,95, 1,35
Ballgarnituren . . . 1,65, 95, 48
Entzückende Neuheiten in Hut-Blumen.

Damen-Wäsche

Damen-Hemden
Pris.- u. Achsel-Form 1,65, 0,98.
Damen-Hemden
mit gest. Passe 1,85, 1,35.
Damen-Beinkleider
Körper, Barch., mit Spitze 1,35, 0,98
Piqué-Röcke
mit Volant 2,45, 1,65.



Nachtjacke
Körper-Barchent m. Spitze
1,95, 1,35.

Stickerien in enormer Auswahl.
Velour-Beinkleider mit Spitze . . . 85
Velour-Beinkleid., gest. m. Lang 1,65, 1,35
Velour-Röcke m. Vol. u. Languetta 1,95, 1,35
Velour-Rock, kar. m. Vol., sehr stark 2,45, 1,65

Trikotagen

Herren-Normal-Hemden . . . 1,65, 1,35, 85
Herren-Normal-Beinkleider 1,45, 1,15, 85
Herren-Strickwesten . . . 3,65, 2,85, 1,95
Herren-Sweater, gestrickt 2,65, 1,85
Knaben-Sweater . . . 1,95, 1,65, 95
Futter-Tailen für Damen . . . 90
Velour-Echarpes mit Mohair-Streifen 1,35

Herren- u. Dam.-Barchent-Hemden
1,55, 1,35, 95
Vleog-Trikots,
rosa gestrickt,
Gr. 1 3 5 7 9
Fr. 8, 10, 12, 14, 16
Norm.-Trikots,
extra stark,
Gr. 1 3 5 7 9
Fr. 8, 10, 12, 14, 16
Flansch-Jäckchen
98, 85, 68
Zuav.-Jacken
1,65, 98
Zuaven-Jacken, Handarbeit . . . 2,95

Golf-Blusen, elegant und neu
8,95, 6,45, 4,95

Herren-Artikel

1/2 Dtz. Herrenkragen, Garn 4fach . . . 95
Herren-Cravatt, Regatt, Schleif, Plastr. 38
Herren-Hüte, schwarz, weich und steif mit Futter . . . 2,95, 1,95
Herren-Hüte, weich, mod. Farben 2,95, 2,45
Herren-Westen, sehr apart 2,35, 2,45, 1,95
Automobil-Mützen in Ledertuch . . . 1,35
Knaben-Prinz-Heinr.-Mützen 95, 65, 48
Jockey-Mützen . . . 85, 58, 38

Strümpfe

Damenstrümpfe, Echtschwarz,
Wolle plattiert, gestrickt . . . 60, 45
Damenstrümpfe, Engl. lang. Reine
Wolle, gewebt . . . 1,15, 85
Herren-Socken, stark gestrickt,
70, 38, 19
Herren-Socken, Reine Wolle, gestrickt . . . 95, 75
Kinder-Strümpfe:
Echtschwarz, stark gestrickt:
f. K. v. 1-3 4-6 7-9 10-12 13-14 Jahr
Paar 28, 45, 59, 76, 93 Pf.
geringelt, gar. waschecht
f. K. v. 1-3 4-6 7-9 10-12 13-14 Jahr
Paar 48, 64, 81, 98 Pf., 1,15 Mk.
Erstlingsstrümpfe, Zeph., 35, 25, 18

Schuhwaren

Damen-Leder-Hauschuhe mit
Absatzflock, warm gefüttert 2,45
Damen-Filzschuhe mit Filz und
Ledersohle . . . 1,65
Damen-Schnallenstiefel m. Fries-
futter . . . 2,95
Damen-Pommern-Pantoffel
1,15, 98, 68
Kinder-Ohrschuhe mit Leder-
sohle . . . 98, 68, 58
Kinder-Schnallenstiefel 1,85, 1,35
Pa. Damen-Boxcalstiefel, Sohnur
und Knopf . . . 8,65
Pa. Herren-Boxcalstiefel, Zug
und Agraffe . . . 9,85

Handschuhe.

Damen-Handschuhe, Perigarn . . . 24
Damen-Handschuhe, Trikot mit 2 Druckkn. . . 38
Marke „Bennthier“ mit Schwedisch . . . 68
Ringwood-Handschuhe, gestrickt . . . 48, 32
Herren-Trikot mit
Druckknöpfen 68, 48
**Herren-Krimmer-
Handschuhe** m. Leder
1,35, 95



Frack-Corset
4,95, 2,95, 1,65.

**Damen-
Glacé-Handschuhe,**
coul., weiss, 1,90, 1,35

Corsets

Pariser Gürtel
1,45, 85
Drei-Empire-Corset
mit Spitze . . . 1,65, 98
Half-Fracc-Form
m. langen Hüft. 2,85
Decolleté-Corset
für Bälle . . . 2,95

Schürzen

Wirtschaftsschürz. o.
Latz, besetzt . . . 48
Dam.-Ref.-Schürzen
mit Volant . . . 1,65
Dam.-Träg.-Schürzen
hübsch garniert . . . 98
Wirtschaftsschürzen
mit Latz, sehr breit 85
Tändelschürzen
2 Posten . . . 58, 28

Pelzwaren. Letzte Neuheiten in Muffen, Colliers, Stolas in allen Pelzarten, zu sehr billigen Preisen.

REGENSCHIRME
Damen- u. Herren-Schirm la Seta 1,65 | Damen- u. Herren-Schirm la Sat. de chine 3,65
Damen-Schirm m. Nickelstiel . . . 1,85 | Damen- u. Herren-Schirm Reise Seta . . . 5,95

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag **Doppelte Rabatt-Marken.** Nur wenige Artikel sind von dieser Vergünstigung ausgeschlossen.

Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1933.

Nr. 249. Dienstag, den 24. Oktober 1905.

Inserate Sechsgespaltene Kolonelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Mittwoch, den 25. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Schulz, Kaiser Friedrichstr. 24: Öffentliche Versammlung mit dem Thema: „Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen“. Referenten: Reichstagsabgeordneter Dr. Südekum und die Kandidaten. Diskussion. Verschiedenes.

Wilmerdorf. Am Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, findet in Salomons Volksgarten eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins statt, in der die Diskussion über den Parteitag in Jena fortgesetzt wird. Ferner werden die Delegierten zur Generalversammlung des Kreises gewählt. Außerdem stehen wichtige Vereinsangelegenheiten auf der Tagesordnung. Erscheinen ist dringend geboten. Die Versammlungen werden in den Wintermonaten pünktlich 8 1/2 Uhr eröffnet.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Zu den Stadtverordnetenwahlen erlassen die liberalen Vereine, einige freisinnige Bezirksvereine und der Freisinnige Arbeiterverein einen Aufruf, aus dem deutlich die Angst spricht, daß in der dritten Wählerklasse auch die letzten Mandate dem Kommunal-liberalismus entzogen werden könnten. „Die bevorstehenden Wahlen in der dritten Wählerklasse“, heißt es einleitend, „sind in diesem Jahre von besonderer Wichtigkeit, weil sie entscheiden werden, ob die bürgerlichen Parteien ferner in dieser Abteilung vertreten sein wollen.“ Nachdem sodann nach bekanntem Rezept der „Nachweis“ erbracht ist, daß auf die geringe Wahlbeteiligung die bisherigen Erfolge der Sozialdemokratie zurückzuführen sind, und daß die Wähler, die sich bei früheren Wahlen der Stimmabgabe enthalten haben, den bürgerlichen Parteien angehören, fährt der Aufruf fort: „Unsere wichtigste Aufgabe muß es daher sein, unsere Mitbürger aus ihrer Gleichgültigkeit aufzurütteln. Die Sozialdemokratie, als reiner Klassenvertreter, liegt das Gedeihen der Kommune erst in zweiter Reihe am Herzen; ihr vornehmlichster Zweck ist die Propagierung ihrer Parteinteressen, Anregung zur Unzufriedenheit und Verschärfung der Klassengegnung. Sie stellt ohne Rücksichtnahme auf die Finanzlage der Stadt maßlose Forderungen, deren Bewilligung die Steuern bis ins Unerträgliche steigern würde. Da die Mehrzahl der sozialdemokratischen Wähler keine Steuern zahlt, so ist ihren Vertretern die Höhe des Steuerfußes, den der fleißige Bürger aufzubringen hat, vollkommen gleichgültig. Dieser Umstand allein schon sollte diejenigen Mitbürger, die bisher der Wahl fern geblieben sind, in eigenem Interesse dazu bringen, ihr Wahlrecht als Wahlpflicht anzusehen und auszuüben. Wir sind uns der sozialen Pflichten, welche der Gemeinde obliegen, in vollem Maße bewußt und wir freuen uns konstatieren zu können, daß die bisherige liberale Vertretung in der Stadtverordneten-Versammlung in der Erfüllung dieser Pflichten hervorragendes geleistet hat. Wir sind überzeugt, daß die liberale Fraktion auch weiterhin in der Betätigung und in dem Ausbau sozialer Forderungen eine ihrer vornehmsten Aufgaben erfüllen wird. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß unsere Mitbürger bei den diesjährigen Wahlen zahlreicher am Wahl-tische erscheinen werden, um der weiteren Ausbreitung sozialdemokratischer Vertretung einen Niegel vorzuschieben.“

Der Aufruf ist so schön, daß ihn der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie verfaßt haben könnte, nebenbei aber auch grenzenlos dumm und verlogen. Daß die Mehrzahl der sozialdemokratischen Wähler keine Steuern zahlt, ist eine Entdeckung, auf die der Charlottenburger Kommunal-freisinn stolz sein kann. Im übrigen ist es psychologisch höchst interessant zu sehen, wie die Liberalen in echt demagogischer Art an die niedrigsten Instanzen ihrer Klassengegnern appellieren und sie mit dem Hinweis auf die bei einem sozialdemokratischen Siege zu erwartenden Steuererhöhungen an die Wähler zu schleppen suchen. Wenn die Liberalen weiter sich rühmen, daß sie sich der sozialen Pflichten, welche der Gemeinde obliegen, voll bewußt sind und daß die bisherige liberale Vertretung in der Stadtverordneten-Versammlung in der Erfüllung dieser Pflichten hervorragendes geleistet hat, so scheinen die Herren ganz ihre Schulden vergessen zu haben. Ihre sozialen Aufgaben haben die Liberalen in der Weise erfüllt, daß sie — um nur wenige Beispiele anzuführen — für eine Erhöhung der Verpflegungssätze im städtischen Krankenhaus gesorgt, die sozialdemokratischen Anträge auf Gewährung freier Perennien an Volksschulen zu Falle gebracht, die Charlottenburger Volksschule der Kirche ausgeliefert, sich gegen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für die Kommunalwahlen erkärt, nichts zur Beseitigung der Wohnungsnot getan, die sozialdemokratischen Anträge auf Besserstellung der städtischen Arbeiter in den entscheidenden Punkten abgelehnt haben. Seitdem die Freisinnigen die ausschlaggebende Partei im Stadtparlament geworden sind, geht es mit der sozialen Fürsorge der Stadt rapide bergab. Wer also wünscht, daß die Charlottenburger Gemeindevorwaltung ihre sozialen Aufgaben erfüllt, der hat die Pflicht, der Ausbreitung des Kommunal-freisinn einen Niegel vorzuschieben und dafür zu sorgen, daß die wenigen Mandate, die diese Partei in der dritten Wählerklasse noch inne hat, der Sozialdemokratie zufallen.

Ein Skandalprozeß sieht wieder einmal bevor. Wie die Charlottenburger „Neue Zeit“ meldet, ist in der Anklagesache gegen den früheren Stadtverordneten Ellenburg und Genossen wegen Verleumdung des früheren Stadtverordneten-Vorsichters Ströbler jetzt — nach nahezu zwei Jahren — Termin zur Hauptverhandlung auf den 10. November vor der 2. Strafkammer des Berliner Landgerichts II anberaumt worden. Bekanntlich war ursprünglich die Klage von der Staatsanwaltschaft zurückgewiesen worden; im Beschwerdewege ist es schließlich Herrn Ströbler gelungen, die Erhebung der Klage nach so geraumer Zeit durchzusetzen. Es handelt sich bei dem Prozeß um verschiedene Reden, die Herr Ellenburg im November und Dezember 1903 im Stadtverordneten-Kollegium über die Art, wie Stadtratswahlen in Charlottenburg zustande kommen, gehalten hat, und durch die sich neben Herrn Ströbler auch der Stadtrat Beringer beleidigt fühlt. Ein anderer beleidigter Stadtrat hat die Frist zur Stellung des Strafantrages verstreichen lassen. Angeklagt sind auch die verantwortlichen Redakteure verschiedener Zeitungen. Als Zeugen sind eine größere Anzahl von Mitgliedern der städtischen Behörden von Charlottenburg geladen. Im Grunde genommen handelt es sich bekanntlich weniger um die Personen der Herren Ströbler und Ellenburg, als um den Austrag von Differenzen, die Jahre hindurch im Charlottenburger

Stadtparlament zwischen den Unpolitischen und den Liberalen bestanden haben. Die Ironie der Weltgeschichte will es, daß beide feindlichen Parteien zu derselben Zeit vor den Radt zitiert werden, wo sie ein Säug- und Trugbündnis zur Bekämpfung der Sozialdemokratie geschlossen haben. Öffentlich wird das Gericht einseitig genug sein und aus diesem Grunde auf mildernde Umstände erkennen.

Schöneberg.

In der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung gelangten nur unbedeutende Vorlagen zur Erledigung.

Die bekannt gewordene Affäre des Feuerwehrmannes Soll, die durch das Vorgehen des Brandmeisters Meyer viel von sich reden gemacht, hat die nachstehende Anfrage an den Magistrat gezeitigt:

„Nach einer Mitteilung des „Schöneb. Tagebl.“ soll der städtische Brandmeister Meyer zu einem Feuerwehrmann u. a. gesagt haben, daß er als Offizier berechtigt sei, jeden Untergebenen, der ihm nicht gebührende Achtung bezeigt, niederzustoßen.“

An der Richtigkeit dieser Tatsache, deren Vorgang sich unter Zeugen abgespielt hat, dürfte jedenfalls nicht zu zweifeln sein, ob aber die Fragesteller von der Antwort, die ihnen der Magistrat in einigen Wochen zu teil werden läßt, befriedigt sein werden, wagen wir nicht zu behaupten.

Die Versammlung erledigte sodann die anderen zehn Punkte in kaum einstündiger Sitzung. Neben einigen unvermeidlichen Nachbewilligungen, u. a. 205 M. zur Bestreitung der Kosten für die in den Sommerferien abgehaltenen Festsche, und 1950 M. zur Erweiterung der Anzucht- und Lieberwintereinrichtungen der Stadtgärtnerei, wurde der Beitritt der Stadtgemeinde zum Deutschen Städtebund erklärt und der Einführung des orthopädischen Turnunterrichts an den Volksschulen zugestimmt.

Der hiesige Gewerbe- und Kunstverein hatte um unentgeltliche Ueberlassung von Schulräumen und eine jährliche Beihilfe von nur 1000 M. ersucht. Dies gab dem Genossen Käter Veranlassung, wiederholt darauf hinzuweisen, daß es zu den Pflichten des Staates gehöre, derartige Zweige einzurichten und zu unterhalten. Die Fürsorge der Kommunen müsse sich auf solche Gebiete erstrecken, deren Nutzen der Allgemeinheit und nicht einer kleinen Minderheit zugute käme. Die Unzulänglichkeit derartiger von Kommunen unterstützter Institute zeige sich meistens daran, daß dieselben stets mit Defizit arbeiten. — Die Stadtvv. Göttheiner und Lincius konnten zum Schluß gegen unsere Stimmen unter Ablehnung der Petition doch noch durchdrücken, daß der Magistrat ersucht werden soll, in dieser Richtung eine geeignete Vorlage zu machen.

Bei der Wahl von Beisitzern und Stellvertretern in die Wahlvorstände für die diesjährigen Stadtverordnetenwahlen muß es auffällig erscheinen, entgegen den Gespöchheiten in Berlin, Charlottenburg, Rixdorf und anderen größeren Orten, daß hier bei der Befragung so wenig auf die Vertreter der Arbeiterschaft Rücksicht genommen wird. In den Kreisen des Magistrats, durch welchen die Vorschlagsliste der hierzu bestimmten Personen erfolgt, scheint man nur die „wohlgesinnten“ zu kennen, die imstande sind, die genannten Geschäfte zu leiten.

Potsdam.

Die Wahlen zum Gewerbegericht in Potsdam beginnen heute Dienstag, den 24. Oktober, für die Arbeitnehmer. Die Wahl findet von 11—1 Uhr vormittags und von 8—8 Uhr nachmittags statt. Das Wahllokal befindet sich im Rathaus. Bei der Stimmzettelabgabe ist darauf zu achten, daß nur derjenige des Gewerkschaftsartikels abgegeben wird. Der richtige Stimmzettel beginnt mit Arbeiter Hugo Krakau und schließt mit Maurer Wilhelm Berner. — Möge jeder Wähler seine Pflicht tun, damit das Gewerbegericht auch in Zukunft seine wichtige Aufgabe im Sinne einer unparteiischen und vollständigen Rechtsprechung erfüllen kann.

Die Arbeitgeber wählen morgen Mittwoch, den 25. Oktober, von 11—1 Uhr vormittags.

Ein Rucherversuch an der Kaserne in Potsdam unternahm ein Rekrut vom 1. Garde-Regiment. Von großem Gelunne ergriffen kletterte er über die Mauer beim Lustgarten und lief dann in der Dunkelheit nach dem Bahndamm der Eisenbahn. Er glaubte aber die Havelbrücke hinweg bis zum Bahnhof zu gelangen, wurde aber bei seiner gefährlichen Wanderung von Eisenbahnangestellten entdeckt und nach dem Bahnhof transportiert, von wo ihn eine Militärpatrouille abholte.

Lankwitz.

Ein großes Schandfeuer wütete in der Nacht zum Montag in der Scheune des Grundbesizers Babendererde, Hauptstr. 18a. In wenigen Minuten hand der Scheunenraum in Flammen, die großen Vorräte an Heu und Getreide boten dem Feuer reichliche Nahrung. Ehe noch die freiwillige Wehr von Lankwitz und die Wehren der Nachbarorte heranzüchten, sprang das Feuer auf die Viehhalle über. Zum Unglück befand sich die ganze Familie B. auf einer Weihnachtsfeier, und niemand wußte, wo die Schlüssel zu den Ställen lagen. So waren die Schweinehälle dem Feuer preisgegeben und etwa 20 Schweine kamen in den Flammen um. Das Schreien der Tiere klang schauerlich durch die Nacht. Die Pferde retete dagegen mit eigener Lebensgefahr der Lankwitzer Privatier Schwinsert, der die Stalltür einschlug und mit einem Knebel im Munde die Tiere von der Koppel löste. Die gesamten Getreidevorräte im Werte von mehreren tausend Mark wurden ein Raub der Flammen, auch der Taubenschlag mit etwa 50 Tauben und eine große Anzahl Gänse verbrannten.

Teltow.

Verhaftet und durch Messerstiche über zugerichtet wurde ein ausländischer Arbeiter von zwei seiner Landsleute. In der Kantine hatten sie bemerkt, daß ihr Kamerad eine nicht unbeträchtliche Summe Geldes bei sich trug. Als er es ablehnte, ihnen etwas zu leihen, überfielen sie ihn. Die Täter sind entkommen.

Berliner Nachrichten.

Untergrundbahn Potsdamerplatz—Spittelmarkt—Alexanderplatz—Schönhauser Allee.

Die städtische Verkehrsdeputation beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit dem Bericht der Unterkommission über obiges Projekt. An Stelle der bisherigen auf der Durchlegung einer neuen Straße von dem Hausvogteiplay nach

dem Spittelmarkt bajierten Bahntrasse ist der neue Vorschlag der Gesellschaft Potsdamerplatz—Vossstraße—Wilhelmplatz—Taubenstraße—Hausvogteiplay—Niederwallstraße—Spittelmarkt von der Verkehrsdeputation angenommen worden. Der Durchbruch der Straße wurde wegen der hohen Kosten gegen fünf Stimmen abgelehnt.

Bei der Veräherung der von der Stadt geplanten Nord-Süd-Untergrundbahn entstehen dadurch technische Schwierigkeiten und erhebliche Mehrkosten, daß eine der anzulegenden Bahnen unter die andere geführt werden muß. Die Gesellschaft hat die Forderung der städtischen Techniker, ihre Trasse unter die städtischen Gleise zu legen, abgelehnt, und die Verkehrsdeputation beschloß, trotz lebhafter Befürwortung der städtischen Forderung, das Verlangen der Gesellschaft zu erfüllen. In andern Forderungen der Gesellschaft wurden unterstützt: Abgabefreiheit der neuen Straße auf fünf Jahre, Uebernahme der Kosten für Verbreiterung der Wallstraße, Vergabe eines im Besitz der Stadt befindlichen Terrains gegen einen bedeutend unter der Schätzung des städtischen Grundeigentums zurückbleibenden Preis sowie der Verzicht auf Beteiligung am Reingewinn des Unternehmens, solange die Aktionäre nicht sechs Prozent Dividende erhalten.

Außerdem beschloß die Deputation, die Forderung der Gesellschaft, die neue Linie in ihrer ganzen Ausdehnung für die Dauer des bestehenden Vertrages (Hochbahn Warschauerbrücke—Nollendorflay) bis zum Jahre 1987 zu konfessionieren den städtischen Behörden zur Genehmigung zu empfehlen.

Ueber diese Forderung entstand eine sehr lebhaft Diskussion, in der von sozialdemokratischer Seite auf die Ungeheuerlichkeit hingewiesen wurde, einer privatkapitalistischen Gesellschaft auf neue einen großen Teil der Straßen und Plätze Berlins zur Ausbeutung auszuliefern.

Es könne, so wurde ausgeführt, keine Rede davon sein, diese weiten Strecken über den Alexanderplatz hinaus nur als eine Fortsetzung des alten Unternehmens anzusehen, sondern es handelt sich um ein besonderes Unternehmen, für das, wenn es überhaupt zur Ausführung gelangt, nur die Stadt in Frage kommen kann. Es wurde vorgeschlagen, die Bahn zunächst am Alexanderplatz endigen zu lassen, dann städtischerseits weiter zu bauen und durch einen Anschlußvertrag beiden Unternehmern die wirtschaftliche Ausnutzung ihrer Strecke zu ermöglichen und dadurch das Publikum in ununterbrochener Fahrt aus dem Westen in den Norden und umgekehrt zu fahren. Bei der Zurastimmung der Deputationsmehrheit, das Projekt fertig zu machen, vermochten die angeführten Gründe nicht durchzubringen, und so wurde der Beschluß gefaßt, auch diese Forderung zu bewilligen. Als Trost diente der Mehrheit der Umstand, daß man im Jahre 1927 die Bahn mit Aufschlag von 20 Proz. und im Jahre 1942 zu den Buchkosten übernehmen könne.

Der Beschluß wurde gegen 3 Stimmen (2 sozialdemokratische) gefaßt; bemerkenswert ist, daß der Oberbürgermeister gegen die Konfessionierung Alexanderplatz—Schönhauser Allee stimmte.

Kunmehr wird der Vertrag im einzelnen ausgearbeitet werden, wobei die technische Ausführbarkeit und die Notwendigkeit der Verlegung von Gas-, Wasser-, Kanalisationsröhren sowie elektrischer Kabel und andere Schwierigkeiten zu prüfen sein werden.

Ueber das 60 Millionenprojekt der „Großen Berliner“ wurde berichtet und mitgeteilt, daß jetzt „jogennante“ Pläne eingereicht sind, die aber jeder Prüfungs-möglichkeit entbehren, da nicht einmal Längen- und Querprofile beigelegt sind, während man im Erdüberungsbericht sich über diese und andere Schwierigkeiten mit „der Hoffnung, dieselben zu überwinden“ begnügt.

Die Einsicht in die Zeichnungen und Pläne der städtischen Kanalisation wird der „Großen“ gewährt.

Die beispiellos kalte Witterung des diesjährigen Oktober, in dem bisher noch kein Tag die ihm zukommende Temperatur erreicht hat, fängt nachgerade an, überall Beachtung zu finden. In den ersten 20 Tagen des Monats lag das Thermometer, wie die „Voss. Zig.“ schreibt, durchschnittlich um 3,7 Grad unter der normalen, in den letzten Tagen sogar um 6 bis 6 Grad. Wenn das Wetter noch bis Monatschluß so anhält, wird der diesjährige Oktober der kälteste sein, den wir seit Menschengedenken gehabt haben. Absonderlich kalt war der Oktober in Berlin im Jahre 1717 mit 5,4 Grad Mitteltemperatur, 1805 mit 4,1 Grad und 1740 mit 4,3 Grad. In neuerer Zeit hatten einen kalten Oktober die Jahre 1871 und 1875 mit 6,9 und 1881 mit 6,5 Grad. Die Normaltemperatur für den Oktober ist in Berlin 9,5 Grad. Der erste Frost, den wir in diesem Jahre innerhalb der Stadt am 20. Oktober hatten, kam um 10 Tage zu früh, da im Durchschnitt der 18 Jahre, an denen sich die meteorologische Station im SW. an derselben Stelle (Teltowstrasse) befindet, der erste Frost am 30. Oktober einsetzt. Am frühesten froz es im Jahre 1902 am 8. Oktober, am spätesten im Jahre 1804 am 26. November.

Betriebsführung im Elektrizitätswerk Oberspreewitz. Montag um 9 Uhr vormittags fand in dem Elektrizitätswerk Oberspreewitz ein noch nicht aufklärter Ursache die gleichzeitige Beschädigung von vier großen Dampfmaschinen mit einer Leistung von über 10 000 Kilowatt statt. Die Betriebsleitung meldet darüber: Die lebhafteste Ansichtnahme wird einerseits und die infolge des Ausfalles eingetretene Verzögerung in der Fertigstellung der neuen Turbinenmaschinen haben mit dazu beigetragen, daß die Reserven zur Deckung des Ausfalles nicht mehr ausreichen. So waren die Berliner Elektrizitätswerke zur Unterbrechung der Stromlieferung in den Vororten, insbesondere auch im Kesselwerk Oberspreewitz, sowie bei Verbrauchern im östlichen Teil der Stadt bedauerlicherweise gezwungen. An der Wiederherstellung der Betriebsmittel wird mit allen Kräften gearbeitet, und man hofft, die Stromerzeugung morgen in vollem Umfang wieder aufnehmen zu können.

Nach einer uns aus Oberspreewitz zugegangenen Mitteilung ist dort auch die Amerikanische Werkzeugmaschinenfabrik durch den 8 Uhr 40 Minuten erfolgten Kurzschluß brachgelegt worden. Drei

Dynamomaschinen waren infolge von Unvorsichtigkeit zum Kurzschluss gebracht worden. Den Arbeitern der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft und der Rüstwerke wurde von den Meistern der Besatzung, daß vielleicht Dienstag nachmittags der Betrieb wieder in Ordnung sei.

Dem Berliner „Lokal-Anzeiger“ wird dazu noch berichtet: Die Betriebsleitung in Ober-Schöneweide hat festgestellt, daß die vier größten Kraftmaschinen der Anlagen infolge eines sogenannten Erdschlusses, der von ähnlichen Wirkungen wie der Kurzschluss begleitet ist, den Dienst versagten. Der Betrieb in der Zentrale in Ober-Schöneweide ist damit in der empfindlichsten Weise gestört worden. Verschiedene Anker der intakten gebliebenen Maschinen, die wegen der großen Störung die Kraftleistungen für die unartigen Maschinen liefern mußten, sind infolge der erhöhten Anforderungen an ihre Arbeitsleistung durchgebrannt, und es mußten daher auch die hiervon betroffenen Maschinen wieder ausgeschaltet werden. Für die Arbeiter und Beamten kamen durch die unerwarteten Zwischenfälle Stunden höchster Aufregung und intensiver Arbeitsleistung.

Im Straßenbahnbetriebe war die Störung sehr empfindlich. Im Osten und Südosten, sowie in Rixdorf standen um 9 Uhr plötzlich alle Straßenbahnwagen still und nach längerer Zeit erst konnte von einem geordneten Betriebe die Rede sein. In der Stadt hatte das Ereignis u. a. das Gerücht wachgerufen, daß unter den Straßenbahnern plötzlich eine Ausstandsbewegung ausgebrochen sei.

Umfangreiche Betriebsstörungen im Straßenbahnverkehr werden auch vom gestrigen Nachmittag gemeldet. Wegen zu großer Belastung der Speisepunkte 50, 7a, 7, 8, 4 und 3 der Unterstation Mariannentempel mußten diese herausgenommen und durch Hinzufügen anderer Speisepunkte ersetzt werden. Infolgedessen waren die Gneisenau-, Wladivostok- und Varvaldstraße von 2 Uhr 50 Min. bis 3 Uhr nachmittags, die Weich, Kommandantenstraße sowie der Moritzplatz und ein Teil der Oranien-, Dresdener- und Preußenstraße von 2 Uhr 37 Min. bis 3 Uhr, in Treptow die Treptower Chaussee bis zur Schleifischen Brücke von 2 Uhr 10 Min. bis 2 Uhr 45 Min., in Rixdorf die Berlinerstraße von 2 Uhr 10 Min. bis 2 Uhr 40 Min. dauernd und von 2 Uhr 40 Min. bis 3 Uhr zeitweise, die Richard-, Berg- und Hertzdorferstraße sowie in Weich die Chaussee ebenfalls von 2 Uhr 40 Min. bis 3 Uhr 10 Min. nachmittags stromlos.

Bei seiner Ankunft auf dem Stettiner Bahnhof verhaftet wurde der 34jährige Buchhalter Steinig, welcher in einer Dienstadt in Velsen in Stellung war. Steinig, der die Stelle erst seit etwa 14 Tagen inne hatte, erkrankte sich bereits des Vertrauens seines Chefs, der ihm die Erledigung von Zahlungen usw. übertrug. Vorgesetzten kam Steinig zu einem in Velsen wohnenden Geschäftsfreunde seines Chefs, um angeblich im Auftrage des letzteren einen Betrag in Höhe von 3000 M. zur Erledigung einer wichtigen Zahlung zu leihen. Der junge Mann gab an, daß er vergessen hätte, Geld von der Bank zu holen. Der Kaufmann forderte den Buchhalter auf, wiederzukommen, telephonierte jedoch bei dem Geschäftsfreunde an und erfuhr nun, daß die ganze Erzählung auf Schwindel beruhe. Steinig, der von seinem Chef zur Besichtigung einer Rechnung 300 M. erhalten hatte, zog es jedoch vor, nicht wieder zu dem Kaufmann hinzugehen, sondern sofort nach Berlin abzufahren. Sein Chef telegraphierte inzwischen an die hiesige Polizeibehörde, die den Buchhalter bei seiner Ankunft auf dem Stettiner Bahnhof festnehmen ließ. Der mit der Verhaftung des jungen Mannes betraute Beamte konnte seine Pflicht um so leichter erfüllen, als ihm Steinig, der bereits öfter wegen Untreue verurteilt ist, nicht ganz unbekannt war.

Lebervermutung. Vom 1. November d. J. ab sollen offiziell die Geldbriefträger des gesamten Ober-Postdirektions-Bereichs Berlin daraufhin kontrolliert werden, ob sie während ihrer Vorgesänge Gastwirtschaften aufsuchen, in denen sie dienstlich nichts zu tun haben. Der Besuch der Gastwirtschaften behufs Restauration während des Dienstes ist vom genannten Tage ab verboten. Hier aus den Oberpostdirektoren ausgesuchte Kontrolleure in Zivil, die in der Person häufiger wechseln, um nicht schnell bekannt zu werden, sollen während der Dienststunden ständig unterwegs sein, um die Befolgung der Vorschrift zu überwachen und Zuwiderhandlungen zur Anzeige zu bringen. Wie es heißt, sind die Kontrolleure schon jetzt an der Arbeit. Die Postkassierer werden in ähnlicher Weise in der Zivil schon seit über Jahresfrist kontrolliert. In den Kreisen der Postkassierer erregt diese Kontrolle natürlich sehr gemischte Gefühle; man muß sich fragen, ob denn Nichtstände unter betriebl. Beamten zulage getreten sind, die eine derartige Kontrolle rechtfertigen.

Die „göttliche“ Weltordnung. Um wieder ins Zuchthaus zu kommen, stahl der Kellner Friedrich Werner im Hotel Schloss Teppiche. Er wurde bei seinem Beginnen gefangen, gab sich keine besondere Mühe zu entkommen und wurde festgenommen. Beim Verhör durch die Kriminalpolizei war er geständig und erklärte, er wolle wieder ins Zuchthaus, das er erst am letzten Dienstag verlassen hatte. Er könne aber keine Arbeit bekommen und der Winter mit seinem schlechten Wetter sei für ihn sehr unangenehm. Welches Götterrecht hat eine Weltordnung, in der Erscheinungen dieser Art etwas Alltägliches sind? Das Recht der Gewalt.

In einem Hotel erschossen hat sich ein Bankbeamter Volbo Jacobi, der vorgestern hier angekommen war. Als er sich heute nicht sehen ließ, öffnete man sein Zimmer und fand ihn erstickt daliegen. Nach einigen Papieren, die man bei ihm fand, scheint Jacobi krank gewesen und aus Breslau gekommen zu sein. Er hat sich auch wiederholt in Monte Carlo und Mentone aufgehalten.

Vom Dampfer gesprungen. Auf der Fahrt zwischen Havelberg und Tegel verübte Montagabend 7 1/2 Uhr der Passagier eines Dampfers Selbstmord. Rittend auf dem Wasser sprang plötzlich jemand über Bord und verschwand in den Wellen. Es war in der Dunkelheit nicht möglich, den Selbstmörder zu retten. Wie uns nachträglich mitgeteilt wurde, handelt es sich um einen in Tegelort wohnenden Herrn namens Schwarz. Der Vorfall rief unter den Passagieren natürlich große Aufregung hervor.

Eine Einbrecherbande mit ihren Helfern wurde von der Kriminalpolizei festgenommen. Die Bande versuchte in der Grünstraße einen Einbruch in ein Goldwarengeschäft. Als es ihnen mißlang, brachen sie in demselben Hause in einer Schließerei ein und stahlen für 500 M. Säeren, Nähermesser und Haarschneidemaschinen. Ein Allhändler in der Alexanderstraße, dem sie die Beute anboten, nahm sie den Einbrechern nicht ab, machte vielmehr die Kriminalpolizei auf den verdächtigen Handel aufmerksam. Die Beschreibung, die er von einem der Stunden gab, paßte auf einen Kellner Karl Behls, der in den Verbrechertreihen den Beinamen „Wurfsack“ führt und wegen Diebstahls schon mit Zuchthaus bestraft ist. Die Beobachtungen des „Wurfsack“ ergaben, daß er mit einem „Arbeiter“ Reinhold Eberlein und einem Kellner Otto Ray zusammen arbeitete und daß die Bande mit dem 38-jährigen Lumpenhändler Richard Nieß in der Lindenstraße 33 in Verbindung stand. Nieß ist ebenso wie Eberlein und Ray schon mehrfach verurteilt.

Die Verteilung der Belohnung von 1000 M., die auf die Ermittlung des Mörders der Lucie Berlin ausgesetzt war, ist jetzt nach dem Vorschlage des Polizeipräsidenten vom Minister des Innern genehmigt worden. Polizeibeamte nehmen daran nicht teil. Nur Privatleute erhalten das Geld, ein jeder nach dem Verhältnis, in dem er zur Aufklärung der Missetat und zur Ermittlung und Ueberführung des Täters beigetragen hat, u. a. die Schiffer, die den zur Wegschaffung der zerstückelten Leiche benutzten Korb herbeigeführt haben, Leute aus dem Hause, die wesentliche Bekundungen machten, und die frühere Geliebte des verurteilten Verger, dessen Schuld bekanntlich sehr bezweifelt wird.

Radrennen des Steglitz. Der „Große Preis von Berlin“, der am letzten Sonntag des Argentweters wegen nicht stattfinden konnte, fand vorgestern seine Erledigung und somit hat auch die Berliner

Rennsaison ihr Ende. — Th. Robl, der Sieger so vieler Rennen, konnte seinem Ruhmeskranz ein neues Blatt einfügen und fuhr ein einwandfreies Rennen, indem er seine Gegner weit zurückließ. Unser Berliner Demke, der durch ein tragisches Mißgeschick seinen treuen Führer Paul Dunkel durch den Tod verloren, war somit um alle Gewinnchancen gekommen und gab nach 50 Kilometer das Rennen auf. — Der Start sah Didentmann an der Spitze, gefolgt von Huber und Guignard, während Robl und Demke an letzter Stelle lagen. Aber bald war Guignard vorne und hatte ziemlich 1/2 Runde Vorsprung. Nun aber machte sich Robl an die Verfolgung seiner Gegner und unter brausem Jubelruf der vielen Tausende ging er nach einander an Huber und Guignard vorbei und sicherte sich die Spitze, die er bis zum Schluß des Rennens behielt und stetig seinen Vorsprung vergrößerte. Didentmann wechselte bald die Führung, welches Manöver er noch des öfteren wiederholte. — Huber verlor leider durch das Versagen seines Motors zu Anfang viel Terrain, holte aber gegen Schluß des Rennens mächtig auf, so daß er noch auf den zweiten Platz kam. Guignard wehrte sich bis 80 Kilometer tapfer, aber dann war es mit seiner Kraft vorbei und er verlor durch den Andrang Hubers nicht mehr Kraft zuhalten. — Spannende Momente gab es noch durch ein mehrere Runden lang währendes Kampfen zwischen Robl und Didentmann. Dem gewaltigen Juge Robls fielen auch die Steglitzer Bahnradsportler zum Opfer. — Das Motorrennen hat ebenfalls interessante Kämpfe zwischen E. Müller und W. Wolf, die sich hartnäckig um den ersten Platz stritten, aber Wolf mußte sich schließlich als der Geschlagene beugen. Einige Fliegerrennen mit starker Felberbelegung vervollständigten das Programm. — Nachstehend die Ergebnisse:

Riederrad-Prämienfahren. 3000 Meter. Dem führenden Ersten und Zweiten steigende Prämien von 5 zu 5 M., Schlusssumme 40, 30 und 20 M. 1. Wegener 4 Min. 12 1/2 Sek.; 2. Scheuermann 1 Länge; 3. Conrad 1 1/2 Längen; Prämien erhielten: Conrad 5, Theile 2, Scheuermann 2, Neusing, Rudel und Krause je 1. 18 Fahrer.

Motor-Rennen. 10 Kilometer. 80, 60, 40, 30 und 20 M. 1. E. Müller 6 Min. 48 1/2 Sek.; 2. Wolf 780 Meter, 3. Meinholt 3100 Meter, 4. Wilsch 3400 Meter, 5. Cantieni 4200 Meter zurück.

Riederrad-Vorgabefahren. 3000 Meter. 100, 80, 60, 40, 30 und 20 M. 1. Scheuermann (0 Meter Vorgabe) 4 Min. 21 1/2 Sek.; 2. Conrad (30) 3 Längen; 3. Fuchs (70) 1 Länge; 4. Theile (20); 5. Wegener (30); 6. Sellmer (100). 20 Fahrer.

Großer Preis von Berlin. 100 Kilometer-Rennen mit Motorführung. 3000, 2000, 1500, 1200 und 900 M. 1. Th. Robl 1 Std. 10 Min. 36 Sek.; 2. A. Huber 7000 Meter zurück; 3. P. Guignard 10 400 Meter; 4. P. Didentmann 15 500 Meter. Demke nach 50 Kilometer aufgegeben. — Robl in 1 Stunde: 85 Kilometer 660 Meter.

Das Institut für Meerestunde hält auch in diesem Winter 23 öffentliche Vorträge ab, deren erster am 11. November stattfindet. Dr. Theobald Fischer, Professor an der Marburger Universität, spricht an diesem Tage sowie am 14. November über morphologische und physikalische Verhältnisse des Mittelmeers. Die sämtlichen Vorträge, deren letzter am 2. März 1906 erfolgt, werden im Gebäude des Instituts, Georgenstr. 34-36, gehalten. Karten zu den Einzelvorträgen sind Wochentags von 12-2 Uhr und an den Vortragsabenden von 2-7 1/2 Uhr zu haben. Eine Dauerkarte für sämtliche Vorträge kostet 5 M.

Orgelkonzert. Am Mittwoch, den 25. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, veranstaltet der königl. Musikdirektor Bernh. Jürgens in der St. Marienkirche das nächste Orgelkonzert unter Mitwirkung von Fräulein Marie Blum (Sopran), Fräulein Eva Reinhold (Alt) und Fräulein Nella Gunning (Violine). — Der Eintritt ist frei.

Professor Schwemmer hält seine Sprechstunde für innerlich Kranke in der königlichen Charité zu Berlin, Hauptgebäude, Hof parterre, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend von 8-10 Uhr vormittags ab. (Behandlung kostenlos.)

Arbeiter-Bildungsschule, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15. Mittwochabend beginnt der Unterricht in Geschichte bereits um 8 Uhr in Saal 1. An den Fortschrittskursen in Rede- und Vortragslehre (Donnerstag) und Nationalökonomie (Freitag) können noch einige Interessenten teilnehmen. Meldung Donnerstag resp. Freitagabend in der Bibliothek (über Saal 8). — Die freitags stattfindende Rednerschule findet in dieser Woche am Sonnabend im Saal 4 statt. Da in vergangener Woche die Einleitungs-vorträge begonnen haben, können in dieser Woche noch weitere Teilnehmer aufgenommen werden.

Gerichts-Zeitung.

Strafverurteilung an geistig Minderwertigen. Ein gemeingefährlicher Schwindler, vor dem vielfach in der Presse gewarnt worden war, wurde gestern in der Person des Hausdieners Hermann Falz der zweiten Strafkammer vorgeführt. Der vielfach wegen Betruges verurteilte Angeklagte mußte sich wiederum wegen versuchten und vollendeten Betruges in 51 Fällen verantworten. Im Sommer dieses Jahres wurde eine große Anzahl Zimmervermieterinnen in der nördlichen Friedrichstadt durch einen gut gekleideten Schwindler in folgender Weise zum Teil erheblich geschädigt. Zunächst in den Vormittagsstunden, wenn der „möblierte Herr“ nicht zu Hause war, erschien ein junger Mann bei den Zimmervermieterinnen und gab einen Brief mit dem Bemerken ab, er solle auf Antwort warten. In dem Briefe teilte der Mieter seiner Wittin mit, sie möchte einen Geldbetrag für Mädel, Vereinsbeiträge und dergleichen auslegen. Diese Beträge schwankten zwischen 10 und 40 M. Die Vermieterinnen gaben auch ohne Bedenken dem „Anwesenden der Firma Pagel Söhne“ das angeblich von ihrem Zimmerherren verlangte Geld, zumal ihnen auch noch eine Quittung mit dem Aufdruck dieser Firma ausgestellt wurde. Als dann am Nachmittag die „möblierten Herren“ nach Hause kamen, waren sie nicht wenig erstaunt, eine auf ihren Namen lautende Quittung vorzufinden. Eine Erkundigung bei der Wittin ergab, daß diese das Opfer eines raffinierten Schwindlers geworden war, den die Kriminalpolizei später in der Person des wegen gleicher Delikte schon verurteilten Angeklagten ermittelte. — Vor Gericht war Falz geständig. Redigialent Dr. Hoffmann bezeichnet den Angeklagten als einen geistig minderwertigen Menschen. Staatsanwalt Ehrlich nahm deshalb bei seinem Antrage von einer Zuchthausstrafe Abstand und beantragte 2 1/2 Jahre Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte auf 2 Jahre Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten der erlittenen Unterjuchungshaft.

Der Antrag des Staatsanwalts stellt eine seltsame Reform der Behandlung geistig Minderwertiger vor Gericht dar. Man bringt sie nicht in Irrenhäuser, man verweigert die Errichtung der nach dem Plüßensee-Prozess allgemein geforderten Zwischenanstalten, aber man steckt geistig Minderwertige statt ins Zuchthaus — ins Gefängnis. So marschieren Preußen wieder in der Welt voran.

Um ein Stücken Holz. Die vor einiger Zeit erfolgte Verurteilung eines Arztes und seiner Ehefrau wegen Diebstahls an kleinen Quantitäten Holz erregte in weiten Kreisen Aufsehen. Das Schöffengericht hatte die beiden Eheleute für überführt erachtet, zu verschiedenen Malen abends zwischen 8 und 10 Uhr von einem Neubau des Naturmeisters Koch Stackerholz gestohlen, dieses in ihrer Wohnung in Südenze zerhackt und in ihrem Hausballe verwendet zu haben. Sie wurden zu ganz geringen Gefängnisstrafen verurteilt, hatten Berufung eingelegt und standen gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II. Die Hauptbelastungsgenügen ist ein Dienstmädchen Knoblauch, welches feinerzeit bei einer unter der Wohnung der Angeklagten wohnenden Familie diente. Sie behauptet, daß sie vielfach gehört habe, daß abends in der Wohnung der Angeklagten, mit denen sie einmal heftigen Streit

gehabt hat, Holz zerhackt und gefügt wurde. Sie will dann, als sie eines Abends nach einem in der Nähe des Neubaus gelegener Briefkasten zu gehen hatte, gesehen haben, wie der Angeklagte wenige Schritte auf den Neubau machte und dann, etwas unter seinem Mantel bergend, nach Hause ging. Sie will sich dann auf die Lauer gelegt und noch etwa sechsmal die gleiche Wahrnehmung gemacht haben. Der angeklagte Ehemann ist dann eines Abends angehalten, und es ist festgestellt worden, daß er zwei kleine Platten Stackerholz unter seinen Mantel davortrug. Er gibt zu, diese beiden Stücke Holz, die herrenlos auf der Straße vor dem Neubau gelegen hätten und von ihm für wertlos gehalten seien, mitgenommen zu haben, um damit eine Rinde in seinem Gartenzaun zu verriegeln. Beide Angeklagte bestritten dagegen entschieden, die ihnen untergeschobenen weiteren Diebstahle an Holz bezugens zu haben. Sie behaupteten, daß die Beschuldigungen der Belastungsgenügen erdichtet seien und ihren Behauptungen um so weniger Glauben beizumessen sei, als sie von dem Standorte, den sie angeben, die Vorgänge auf dem Neubau überhaupt nicht hätte übersehen können. Richtig ist es, daß der angeklagte Ehemann wiederholt des Abends seine Schritte nach der Gegend des Neubaus gelenkt habe, aber lediglich aus dem Grunde, weil er vor einiger Zeit bei einer militärischen Dienstübung infolge eines Unfalles eine Verstauchung beider Hände erlitten hatte und die Hände nicht mehr so massieren und langsam in Bewegung setzen mußte. Wichtig sei es auch, daß er mehrmals etwas unter seinem Mantel getragen habe, dies sei aber eine Tasche gewesen, in welcher er, da sie ein Dienstmädchen nicht hatten, einige Flaschen Bier mit nach Hause brachte. Das Holz, welches er in seiner Wohnung wiederholt zerhackt habe, sei sein eigenes Holz gewesen und stamme aus seinem Holzstall. Die Zeugnis blieb demgegenüber bei ihren Beschuldigungen. Bei der Eigenartigkeit des Falles und zum Zwecke der Prüfung der Angaben der Belastungsgenügen beschloß der Gerichtshof auf Antrag der Verteidigung und des Staatsanwalts, einen Zeugen mit der Augenscheinnahme an Ort und Stelle unter Hinzuziehung der Belastungsgenügen zu betrauen. Die Verhandlung erregte den angeklagten Arzt derartig, daß er plötzlich mit lautem Aufschrei umfiel und in konvulsivische Zustände verfiel. Es dauerte geraume Zeit, ehe er wieder zur Besinnung gebracht werden konnte.

Vermischtes.

Durch die Umkehr eines Lokomotivführers wurde am Freitag in der Nähe von Bütz bei Brandenburg a. O. ein Eisenbahnunglück herbeigeführt. Der Mittagszug war eben von Brandenburg nach Magdeburg abgelassen und befand sich schon in ziemlich hoher Geschwindigkeit, als der Lokomotivführer einen Mißwagen auf der Chaussee bemerkte, dessen Führer die Herrschaft über das durchgehende Pferd vollständig verloren hatte. Das Tier kletterte den Wagen hin und her und stürzte auf die geschlossene Eisenbahnbarriere los. Da es diese durchbrechen, auch seitwärts vom Geleise abbiegen konnte, war der Schnellzug im höchsten Grade gefährdet. Dies erkennend gab der Lokomotivführer sofort Gegendampf und brachte den Zug kurz vor dem Ueberweg zum Stillstand. Das Fuhrwerk hatte inzwischen auch die Barriere erreicht, welche von dem Pferd demolliert wurde, worauf es dann aber stillstand. Es hat einige Hautabschürfungen davongetragen, während der Milchhändler mit dem Schrecken davonkam.

Erdbeben. Aus Mahdia (Tunis) wird berichtet: Sonntag früh wurde hier und in der Umgebung ein heftiges Erdbeben, das zweite seit acht Tagen, verspürt. Unter den Einwohnern brach eine große Panik aus, namentlich die sehr zahlreiche italienische Bevölkerung flüchtete entsetzt aus den Häusern und lebt jetzt auf freiem Felde.

Auch in Konstantinopel und in der Umgegend wurde Sonntag, wie von dort gemeldet wird, ein ziemlich starkes Erdbeben wahrgenommen, das 5 Sekunden dauerte und die Richtung von Südwest nach Nordnordwest hatte.

Unter dem Titel: „Die Welt geht unter“ wird gegenwärtig auf dem Lande in der Umgegend Berlins durch weibliche Personen eine Schauerchrift vertrieben. Man hält die Landbevölkerung anscheinend für ganz besonders dazu geeignet, auf derartigen Schwindel hereinzufallen.

Grubenunfall. Montag wurden in dem städtischen Bergwerk Langenau (Kreis Götlich) durch Plagen des Hauptdampfrohres ein Mann getötet und zwei schwer verletzt.

Untergang eines Fischerbootes. Das Fischerboot „Gambetta“ vom Hafen von Pécamp ist während der Heringsfischerei in der Nähe der Doggerbank mit seiner aus 24 Mann bestehenden Besatzung untergegangen.

Todessturz auf der Radrennbahn. Der Leipziger Radfahrer Albin Donner stürzte dort am Sonntag beim internen Rennen des Klubs „Habicht“. Er zog sich einen schweren Schädelbruch zu, dem er gestern morgen erliegen ist.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der hiesigen Markt- und Vieh-Direction. Rindfleisch Ia 63-68 pr. 100 Pfund, Ha 56-62, IIIa 50-55, IVa 40-48, Kalbfleisch Ia 85-90, Ha 73-82, IIIa 60-70, Hammelfleisch Ia 63-73, Ha 48-58, Schweinefleisch 68-74, Rohschmalz 40-48 Pf. Hosen Stück 3,00-4,00, kein 1,25-2,50, Kaminchen Stück 0,50-0,90, Krammetzschmalz 20-25 Pf., Rebhühner, junge Ia 1,30, junge Ha 0,70-0,90, junge kleine 0,90-0,00, alte Ia 0,70-0,80, alte Ha 0,60-0,00, Hühner, alte 1,40-1,80, junge 1,00-1,40 das Stück, Tauben, junge 0,45-0,50, alte 0,30-0,35, Enten, junge 1,40-2,45, Gänse Ia, 3,50-4,20, Ha 2,50-3,00 per Stück, Ia 0,58-0,63, Ha 0,48-0,56 per Pfund, Rechte 00-00 R., Schlei, unsort. 00-00 R., Kote, groß 00, mittel 00 R., Wägen 00-00 R., Karren 00-00 R., Lachs 00-00 R., Schellfische 31 R., Röhmer 10-12 pr. 100 Pfund, Schottische Vollheringe (gelesen) 35-38 M. Krebse, kleine, keine, 00,00 R., unsortiert 00,00 R., Eier, Schaf 3,70, Butter pro 100 Pfund Ia 120-124, Ha 114-120, IIIa 110-114, abfallende 100-110, Kartoffeln pr. 100 Pf. rote 1,90-2,10, Hosen 1,50-1,75, Meise 0,00-0,00, runde weiße 1,80-2,00, Birnenglobl pr. Schaf 4,00-7,00, Weizkoll 6,00-8,00, Roggkoll 4,00-6,00, koll. 9,00-10,00, R. Saure Gurken, neue, Schaf 2,-.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 21. Oktober 1905. Wohl, ziemlich trübe und neblig mit schwachen Winden aus wechselnder Richtung; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 21. Oktober. Elbe bei Ruffig + 1,15 Meter, bei Dresden - 0,18 Meter, bei Magdeburg + 3,00 Meter. — Unstrut bei Stralburg + 1,80 Meter. — Oder bei Rathow + 1,37 Meter, bei Breslau Oberpegel + 5,14 Meter, bei Breslau Unterpegel - 0,74 Meter, bei Frankfurt + 1,98 Meter. — Weichsel bei Pragmünde + 5,44 Meter. — Warthe bei Posen - 1,10 Meter. — Nege bei Ulf + 1,25 Meter.

Charlottenburg. Frauen-Vortrag

Mittwoch, den 25. Oktober cr., abends 8 1/2 Uhr, Rosenstr. 3, Lber: Bau, Tätigkeit und Pflege des menschlichen Körpers. Referentin: Frä. Häuserer. Nach dem Vortrag Fragebeantwortung. Keine Dame verläumde diesen hochinteressanten Vortrag zu besuchen. Der Vorstand.

Freie Volkshöhne Charlottenburg. Freitag, den 27. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosenstr. 3: Theater-Vorstellung. Zur Aufführung gelangt: „Nachtasyl“ von Gorki. Der Vorstand.

Charlottenburg. Leih-Haus. Friedrich-Straße 12, Berlin, Antamer-Straße 2. Besetzung von Brillanten, Gold- und Silberwaren, Uhren, Wägen, Böse, Kleidungsstücken etc. 2187

Kinderwagen verkauft billig Rixdorf, Eberstraße 261. 29045